

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE MONATSSCHRIFT

Jahrgang 1

1. Jänner 1908

4. Heft

Otto Bauer: Oesterreichs auswärtige Politik und die Sozialdemokratie

Im Jahre 1864 mahnte die von Karl Marx verfasste Inauguraladresse der Internationale die Arbeiter aller Länder, »den Mysterien der internationalen Staatskunst nachzuspüren, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nötigenfalls mit aller Macht entgegenzutreten und, wenn ausserstande, ihre Streiche zu hindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden«. Die österreichischen Arbeiter hatten noch wenig Gelegenheit, diese Mahnung zu beherzigen. Mehr noch als in anderen Staaten ist bei uns die äussere Politik dem Machtbereich der Volksvertretung entzogen. Zwei Staaten, zehn Nationen sollen hier ihr Verhältnis zu den anderen Staaten und Völkern regeln — was Wunder, dass hier alle machtlos sind und der Absolutismus, durch die Delegationen, diese äusserlichste Nachahmung inhaltsleerer parlamentarischer Formen, kaum verdeckt, auch heute noch unbeschränkt herrscht? Und doch muss die österreichische Arbeiterklasse es versuchen, das Gewicht der Macht, die sie sich in harten Kämpfen errungen, auch hier in die Wagschale zu werfen. Zum erstenmal werden ihre Vertreter in den Delegationen zu Worte kommen; so ist es wohl an der Zeit, zu fragen, welche Forderungen an unsere äussere Politik aus dem Klassenbedürfnis des Proletariats fliessen.

Zwei grosse Regeln bestimmen die Stellungnahme der Arbeiterklasse zu den Problemen der äusseren Politik. Die Arbeiterklasse fordert zunächst, dass die äussere Politik in den Dienst einer Wirtschaftspolitik gestellt werde, die das Wachstum der Industrie fördert, die Arbeitsgelegenheit vermehrt, unsere Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen erleichtert und verbilligt. Die Arbeiterklasse fordert zweitens eine Politik des Friedens. Wenn das Proletariat überall jede kriegerische Eroberungspolitik bekämpft, wie sehr muss es dies erst in Oesterreich tun, das niemals einen Volkskrieg führen kann; denn Oesterreich kann keinen Krieg führen, der nicht ganze Nationen zum Bruderkampf mit den eigenen Volksgenossen zwingen würde. Das Oesterreich des Absolutismus, das über Krieg und Frieden nicht die Völker entscheiden liess, dessen Heeresorganisation die Jugend der Nation zum willenlosen Werkzeug in fremder Hand erniedrigte, mochte Kriege führen können; ein demokratisches Oesterreich kann keine andere Politik betreiben als die Politik des Friedens.

Seit Königgrätz und Sedan ist die auswärtige Politik der Monarchie wesentlich Balkanpolitik. Die wechselvollen Schicksale der Balkanvölker stehen in enger Wechselwirkung zu den Wandlungen unserer äusseren Politik. Werfen wir also zunächst einen Blick auf den von zahllosen blutigen Kämpfen durchwühlten Boden des Südostens, auf dem noch so manche Entscheidung über unsere Zukunft fallen wird!

Ueber die Volkszahl der Balkanstaaten geben uns die letzten Zählungen folgende Auskunft:

Europäische Türkei	6,130.200
Bulgarien und Ostrumelien	4,028.239
Rumänien	5,956.691
Serbien	2,688.747
Griechenland	2,433.806
Montenegro	228.000
Bosnien und Herzegowina	1,591.100

Die Balkanfrage ist also das Problem des staatlichen und nationalen Daseins für 22'9 Millionen Menschen.

Seit einem Jahrhundert vollzieht sich im Südosten stetig und unaufhaltsam ein gewaltiger Umwälzungsprozess. Griechenland, Rumänien und Serbien haben das türkische Joch längst abgeworfen; Bosnien und Aegypten, Bulgarien und Ostrumelien, Kreta und Zypern verknüpft kaum noch ein loses Band mit dem Reiche des Sultans. In Mazedonien und Altserbien tobt seit Jahren der Aufruhr. Wohl trägt die Masse der Bauern noch träge das Joch der türkischen Herren. Aber die dünne Schicht der Gebildeten, die zahlreichen Auswanderer, die in den christlichen Staaten eine bessere Verwaltung und Justiz, ein winziges und ihnen doch so bedeutsames Stückchen abendländischer Kultur kennen gelernt, ersehnen, in die Heimat zurückgekehrt, die Befreiung von türkischer Herrschaft. Die christlichen Balkanstaaten, lüstern nach dem türkischen Erbe, schicken ihre Sendboten zu den Stammesbrüdern, die noch unter türkischer Herrschaft seufzen. Sie sollen den Bauern, dessen ganzes Geistesleben noch an religiöse Formen gebunden, aus dem Banne des Patriarchats lösen, das, von dem griechischen Kaufmanns- und Beamtenadel beherrscht, die christliche Staatskirche des türkischen Reiches gewesen; indem sie den Bauern der nationalen Kirche gewinnen, seine Kinder in nationalen Schulen bilden, ebnen sie den Boden der künftigen Eingliederung türkischen Landes in den nationalen Staat. Aber in diesem Streben widerstreiten die Bestrebungen der verschiedenen Balkanstaaten einander. Denn der slawische Bauer Mazedoniens hat noch kein Nationalbewusstsein, der enge Umkreis seines Dorfes umgrenzt sein ganzes geistiges Leben und allmählich und unmerklich gehen die bäuerlichen Mundarten ineinander über. So lässt es sich nicht ohne Willkür entscheiden, ob die Bauern eines mazedonischen Dorfes noch als Bulgaren oder schon als Serben anzusehen sind; so kann es geschehen, dass in wilden Bandenkämpfen darüber entschieden wird, wie weit der Wirkungskreis der serbischen, wie weit die Macht der bulgarischen Kirche und Schule reichen, wieviel Raum jede von ihnen und wieviel neben ihnen die walachische Schule dem griechischen Patriarchat abgewinnen kann. Gewiss, die Erhebung der slawischen Bauern gegen die türkischen Herren und die griechische Kirche stellt die erste Entwicklungsstufe jenes grossen Prozesses dar, in dem ein geknechtetes Volk sich zu neuem kulturellen Dasein erhebt, jenes mit der ganzen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unserer Zeit verflochtenen Prozesses, den ich als das Erwachen der geschichtslosen Nationen zu beschreiben versucht habe;* aber da diese Bewegung hier noch nicht der Reife der eigenen Entwicklung des Volkes entspringt, sondern durch die Sendlinge eroberungslüsterner Nachbarstaaten vorzeitig ausgelöst und künstlich beschleunigt wird und da sie sich zudem in einem Staatswesen vollzieht, dessen Verwaltung und Justiz jeder Räuberbande gegenüber versagt, so nimmt dieselbe Bewegung hier die Form wilder Kämpfe an, die anderwärts auf höherer Entwicklungsstufe sich darin geäußert hat, dass aus einem geknechteten Bauernvolke eine Schicht der Gebildeten aufgestiegen, die ihm eine neue entwicklungsfähige Kultur geschenkt und es in den Kampf um nationales Recht und staatliche Macht geführt hat. Aber trotz der roheren und minder entwickelten Erscheinungsformen wird der Aufstieg der mazedonischen Völker darum doch ebensowenig dauernd zu hemmen sein, wie der Aufstieg der Tschechen, Slowenen und Ruthenen in Oesterreich zu hemmen war, wie Ungarn und Russland die geknechteten Nationen in Rechtlosigkeit und kultureller Dürftigkeit zu erhalten vermögen.

Für Oesterreich aber ist der drohende Zusammenbruch der türkischen Macht in Europa eine Tatsache von grosser Bedeutung. Wie wird diese Entwicklung der Balkanvölker auf die stammesverwandten Nationen wirken, die in Oesterreich, in Ungarn und Bosnien leben? Werden die Expansionsgelüste österreicher Imperialisten die Machthaber zu dem gefährvollen Wagestück des Marsches nach Salonik verleiten? Droht uns ein Krieg mit Italien, wenn der italienische Imperialismus sich an der Ostküste der Adria festsetzen will? Wird uns der Frieden erhalten bleiben, wenn Russland in Konstantinopel seine Fahne aufpflanzen will? So wird auf dem

* Otto Bauer, »Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie«, Marx-Studien, II, Seite 187, 429 ff. (Sonderausgabe Seite 215, 494 ff.)

Balkan darüber entschieden, ob uns der Frieden erhalten bleibt. Schon darum kann Oesterreichs Arbeiterklasse den Balkanproblemen nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Aber nicht nur unsere Politik des Friedens, sondern auch unsere Wirtschaftspolitik weist uns auf den Balkan. Enge Handelsbeziehungen verknüpfen uns mit den Balkanvölkern. Unsere Ausfuhr in die Balkanstaaten und in die Türkei stellte im Jahre 1905 einen Wert von 252.7 Millionen Kronen dar, das ist 11.26 Prozent unserer gesamten Ausfuhr. In kein Land — ausser ins Deutsche Reich — werden aus dem österreichisch-ungarischen Zollgebiet so viele Waren ausgeführt wie in diese Länder; unsere Ausfuhr nach Asien, Afrika, Amerika und Australien beträgt insgesamt nur 204 Millionen Kronen, also um ein Fünftel weniger als der Export in die Balkanstaaten. Dieser Ausfuhr steht eine gleichfalls sehr beträchtliche Einfuhr gegenüber. Im Jahre 1905 haben wir aus den Staaten der Balkanhalbinsel und der türkischen Levante Waren im Werte von 186.6 Millionen eingeführt, also mehr als aus jedem anderen Wirtschaftsgebiet ausser dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten; 8.69 Prozent unserer gesamten Einfuhr stammen aus den Balkanstaaten.

Die Bedeutung dieser Wirtschaftsgebiete für die Ausfuhr unserer Industrieprodukte und für unsere Versorgung mit Lebensmitteln darf aber nicht nur an den Ergebnissen der Handelsstatistik gemessen werden; vielmehr müssen wir wohl beachten, dass unser Warenaustausch mit den Balkanvölkern noch sehr entwicklungsfähig ist.

Heute hemmt zunächst die wirtschaftliche und staatliche Rückständigkeit der Balkanländer die Ausgestaltung unseres Handelsverkehrs. Die landwirtschaftliche Produktion und die Viehzucht dieser Länder leiden an schweren Mängeln; die Verkehrsmittel, die Eisenbahnen und Strassen sind unzureichend, es fehlen die notwendigen Bewässerungsanlagen, den Ruin der Forstwirtschaft hemmt in der Türkei keine wirksame Forstpolizei. Das niedrige Kulturniveau der Bevölkerung, die rückständige, der Warenproduktion nicht angepasste Agrarverfassung, die mangelnde Rechtssicherheit erschweren die Entwicklung der Landwirtschaft zu höherer Intensität und Technik. Feudale Ausbeutung, urwüchsiger Wucher und hoher Steuerdruck verzehren den Ertrag der bäuerlichen Wirtschaft. An der Hebung des kulturellen Niveaus und der landwirtschaftlichen Produktion der Balkanländer hat Oesterreich ein eigenes Interesse: je weiter sie fortschreiten, desto vollständiger können diese Länder unseren Lebensmittel- und Rohstoffbedarf befriedigen, desto kaufkräftigeren Absatzmarkt gewinnt unsere Industrie.

Trotzdem war unsere Wirtschaftspolitik niemals darauf gerichtet, uns wirtschaftlich enger mit den Balkanstaaten zu verknüpfen. Die ungarischen Magnaten und die österreichischen Agrarier haben, unbekümmert um die Exportinteressen unserer Industrie, die Lebensmittelzufuhr aus den Ländern an der unteren Donau stets zu behindern gesucht. Eine Präliminarkonvention von 1878 sollte eine vollständige Zollvereinbarung mit Serbien anbahnen, aber die Selbstsucht des ungarischen Adels gab das wertvolle Zugeständnis preis, das Serbien uns als Gegenleistung für die Unterstützung gewähren wollte, die Oesterreich-Ungarn ihm auf dem Berliner Kongress geleistet. Unsere handelspolitische Machtstellung in Rumänien haben wir dauernd eingebüsst, seit unsere agrarische Wirtschaftspolitik uns in den Zollkrieg mit Rumänien geführt. Der mühevoll zustande gebrachte Handelsvertrag mit Bulgarien konnte unseren Export nicht wirksam fördern, da die agrarischen Tendenzen unserer Wirtschaftspolitik es unseren Unterhändlern unmöglich machten, wertvollere Zugeständnisse zu erlangen. Jede der zahllosen Schikanen, die den Lebensmittelimport aus dem Südosten erschweren, verteuert nicht nur den österreichischen Konsumenten Fleisch und Brot, sondern sie verkümmert auch der Industrie den Export.

Aber nicht nur die agrarischen Maximen unserer Handelspolitik haben uns die Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zu den Balkanvölkern erschwert; auch unsere ganze Balkanpolitik war nur allzusehr geeignet, tiefes Misstrauen bei den jungen Völkern der Halbinsel zu erwecken und dadurch unsere wirtschaftliche und politische Stellung auf dem Balkan zu schwächen. Dahin wirkte vor allem die legitimistische Tradition unserer Politik; fast jeden Schritt auf dem schweren Wege zu staatlicher Selbständigkeit haben die Balkanvölker gegen Oesterreichs Einspruch und Widerstand wagen müssen. Hat Metternich aus blindem Hasse gegen die Revolution

den Freiheitskampf der Griechen bekämpft, so hat später die Angst vor einer rumänischen oder serbischen Irredenta, vor einem Piemont des Balkans die österreichischen und noch mehr die ungarischen Staatsmänner verleitet, die Einigung der Moldau und Walachei zu bekämpfen, den serbischen Staat zu bevormunden, auf dem Balkan Polizisten zu spielen. Die Verlockung war um so grösser, als die alten Friedensverträge mit der Türkei dem österreichischen Handel eine Vorzugsstellung auf dem Balkan einräumten und die Regierungen darum den wirtschaftlichen Interessen des österreichischen Gewerbes zu dienen meinten, wenn sie sich hartnäckig und doch völlig erfolglos der Loslösung der christlichen Balkanstaaten aus dem türkischen Wirtschaftsgebiet und der Begründung ihrer zollpolitischen Selbständigkeit widersetzen.*

Merkwürdig ist, wie gerade die Tatsache, dass die Balkanvölker Stammesgenossen im Rahmen der Monarchie haben, zur Quelle der Feindschaft zwischen Oesterreich-Ungarn und den Balkanstaaten wurde. Es hätte nicht so kommen müssen. Die ungarischen Rumänen und die österreichischen und ungarischen Serben stehen auf einem höheren Kulturniveau als ihre Volksgenossen ausserhalb der Monarchie und sie erfreuen sich des grossen Vorteils eines grossen Wirtschaftsgebietes; wie leicht könnte das kulturelle Zentrum dieser Nationen in unserem Reiche liegen, wie stark müsste das Band sein, das die Balkanvölker an uns knüpft, wenn wir diesen jungen Nationen ein Schulwesen schüfen, wir ihnen im Rahmen des Reiches die freie Fortentwicklung ihrer Kultur sicherten und ihnen durch die Tat bewiesen, dass Freiheit und Rechtssicherheit gepaart sein können. Statt dessen versagen ihnen die Machthaber die nationale Autonomie. Der magyarische Herr knechtet Rumänen und Serben, eine von Argwohn und Furcht verblendete, vom römischen Klerikalismus gegängelte Politik scheidet Kroaten und Serben, Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit machen Dalmatien zum ärmsten und verwahrloseten Lande des Reiches. Die Furcht vor der Irredenta ruft erst die Irredenta hervor!

Noch schlimmer ist es seit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina geworden.** Hier hätte Oesterreich der serbischen Nation auf einem grossen Territorium ein grosses Beispiel kultureller Entwicklung bieten können, das ihm die Herzen der Balkanvölker hätte gewinnen müssen. Wir haben dies nicht getan: immer noch besteht in Bosnien die türkische Agrarverfassung zu Recht; immer noch muss der Bauer ein Drittel oder gar die Hälfte seines Arbeitsertrages dem Grundherrschaft abtreten; immer noch droht ihm aus nichtigem Anlass die Abstiftung. Und was wir dem Lande an wirtschaftlichem Vorteil gebracht, das gaben wir ihm im Zwang, nicht in Freiheit: Wir haben das Land nicht nur einem bürokratischen System unterworfen, das nicht einmal die primitivsten Grundsätze moderner Staatsverwaltung verwirklicht — Rechtspflege und Verwaltung sind auf der untersten Stufe nicht getrennt! — sondern wir haben den Bürokraten auch noch unter das Kommando des Militärs gestellt! Wir lassen nicht nur einen schrankenlosen militärischen Absolutismus im Lande walten, sondern wir verweigern selbst den Gemeinden jeden Schein der Autonomie. Und all das, obwohl die Volksgenossen der Bosniaken sich im Osten einer zügellosen Freiheit erfreuen und im Norden doch wenigstens die elementarsten Grundrechte eines konstitutionellen Staates geniessen! Ist es wunderbar, dass die Verwaltung Bosniens uns den Balkanvölkern als Bezwiner, nicht als Kulturträger erscheinen lässt?

So haben unsere agrarische Wirtschaftspolitik, die legitimistischen Tendenzen unserer auswärtigen Politik, die unkluge Nationalitätenpolitik Oesterreichs, die brutale

* Vergl. Grünberg, Die handelspolitischen Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu den Ländern an der unteren Donau. Leipzig 1902.

** Eduard Bernstein hat vor kurzem die österreichisch-ungarische Verwaltung Bosniens als ein verdienstvolles Werk kolonialer Kulturpolitik gerühmt. Wäre es dies, so könnte es doch für Bernsteins Zweck recht wenig beweisen; die Verwaltung Bosniens lässt sich mit der Verwaltung einer Tropenkolonie nicht vergleichen, unser Warenaustausch mit den Bewohnern der okkupierten Provinzen trägt wirtschaftlich ganz anderen Charakter und zeitigt ganz andere soziale Wirkungen als die Ausbeutung Südwestafrikas oder Kameruns, des Kongostaates oder Indiens; schliesslich kann die österreichisch-ungarische Herrschaft in Bosnien schon darum nicht mit der typischen kapitalistischen Kolonialpolitik verglichen werden, weil die Bewohner Bosniens Volksgenossen zweier Nationen der Monarchie sind und weil ihre Wirtschaftsverfassung und ihre Kultur von der unserer Südslawen nicht allzusehr verschieden ist.

nationale Unterdrückung in Ungarn und schliesslich die militärisch-absolutistische Herrschaft in Bosnien dazu beigetragen, Hass und Misstrauen gegen uns auf dem Balkan zu erwecken — Empfindungen, durch die unsere Handelsbeziehungen ebenso geschädigt wurden wie unsere politische Machtstellung. Nur die Politik des Freihandels nach Osten, die Politik der nationalen Autonomie, die Politik der Achtung und Unantastbarkeit der nationalen Selbstbestimmung im Rahmen der Monarchie wie ausserhalb desselben kann die notwendige Stimmungsgrundlage unserer Balkanpolitik schaffen.

So ist denn die Politik der österreichischen Sozialdemokratie gegenüber den Balkanfragen unschwer zu bestimmen. Ihre innere Politik der Demokratie und der nationalen Autonomie erschliesst uns erst die Möglichkeit freundschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarn im Südosten; ihr Kampf gegen die agrarische Wirtschaftspolitik bahnt uns den Weg zu wirtschaftlichem Verkehr, der den Balkanvölkern ebenso frommt wie uns. Dagegen wird sich die österreichische Arbeiterklasse jeder Eroberungspolitik auf dem Balkan mit aller Kraft widersetzen. Der Argwohn, dass die Monarchie Landerwerb im Süden plane und vorbereite, ist die ewige Quelle des Misstrauens und der Feindschaft, der schlimmsten Feinde unseres Handels am Balkan; und jeder Versuch, die Grenzen des Reiches nach Süden oder Osten vorzuschieben, müsste uns unvermeidlich in gewaltige kriegerische Umwälzungen verwickeln. Unsere Friedenspolitik und unsere Wirtschaftspolitik schliessen den Gedanken gewaltsamer Eroberung auf der Balkanhalbinsel aus.

In dieser Stellungnahme kann sich die Arbeiterklasse auch nicht durch die wohlgemeinten Ratschläge jener beirren lassen, die österreichische Truppen als Befreier vom türkischen Joche nach Mazedonien rufen möchten. Gewiss beklagen auch wir die mazedonischen Greuel; aber sie zu beendigen, werden wir nicht die weit furchtbareren Greuel eines europäischen Krieges heraufbeschwören.

Die Balkanpolitik ist aber nicht nur selbst ein wichtiges Problem unserer auswärtigen Politik; in den Gegensätzen auf dem Balkan sind auch unsere Beziehungen zu den Grossstaaten verankert. Hier wurzelt der überlieferte Gegensatz gegen Russland, der uns mit dem Deutschen Reiche und Italien zum Dreibund geeint. Hier ward später der Gegensatz gegen Italien ausgelöst, der uns mit Russland zur Münzsteiger Konvention zusammengeführt.

Die bürgerlichen Parteien in Oesterreich haben keine einheitliche und bestimmte Stellung zu den grossen Problemen der auswärtigen Politik zu gewinnen verstanden. Ihre auswärtige Politik ist dadurch bestimmt, dass sie die ausländischen Staaten, in denen ihre Volksgenossen leben, als die politische Organisation ihrer Nation — oder doch der ihnen stammverwandten Nationen — betrachten und schätzen; so projizieren sie die inneren Kämpfe Oesterreichs auf das grosse Feld der europäischen Politik. Darum sehen die Deutschen im Bunde mit dem Reich, die Tschechen in der Freundschaft mit Russland eine Forderung ihrer nationalen Politik. Und wenn man unsere deutschen und tschechischen Bierbankpolitiker reden hört, so könnte man meinen, alle wirklichen oder angeblichen Gegensätze zwischen Russland und dem Deutschen Reich seien der Ausfluss desselben Widerstreits, der etwa in dem weltgeschichtlichen Kampf um das Trautenauer Kreisgericht oder um die Gerichtssprache im Egerlande in Erscheinung getreten sei. Ganz anders die Arbeiterklasse! Der deutsche Arbeiter sieht in dem Befreiungskampfe des russischen Volkes ein Stück seines eigenen Kampfes, der tschechische Arbeiter fühlt sich mit dem kämpfenden Proletariat Deutschlands eins; der deutsche Arbeiter sieht nicht in dem borussischen Junkerstaate das staatliche Ideal seiner Nation verwirklicht, der tschechische Arbeiter hasst den Zarismus mit aller Leidenschaft, deren er fähig ist. In Freundschaft und Feindschaft sind wir eins; weil wir in den fremden Staaten nicht die politischen Organisationen der Nationen, sondern die Instrumente der Herrenklasse zur Knechtung der Nationen sehen, darum können deutsche und tschechische, südslawische und italienische, polnische und ukrainische Arbeiter eine gemeinsame auswärtige Politik betreiben.

Der feste Stützpunkt der gesamten auswärtigen Politik der Monarchie ist das Bündnis mit dem Deutschen Reich. Dass dieses Bündnis den Frieden Mitteleuropas schirmt und dass die freundschaftlichen Beziehungen unseren Warenaustausch

mit Deutschland fördern, ist, vom Standpunkt der Arbeiterklasse gesehen, sein grosses Verdienst; sind wir doch mit keinem Staate kulturell und wirtschaftlich so eng verknüpft wie mit dem Deutschen Reich. 45·47 Prozent unserer gesamten Ausfuhr, 37·42 Prozent unserer gesamten Einfuhr entfielen im Jahre 1905 auf Deutschland. Auch wird man wohl beachten müssen, dass die Auflösung des Bündnisses Deutschland in die Arme Russlands treiben, Oesterreich zum Hörigen Russlands machen würde; der völkermordende Zarismus würde zum unbeschränkten Herrscher Europas. Unsere Politik des Friedens, unsere Politik der volkswirtschaftlichen Entwicklung, unsere Politik der Demokratie legen also den Arbeitern aller Nationen das Gebot auf, an dem Bündnis mit Deutschland nicht zu rütteln.

Den deutschen Arbeitern Oesterreichs aber kann das blosses Militärbündnis nicht genügen; lebendige Glieder des deutschen Volkes, leiden sie mit der ganzen Nation schwer darunter, dass Bismarcks Staatskunst sie aus dem grossen Gemeinwesen der deutschen Nation ausgeschieden hat; dass die politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten die rechtlichen Grundlagen der kulturellen Gemeinschaft der Nation sichern, müssen alle Deutschen Oesterreichs fordern. Volle Freizügigkeit muss allen Deutschen gesichert werden; der Deutschösterreicher darf im Reiche, der Reichsdeutsche in Oesterreich kein rechtloser Fremder sein. Die deutschen Arbeiter Oesterreichs haben nicht geringen kulturellen Gewinn daraus gezogen, dass viele Tausende von ihnen alljährlich »auf der Walz« weite Gebiete des Deutschen Reiches kennen lernen; wir werden nicht borussische Polizeipraxis dieses Recht verkümmern lassen, vielmehr müssen wir fordern, dass durch Abschluss von Staatsverträgen über Ansiedlungsrecht und Freizügigkeit, über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung jedem Deutschen nicht nur das formale Recht, sondern auch die tatsächliche Ausübung voller Freizügigkeit im ganzen Siedlungsgebiete der deutschen Nation gesichert werden. Und wie die nichtdeutschen Arbeiter Oesterreichs dieses Bedürfnis ihrer deutschen Klassengenossen wohl verstehen werden, so werden auch wir ihnen unsere Unterstützung nicht versagen, wenn die Italiener, die Polen und Ruthenen, die Serben und Rumänen fordern, dass in gleicher Weise auch ihnen die kulturelle Gemeinschaft mit ihren Volksgenossen jenseits der Grenze gesichert werde.

Soweit das Bündnis mit Deutschland ein Bündnis mit dem deutschen Volke, eine Stütze des Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung ist, entspricht es den Bedürfnissen der österreichischen Arbeiter. Niemals aber wird die Arbeiterklasse dulden, dass aus dem Bündnis der Völker eine Verschwörung der Herrschenden gegen die Völker werde. Die preussischdeutsche Junkerherrschaft zu schützen, kann nicht der Wunsch der deutschen Arbeiter in Oesterreich sein; ist doch die herrschende Klasse im Reiche der Todfeind der deutschen Arbeiterklasse. Oesterreich darf nicht dem Gelüst des deutschen Imperialismus nach weltpolitischen Abenteuern den »brillanten Sekundanten« spielen. Weiss der deutsche Imperialismus, dass er unsere Unterstützung bei seinen Experimenten nicht zu erwarten hat, dann wird ihm, dem Isolierten, dessen einzige Hoffnung unsere Hilfe sein kann, alle Wirkungsmöglichkeit genommen; wertvolleren Dienst können wir den deutschen Arbeitern im Reiche nicht erweisen, die stets ihre ganze Kraft für die Erhaltung des Friedens, im Kampfe gegen den Heisshunger des deutschen Kapitals nach neuen Ausbeutungssphären eingesetzt haben. Dem Deutschland des Friedens, der Arbeit, der Wissenschaft wollen wir treu unsere Bundespflicht erfüllen, wann immer ihm ernste Gefahr droht; das Deutschland des Imperialismus, das Deutschland der Ausbeutung und Unterdrückung darf unseren Beistand nicht erwarten, wenn es gegen den Willen der grossen Mehrheit des deutschen Volkes Millionenheere in Bewegung setzen will, um dem Kapital neue Absatzmärkte, neue Anlagesphären zu erschliessen.

Ebensowenig können wir ruhig zusehen, wie die brutale Klassenherrschaft in Preussen die österreichischen Staatsbürger im Reiche entrechtet. Alljährlich ziehen Junker und Kapitalisten Tausende billiger österreichischer Arbeitskräfte ins Land; braucht man sie nicht mehr oder wagen sie es, sich gegen masslose Ausbeutung aufzulehnen, dann jagt sie der preussische Gendarm an die Grenze. Wenn wir fordern, dass die österreichische Regierung diese schändliche Behandlung österreichischer Staatsbürger nicht dulde, dann verfechten wir nicht nur das Interesse polnischer, tschechischer und kroatischer Proletarier, nicht nur das Recht der deutschen Arbeiter

Oesterreichs, auf dem Heimatsboden der deutschen Nation nicht als rechtlose Fremde behandelt zu werden, sondern auch das Interesse unserer deutschen Brüder im Reich; denn nur der rechtlose Einwanderer, der bei Strafe der Ausweisung an dem grossen Kampfe der heimischen Arbeiterschaft nicht teilnehmen darf, wird als Lohndrücker und Streikbrecher dem deutschen Proletariat gefährlich. Wenn die Ausweisung jedes österreichischen Arbeiters aus Deutschland mit der Ausweisung eines reichsdeutschen Handlungsreisenden aus Oesterreich beantwortet würde, würde die Regierung Preussen-Deutschlands sich wohl bald dazu verstehen, das Recht der österreichischen Arbeiter auf deutschem Boden zu achten!

Nach ähnlichen Grundsätzen müssen wir auch unser Verhältnis zu Russland gestalten. Den Nationen des russischen Reiches wollen wir treue Freunde sein; der Zarismus aber ist auch heute noch der gefährlichste Feind aller Demokratie. Darum werden wir aber die Vereinbarungen der Monarchie mit Russland nicht bekämpfen, solange sie der Erhaltung des Friedens dienen, soweit sie ein einvernehmliches Vorgehen auf der Balkanhalbinsel bezwecken, um den Ausbruch von Konflikten zu verhüten. Auch wenn die beiden Regierungen einvernehmlich an dem Werke der »Aushöhlung der Türkei« fortarbeiten, wenn sie durch internationale Organisationen und durch ein System internationaler Kontrolle Rechtssicherheit und Ordnung in den slawischen Gebieten der Türkei wiederherzustellen suchen, können wir dies wohl billigen. Aber das gute Einvernehmen mit Russland darf österreichische Behörden nicht zu Bütteln des Zarismus erniedrigen. Von dem gemeinsamen Vorgehen auf der Balkanhalbinsel müssen wir jeden Gedanken an territoriale Expansion, an Länderraub und Landerwerb fernhalten. Vor allem aber dürfen die Vereinbarungen mit Russland nur der Sicherung des Friedens, nicht der Rüstung zum Kampfe dienen, sie sollen die Möglichkeit eines Konflikts mit Russland beseitigen, aber sie sollen nicht die Möglichkeit von Konflikten mit anderen Staaten herbeiführen; sie dürfen ihre Spitze nicht gegen England, Deutschland, insbesondere aber nicht gegen Italien richten.

Unsere trotz aller offiziellen Beschönigungsversuche so oft getrübt Beziehungen zu Italien zu verbessern, muss die wichtigste Aufgabe jeder Politik sein, die uns den Frieden erhalten will. Wir dienen dieser Aufgabe, wenn wir jede Eroberungspolitik auf der Balkanhalbinsel bekämpfen. Aber damit ist noch nicht genug getan! Es gilt vielmehr, dem italienischen Imperialismus die Möglichkeit zu nehmen, die breiten Massen des arbeitenden Volkes in seinen Dienst zu stellen und eine kapitalistische Eroberungspolitik in das Gewand einer nationalen Befreiungspolitik zu hüllen. Oesterreich hat es den italienischen Eroberungspolitikern bisher nur allzu leicht gemacht. Der Klerikalismus hat unsere Beziehungen zu dem »kirchenräuberischen Königreich« vergiftet. Die Schlacht von Adua ward in den österreichischen Klöstern wie ein nationaler Sieg gefeiert; was kümmerte es die frommen Herren, dass der Zusammenbruch der italienischen Kolonialpolitik in Afrika den italienischen Imperialismus auf den westlichen Balkan weisen und dadurch neue Gefahren für Oesterreich heraufbeschwören musste? Die nationalen Bedürfnisse der Italiener in Oesterreich — die leichter zu befriedigen sind als die jeder anderen österreichischen Nation — haben wir immer noch nicht erfüllt! So kann der italienische Imperialismus, lüstern nach der Ostküste des Adriatischen Meeres, immer noch mit leidenschaftlich übertriebenen Klagen über das traurige Los des »unerlösten Italiens« die Massen zur Feindschaft gegen Oesterreich aufstacheln. Auch hier züchten wir die Irredenta aus blinder Furcht vor ihr! Man gebe Triest seine Universität und dem Trentino seine Autonomie und wir wüssten nicht, welcher Waffen sich der Irredentismus dann noch bedienen könnte. Dem italienischen Imperialismus ist dann sein Nahrung genommen; solange er die Klagen Triests und Trients durch das Königreich tragen kann, deckt die grosse Ueberlieferung der Nation, die Fahne Garibaldi's, die Eroberungsgelüste des Kapitalismus. Verstummt das Gerede von Triest und Trient — für Albanien wird der Imperialismus die Massen nicht in Bewegung setzen. Nicht nur im Innern, sondern auch nach aussen sichert uns nur die nationale Autonomie den Frieden.

Dr. W. Ellenbogen: Reformen im Verkehrswesen Oesterreichs

I. Die Elektrifizierung der Eisenbahnen.

Nicht bloss die technische Entwicklung als Ganzes, auch die einzelnen technischen Methoden haben ihre spezielle ökonomische Ursache. Kaolinfunde rufen eine lokale Porzellanindustrie hervor, die Aufschliessung von Salpeterfeldern verändert die landwirtschaftlichen Methoden ganzer Erdteile. Neue Baumaterialien erzeugen neue Baustile und manche grosse Kunstrichtungen der Malerei führen ihre Entstehung auf neue technische Mittel zurück, die wieder ihre letzte Ursache in einer chemischen Entdeckung, vielleicht in den Ergebnissen einer Forschungsreise finden. Jede dieser technischen Methoden hat eine zeitliche Begrenzung, sie »macht Epoche«, die abstirbt, wenn die materielle Ursache jener Methode schwindet oder ökonomisch unrentabel wird.

So kann man heute sagen, dass die Epoche des Dampfbetriebes ihrem Ende entgegengeht, und zwar aus zwei Ursachen: Erstens wird das seine Epoche »machende« Material, die Kohle, seltener, zweitens ist die Kraft, die sich anschickt, ihn zu verdrängen, die elektrische, billiger und leistungsfähiger. Damit ist natürlich nicht gesagt, dass binnen kurzem nirgends mehr ein Dampfschlot zu sehen sein wird, ja längere Zeit wird die Dampfkraft sogar noch als Erzeugerin der elektrischen fungieren. Im Wesen aber ist die dominierende Rolle des Dampfes ausgespielt. König Dampf wird Hausknecht der Elektrizität.

Das wird vorerst bei den grössten technischen Unternehmungen, den Eisenbahnen, der Fall sein, und hier vollzieht sich der Umwandlungsprozess bereits vor unseren Augen in immer grösserem Massstabe.

Die Ursache ist, wie gesagt, nicht in einer Laune der Eisenbahnverwaltungen zu suchen, die etwa plötzlich von einem krankhaften Eifer ergriffen worden wären, ihre Betriebe um den Preis von Milliarden zu modernisieren. Selbst die immer lauter werdende Klage der Passagiere über die bereits unerträgliche Rauch- und Schmutzqual, insbesondere in Tunnelstrecken, so sehr sie in einzelnen Fällen, zum Beispiel bei Stadtbahnen,* geradezu entscheidend für die Umwandlung der Dampftraktion in die elektrische in die Wagschale gefallen ist, hätte diese Revolution in der Betriebstechnik nicht hervorzurufen vermocht. Entscheidend ist der wachsende Kohlenmangel.

Die gegenwärtige Kohlennot und Kohlenteuerung ist kein Zufall und keine bloss lokale Erscheinung. Sie hängt mit der ungeheuren Inanspruchnahme der Kohlenschätze, aber auch auf dem Wege der Kohlenverfrachtung mit der Anfüllung der Bahnlinien, der Stationen und Waggons durch die immer riesiger anwachsende Industrie zusammen. Die Kohlenförderung und -Beförderung wird immer ungenügender, weil die Kohlenmengen der Erde begrenzt sind, mit der grösseren Tiefe der Schürfung der Betrieb immer schwieriger und teurer wird und die Fortentwicklung der Förderungstechnik mit den steigenden Ansprüchen nicht gleichen Schritt hält.

Kommt dazu der schliesslich doch wachsende Arbeiterschutz im Bergbau, der die frühere unmenschliche Ausbeutung ein wenig einschränkt, so wird das Minus an geförderten Kohlenvorräten und dadurch im Zusammenhang mit der stets steigenden Nachfrage auch der Preis der Kohle immer grösser, so dass er schliesslich die Rentabilität der besten Bahnen bedroht. So klagt die französische Nordbahn in ihrem Bericht über das Jahr 1906:** »Der Preis des Brennmaterials ist geradezu bedrohlich. Er hat uns einen Verlust von 3.6 Millionen Franken für das Jahr 1906 allein gebracht und eine Vergrösserung dieses Verlustes ist für das Jahr 1907 zu erwarten. Das ist die Folge der Produktionsverminderung im nördlichen und Pas-de-

* Hier war freilich auch die Konkurrenz der Strassenbahnen zu fürchten.

** Compagnie de chemin de fer du Nord. Rapport, présenté par le conseil d'administration 1906.

Calais-Becken.« Dieselbe Bahnverwaltung erblickt in dem Kohlenmangel eine grosse Gefahr für die ganze französische Industrie, die dadurch in Nachteil gegen die englische, deutsche und amerikanische gesetzt werde. Sie jammert, dass alle Bemühungen, die nationale Kohlenproduktion zu vergrössern, scheitern, »sei es wegen der Verkürzung der Arbeitszeit infolge behördlicher Verfügungen, sei es durch die Verminderung der Produktivität der wirklich ausgeführten Arbeit«, das heisst der Bergarbeiter wird offenbar zur Ueberspannung seiner Kräfte nicht mehr so angehalten wie früher. Nicht weniger schwer wirkten nach der Ueberzeugung der Nordbahn die Lohnerhöhung in den Bergwerken und die gesetzlichen und administrativen Verfügungen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse. Aehnlich klagt die französische Südbahn* über die hohen Brennmaterialpreise: »Die Personal- und Kohlenausgaben sind vermehrt worden.« Und die Paris-Orleansbahn** gibt, indem sie die Kohlenlieferungsrückstände und die allgemeine bedrohliche Situation auf dem Kohlenmarkt bitter rügt, an, dass sie für dieses Jahr um 180.000 Tonnen Kohlen zu wenig bekommen habe und dass deshalb der Dienst unregelmässig geworden und zahllose Verspätungen eingetreten seien.

Ist diese Erscheinung nun schon in kohlenreichen Gebieten so umfassend, dass der Betrieb der wichtigsten Hauptbahnen gestört und seine finanzielle Ergiebigkeit geschmälert wird, wie stark müssen erst kohlenarme Gebiete in Mitleidenschaft gezogen werden! Für die Schweiz und Schweden ist die Emanzipation von der Kohle eine immer brennendere Frage der Lebensfähigkeit ihrer Bahnen und der Selbständigkeit ihrer Volkswirtschaft geworden. Sie sind in Bezug auf deren Erhaltung von der Gnade und den Preisbestimmungen des Auslandes abhängig. Die Schweiz zum Beispiel zahlt alljährlich an das Ausland 70 bis 80 Millionen Franken für Kohle für ihre Eisenbahnen. Und das ist der Grund, warum beide Staaten in der energischsten Weise an die Prüfung der Frage des Ersatzes der Dampfkraft durch die elektrische, der Kohle durch das Wasser herangetreten sind. In der Schweiz wurde eine eigene Studienkommission hierfür eingesetzt, die berichtet:*** »Die Hauptbedeutung des elektrischen Betriebes für die Schweiz liegt mehr auf der wirtschaftlichen Seite in der Verwertung der eigenen Wasserkräfte an Stelle der Kohleneinfuhr aus dem Ausland.« Und Schweden hat eine Strecke seiner Staatsbahnen, Tomtebodavärtan, zwei Jahre lang für eigene Versuche zu dem gleichen Zweck zur Verfügung gestellt.†

Aber selbst die gegenwärtig kohlenreichsten Länder der Erde, Deutschland, England und die Vereinigten Staaten, die heute noch Kohle in Massen ans Ausland abgeben, sehen bereits mit Besorgnis der Zeit entgegen, wo das Grundmaterial dieser Betriebsepoche nicht mehr ausreichen wird, den eigenen Bedarf zu decken, und haben den Umwandlungsprozess entweder bereits tatsächlich begonnen, wie insbesondere Amerika, oder doch die ersten Vorbereitungen hierzu getroffen wie Norddeutschland, das wegen des Mangels an Wasserkräften am wenigsten hierzu geeignet erscheint.

Oesterreich, das vielgliederte, zerfällt nun auch in dieser Hinsicht in zwei völlig verschiedene Teile. Auf der einen Seite die Sudeten- und Karpathenländer mit den reichen Kohlenbecken Nordböhmens, Mährens und Schlesiens und ihrer orographischen Flachheit, auf der anderen die Alpenländer mit ihrem absoluten Mangel brauchbarer Kohle und der mächtigen, wasserkräfteerzeugenden alpinen Gliederung. Aber schon die Sudetenländer klagen trotz der unmittelbaren Nähe der Gruben über empfindliche Kohlennot, hier jedoch fällt doch mehr der absolute materielle Mangel als die Höhe der Preise in die Wagschale. Für die Alpenländer verteuert aber ausserdem die Fracht den Kohlenbezug geradezu enorm. Denn Kohle, die in Böhmen und Schlesien einen Grubenpreis von 4 bis 8 K per Tonne erzielt, hat in Innsbruck bereits einen Regiefrachtpreis von 16 bis 20 K. Ueberdies aber

* Comp. de chem. de fer du midi. Ass. Gén. 22 Avril 1907. Rapport du conseil d'adm. pour 1906.

** Comp. du chem. de fer de Paris à Orleans. Rapports du conseil d'adm. et de la comm. de vérification des comptes pour 1906. S. 63.

*** »Mitteilungen der Schweizerischen Studienkommission« etc. I. S. 1.

† Robert Dahlander, Elektrischer Betrieb der schwedischen Staatseisenbahnen, in: »Elektrische Kraftbetriebe und Bahnen«, Jahrg. V, Heft 5, 6 und 17.

reichen die österreichischen Gruben für den österreichischen Bedarf bei weitem nicht aus.

An inländischer Kohle wurden für 1908 angeboten *

Steinkohle	640.500	Tonnen
Braunkohle	513.500	»

Dagegen wurden aus dem Ausland »verschlossen«:

Aus Oberschlesien	614.600	Tonnen
» Niederschlesien	5.000	»
» dem Saar- und Ruhrgebiet	46.000	»
» England!	65.000	»

Daher belaufen sich die Kosten einer Tonne Normalkohle für 1908 bereits auf K 10·5 gegen K 8·8 für 1907 und K 6·4 für 1906. Die Kohle wird also von Jahr zu Jahr teurer.

Wenn also das grubenreiche Oesterreich schon die Hälfte seines Steinkohlenbedarfs aus dem Ausland beziehen muss, wenn englische und sogar amerikanische Weichkohle über den Ozean nach Triest gebracht werden müssen, wenn Ruhrkohle sogar via Arlberg an die Nordbahn in die unmittelbare Nähe unserer eigenen Gruben gebracht werden muss, um das dortige Kohlendefizit zu decken, besteht da noch ein grosser Unterschied zwischen uns und Schweden oder der Schweiz? Auch die österreichische Volkswirtschaft muss sich im Interesse ihrer Unabhängigkeit und Aktivität von der Kohle emanzipieren.

Diese Unabhängigkeit ist unter Umständen ganz wörtlich zu nehmen, und zwar vornehmlich im Falle des Krieges. Man mag über den Krieg denken, wie man will, auch wir Sozialdemokraten können unter Umständen ein Interesse daran haben, dass, den Fall einmal gegeben — denken wir vor allem an einen Angriffskrieg gegen uns — unsere Eisenbahnen zur Rückendeckung unserer Truppen, zur Zufuhr von Proviant, zur Truppendirigierung an die Grenzen tadellos funktionieren. Da könnte eine Abhängigkeit von der Kohlenzufuhr aus dem Ausland sehr bedenklich werden. Einer der Hauptgründe, warum Italien seit einigen Jahren seine Bahnen so energisch elektrifiziert, ist gerade diese militärische Erwägung, die freilich hauptsächlich, wenn nicht ausschliesslich, gegen Oesterreich gerichtet ist.

Aber der Dampftrieb auf den Eisenbahnen ist noch aus einem anderen Grunde an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt: aus einem technischen. Die Frachtmenge, die zu befördern ist, wird von Jahr zu Jahr grösser, der Bau zweiter Geleise oder Linien aber steht entweder finanziell in keinem Verhältnis zu diesem immerhin langsamen Wachstum oder ist unter Umständen, wie in schwierigen Gebirgsstrecken, direkt unvorteilhaft. Dieses Missverhältnis sucht man durch Verbesserung der Lokomotiven, durch Erhöhung ihrer Traktionskraft auszugleichen. Je leistungsfähiger die Lokomotive, um so schwerer ist sie, um so mehr muss der Oberbau verstärkt werden. Aber eine gewisse Grösse kann auch die Lokomotive nicht überschreiten, sie ist auf einen gewissen Raum begrenzt, weil die Zahl der Kuppelungen und der Bedienungsmannschaft beschränkt ist. Momente, die bei der elektrischen Traktion wegfallen, da die Leistungsfähigkeit der elektrischen Lokomotive nur durch die Festigkeit der Zugvorrichtung begrenzt ist,** und wenn diese Grenze erreicht ist, ohne Aufwendung erhöhter Energie und wesentlich höherer Kosten auf mehrere kleinere Zugseinheiten verteilt werden kann. Ueberdies fällt das sogenannte »tote Gewicht« nachteilig in die Wagschale, das ist die Gewichtsmenge, die die Lokomotive zu ihrer eigenen Erhaltung benötigt, Eigengewicht, Kohle, Tender u. s. w. Die Kohlenkosten machen in Deutschland 6 bis 8 Prozent, in Oesterreich 6·6 Prozent der gesamten Betriebsausgaben aus und die Kohlenfracht der k. k. Staatsbahnen macht 7·5 Prozent der gesamten Warenbeförderung, das ist 341 Millionen Nettotonnenkilometer aus; bei elektrischem Betriebe fällt dies vollständig weg.

Eine Reihe weiterer Nachteile des Kohlendampfetriebes kommt hinzu, unter denen hier nur die Verhinderung rascher Zugfolge infolge Ansammlung von Rauch-

* Siehe »Oesterreichisch-ungarisches Eisenbahnblatt« vom 25. Juli 1907.

** Eugen Cserháti, Elektrischer Betrieb auf Vollbahnen, Wien 1907. Verlag des Verf.

gasen in den Tunnels, somit eine Beschränkung der Verkehrsdichtigkeit erwähnt werden soll, während die anderen Nachteile weiter unten im Vergleiche mit dem elektrischen Betrieb zur Sprache gelangen werden.

Die ökonomische Notwendigkeit des elektrischen Eisenbahnbetriebes steht somit ausser Zweifel. Die Frage ist jetzt nur eine zweifache: 1. Ist die technische Möglichkeit, Hauptbahnen elektrisch zu führen, schon erreicht? und 2. Erweist sich die elektrische Traktion als ausreichend ökonomisch vorteilhaft?

Beide Fragen müssen mit einem unbedingten Ja beantwortet werden.

Was die Frage der technischen Möglichkeit anlangt, so beantwortet sie sich am einfachsten durch die Tatsache, dass in einer grossen Reihe von Staaten der elektrische Betrieb auf Bahnen mit Hauptbahncharakter bereits eingeführt oder in Vorbereitung ist. Meist fing man mit Stadtbahnen an, die man bis auf einen Punkt vor der Hauptbahn elektrifizierte. In Amerika gab es

1903	44.600 Kilometer
1904	47.500 »
1905	52.000 »

elektrische Bahnen.* Bis Ende 1905 wurden in den amerikanischen elektrischen Bahnen 3370 Millionen Dollars investiert. Im Staate Ohio allein gab es 1905 3640 Kilometer interurbane elektrische Bahnen. Die Bahn New-York—New-Haven—Hartford zieht mit 65 Tonnen schweren elektrischen Lokomotiven 225 Tonnen schwere Züge mit 125 Kilometer Maximalgeschwindigkeit. England besass Ende 1904 5 Bahngesellschaften mit 340 Kilometer elektrisch betriebener Linien, darunter insbesondere die London-Brighton and South Coast Railway. In Frankreich sind gegenwärtig nur Stadtbahnen mit 108,9 Kilometer Länge elektrifiziert. In Deutschland betreibt Bayern mit grossem Eifer die Elektrisierung und hat zu diesem Zwecke vor allem die Wasserkräfte untersucht.** Bayern hat seinen gesamten Kraftbedarf zum grössten Teil berechnet und für die Elektrisierung der Strecke Salzburg—Freilassing—Berchtesgaden schon Angebote eingeholt. Ein grosses Wasserkraftwerk am Walchensee mit Hinüberleitung der Isar soll demnächst gebaut und die 220 Kilometer lange Linie München—Lindau elektrifiziert werden. Aber auch Baden und Preussen-Hessen studieren die Frage eifrig. Die Stadtbahnen in Berlin und Hamburg werden bald elektrisch sein und die erste grosse elektrische Hauptbahnlinie soll Berlin—Hamburg werden. Die Schweiz betreibt seit einem Jahre die Simplonstrecke elektrisch, von einer grossen Reihe von Berg- und Nebenbahnen abgesehen. Ausserdem wird das Sihltal gänzlich aufgekauft, um in einen Stausee zur Erzielung konstanter Wassermengen verwandelt zu werden. Schweden steht unmittelbar vor der Elektrifizierung und baut bereits sein Hauptkraftwerk an den berühmten Trollhättanfällen. Italien hat 1898 mit der elektrischen Traktion begonnen und besitzt gegenwärtig 330 Kilometer elektrische Linien mit 22 Millionen Lire Umwandlungs- und Baukosten. Es steht heute in Bezug auf die Elektrifizierung der Bahnen an der Spitze der europäischen Staaten, und betreibt sie am zielbewusstesten und konsequentesten. Das italienische Parlament hat im Dezember 1906 weitere 72 Millionen Lire für die bis Ende 1911 fertigzustellende elektrische Einrichtung von 13 Strecken bewilligt.

In Bezug auf die Frage der Rentabilität liegen eine ganze Reihe von beweiskräftigen Berechnungen amerikanischer, deutscher, schweizerischer, schwedischer und italienischer Gesellschaften, Ingenieure und Korporationen vor, die vielfach unter Veranlassung und Kontrolle sowie auf Kosten des Staates angestellt wurden.

Höchst instruktiv ist nach dieser Richtung ein Referat, das im Jahre 1905 im Western Railway Club of America der amerikanische Ingenieur C. W. Street hielt***, der auf Grund eingehender Prüfungen zu dem Schluss kam, dass bei elektrischem Betrieb wesentlich geringere Zugkosten vorhanden seien als beim Dampfbetrieb. Bei letzterem entstehen grössere Kosten für Lokomotivschuppen; die Entfernung der Asche aus den Aschengruben, das Aufladen der Kohle auf die Maschine,

* Dr. Ing. E. Seefehlner, Der elektrische Betrieb der Eisenbahnen Oesterreichs.

** Das Resultat liegt in dem grossartigen Werke »Die Wasserkräfte Bayerns«, München, Pilot u. Löhler, bereits vor.

*** »The Electrician«, 25. August 1905, S. 751.

die Zufuhr und Aufbewahrung von Sand, die Heizung und das Wasser kosten grosse Summen, die beim elektrischen Betrieb fast völlig wegfallen. Die Kosten der Triebwagenbedienung sind bei letzterem um 60 Prozent, die Anlagekosten der Wagenschuppen um 80 bis 90 Prozent geringer als beim Dampf. Die Betriebskosten für jeden Anhängewagen sind hier dreimal so gross als dort. Die Dampflokomotive stehe nur neun Zehntel ihrer Lebensdauer im Dienst, die übrige Zeit verbringe sie in der Reparatur. Ihre Lebensdauer sei auch kürzer. Die »Betriebsziffer« (das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen) betrage bei 22 elektrischen Bahnen 65·72 Prozent, bei 18 Dampfbahnen 75·5 Prozent. Die Zahl der Zugsverspätungen infolge Beschädigung der Betriebsmittel ist nach Einführung des elektrischen Betriebes um ein Drittel zurückgegangen, trotzdem der Betrieb um 20 Prozent verdichtet wurde. Die elektrische Beleuchtung der Manhattanzüge koste nur 12 Prozent der früheren Beleuchtungsart. Allerdings seien die Umwandlungskosten ziemlich hoch, sie betragen nach der letzten Angabe 31.800 K pro Kilometer.

Aehnlich erklärt die Interborough Railway Transit Co., dass die Betriebskosten der Manhattanhochbahn seit Einführung des elektrischen Betriebes um 18 Prozent geringer seien als zur Zeit des Dampfbetriebes. Die General Electric Co. weist bezüglich dreier Bahnen nach, dass der Dampfbetrieb im Mittel 1·7mal mehr kostet als der elektrische. Die New York Central and Hudson Riverbahn gibt an, dass die Erhaltungskosten ihrer 2200pferdigen elektrischen Lokomotiven 5·3 Heller per Zugkilometer im Durchschnitt betrage bei einer Leistung von 40.000 Kilometern. (Der österreichische Durchschnitt ist 17·3 h bei einer Leistung von durchschnittlich 26.000 Kilometern.)*

Ueber das Ergebnis der in Deutschland gemachten Versuche liegt ein Bericht des Regierungsbaumeisters Pforr vor.** Darnach beträgt das Anlagekapital der preussisch-hessischen Staatsbahnen 8·9 Milliarden Mark, die Betriebsausgaben machen 967·1 Millionen, die Betriebseinnahmen 1599·9 Millionen Mark aus. Die Kosten der Umwandlung berechnet Pforr mit 940 Millionen Mark. Bei dem Umstand, als die Dampflokomotive wegen Anheizens, Drehens, Instandsetzens, Rostreinigens, Auswaschens nur 19 bis 20 Stunden per Tag im Dienste stehe, nur 54 Prozent davon gleichzeitig Fahrdienst leisten und 18·98 Prozent regelmässig in Reparatur stehen, während das letztere nur bei 12 Prozent der elektrischen Lokomotiven der Fall ist, wären bloss 64 Prozent der Dampflokomotiven durch elektrische zu ersetzen. Die Ersparungen bei der Zugförderung, beim Lokomotivpersonal, bei der Maschinenputzung und Erhaltung an Betriebsmitteln, an Kohlen, Waldbränden und anderen Dingen würden hinreichen, um die Kosten der Umwandlung mit 5 Prozent zu verzinsen. Dies ist besonders bemerkenswert in einem Lande, das wegen der Flachheit des Geländes den billigsten Dampfbahnbetrieb hat und aus demselben Grunde für den elektrischen Betrieb relativ am ungünstigsten beschaffen ist, da hier nicht die billigen natürlichen Wasserkräfte benützt werden können, über die Gebirgsgegenden verfügen, sondern teure Dampfzentralen zur Erzeugung des elektrischen Stromes errichtet werden müssten. Nach Spezialuntersuchungen der badischen Eisenbahnverwaltungen würde sich deren elektrischer Betrieb bei einer Zugsleistung von 490.000 Zugkilometern billiger stellen, wenn der Strompreis 5·7 h per Kilowattstunde nicht überschreiten würde. Das ist aber ein Preis, der bei grossen Anlagen selbst bei dampferzeugter Elektrizität längst unterboten ist.

In Schweden, das eine einzige von Süd nach Nord verlaufende, wenig verzweigte Eisenbahnlinie besitzt, also wegen mangelnder Verkehrsdichtigkeit ungünstig für die Elektrifizierung disponiert sein müsste, haben die Versuche ergeben,** dass die Jahresauslagen für Verzinsung, Amortisation und Erhaltung der Leitungsanlagen, der Wasserkraft- und Torffeuerungsanlagen † inklusive Betriebskosten, Löhne und

* Siehe E. Seefehlner a. a. O.

** Ph. Pforr, Der elektrische Vollbahnbetrieb, in Glasers Annalen für Gewerbe und Bauwesen, 15. Mai 1907.

*** Siehe Dahlander a. a. O.

† Um die ausländische Kohle zu ersparen, wird daran gedacht, die Heizung der Kraftanlagen mit schwedischem Torf zu besorgen. Für Lokomotivfeuerung ist dieses Brennmaterial schon wegen seines grossen Volumens ungeeignet.

dergleichen mit 11 Millionen Kronen zu berechnen sind, während die Ersparnis durch Wegfall des Dampfbetriebes 9 Millionen betrüge, was ein Defizit von 2 Millionen ergäbe. Das gilt jedoch für einen Kohlenpreis von 19·5 K per Tonne. Steigt dieser Preis aber nur um 6 K, so ist der elektrische Betrieb schon billiger. Der Preis ist jedoch seither schon um 13 K gestiegen.

Aehnliche Resultate ergibt die schweizerische Statistik.* Die sämtlichen Schweizer Eisenbahnen haben im Jahre 1903 142·9 Millionen Reisende und 12·5 Millionen Gütertonnen befördert, davon die elektrischen Bahnen 74·5 Millionen Reisende und 343.000 Gütertonnen. Trotzdem nun unter den elektrischen Bahnen zwei mit besonders hohen Betriebskosten sind (Gornergrat- und Jungfraubahn) betragen die kilometrischen Betriebskosten

bei den elektrischen Bahnen	5.839 Frs.
» » Dampfbahnen	22.835 »

Ja, in Bezug auf die Anlagekosten stellt sich das Verhältnis folgendermassen: Sie betragen bei

27 Dampfbahnen mit Normalspur	110.990 Frs.
3 elektrischen Bahnen mit Normalspur	102.704 »
16 Dampfbahnen mit Meterspur	92.018 »
15 elektrischen Bahnen mit Meterspur	107.806 »
8 reinen Zahnbahnen mit Dampftrieb	250.842 »
2 » » mit elektrischem Betrieb	530.608 »

das heisst die Anlagekosten sind speziell bei Hauptbahnen für elektrischen Betrieb billiger als bei Dampfbahnen. Bezüglich der letzten beiden Ziffern sei allerdings erwähnt, dass sie nicht beweiskräftig sind, weil die beiden elektrischen Bahnen, die hier gemeint sind, Gornergrat- und Jungfraubahn, mit ganz besonderen, enormen Bauschwierigkeiten zu kämpfen hatten.

Endlich sei bezüglich der Schweizer Bahnen noch erwähnt, dass sich die

Dampfbahnen mit	2·086 Prozent
elektrische Bahnen mit	2·353 »

verzinsen.

Oesterreich hat bis jetzt noch sehr wenig elektrische interurbane Bahnen. Aber die geringen Erfahrungen, die bei uns gemacht wurden, decken sich mit allen, die das Ausland gewonnen hat. Die elektrische Stubaitalbahn hat Betriebsausgaben von 60 bis 70 h per Zugskilometer, während die im Charakter völlig gleiche und auch geographisch nahe gelegene Innsbrucker Mittelgebirgsbahn, die mit Dampf betrieben wird, K 1·35 per Zugskilometer ausgibt und die anderen österreichischen Lokalbahnen K 1·60 bis 2 K verbrauchen. Noch interessanter steht die Sache bei den österreichischen Zahnradbahnen. Es geben aus:

	per Nutz- kilometer Heller	davon Strom — (1) be- ziehungsweise Brenn- materialkosten (2—7)
1. elektrische Zahnbahn Triest—Opčina	94	35·20
2. Dampfzahnbahn Kahlenberg	167	35—
3. » Achensee	478	95—
4. » Gaisberg	613	127—
5. » Schafberg	398	140—
6. » Schneeberg	441	53—
7. Dampf-Adhäsionsbahn Innsbruck-Igls	131	94—**

Die elektrische Zahnbahn hat somit nicht nur einen billigeren Betrieb als die Dampfzahnbahnen, sondern auch als die Dampfadhäsionsbahn.

Hierbei sei überdies erwähnt, dass bei Dampfbahnen mit der Verdichtung des Verkehrs die Betriebskosten relativ durchaus nicht geringer werden, sondern wachsen, was bei elektrischem Betrieb nicht, wenigstens nicht annähernd im gleichen Masse der Fall ist, wie aus der Tatsache erhellt, dass die Kraftquelle gleich bleibt. Bei den englischen Dampfbahnen — um ein Beispiel anzuführen — ist nach Dawson trotz Versechsfachung des Personenverkehrs und trotz Verfünf-

* Wolfgang Müller, Die elektrischen Bahnbetriebe in der Schweiz, in: »Elektrische Bahnen und Betriebe«, Jahrgang IV, S. 252.

** Dr. E. Seefehlner, Die elektrische Bahn Triest—Opčina.

fachung des Güterverkehrs in den letzten 40 Jahren der Betriebskoeffizient von 47 Prozent auf 63 Prozent gestiegen.*

Was den Hauptbahnbetrieb betrifft, so haben Berechnungen bezüglich der Arlbergstrecke ergeben, dass die Ersparnisse an Kohlenkosten beim gegenwärtigen Kohlenpreis hierfür allein hinreichen würden, um die Anlagekosten der Umwandlung mit 4.42 Prozent zu verzinsen. Die weiteren mit dem elektrischen Betrieb verbundenen Ersparnisse würden einer mindestens sechsprozentigen Verzinsung gleichkommen. (Vergleiche die Resultate in Preussen.)

Neben dem entscheidenden Faktor der grösseren Billigkeit hat jedoch der elektrische Betrieb noch eine Reihe weiterer Vorzüge, die ich im folgenden kurz anführen will:

1. Die Geschwindigkeit und damit die Verkehrsdichtigkeit wird erhöht. Bei der Merseybahn in England ist die Verkehrsleistung durch die Elektrifizierung von 232.000 auf 600.000 jährliche Zugskilometer, die Reisendenfrequenz von 2.8 Millionen auf 4.1 Millionen jährlich vermehrt worden.

Wie stark eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit in Oesterreich wirken würde, lehrt folgende Berechnung: Im Jahre 1904 wurden in Oesterreich 4 1/4 Milliarden Achskilometer mit einer durchschnittlichen Leistung von 2.5 Tonnen pro Achse gefahren. Eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit um nur 20 Prozent würde eine jährliche Mehrförderung von 2.2 Milliarden Tonnenkilometer oder 550 Millionen zehntonrige Waggonkilometer bedeuten.

Speziell die Durchschnittsleistung der Lokomotive wird grösser.

Die Elektrifizierung der Valtellinabahn in Italien hat eine jährliche Durchschnittsleistung der Lokomotive von 54.000 Kilometern erreicht, also doppelt soviel wie die Dampftraktion unter sonst gleichen Verhältnissen.

Die österreichische lokomotivische Durchschnittsleistung beträgt 26.000 Zugskilometer. Bei der elektrischen Baltimore-Ohioabahn sind 50.000 bis 60.000 Zugskilometer die Regel, aber Leistungen bis zu 96.000 auch schon vorgekommen.

2. Die Verkehrssicherheit wird grösser. Durch Ausschaltung des Stromes kann der Verkehr sofort total unterbrochen werden. Der Lokomotivführer kann, ausser auf grösseren Gefällsstrecken, die Geschwindigkeit nicht willkürlich überschreiten.

3. Die Pünktlichkeit wird grösser. Da das Personal mit der Krafterzeugung nichts zu tun hat, entfallen alle Verspätungen, die aus der unrichtigen Manipulation des Fahrpersonals entstehen. Die Aufenthalte für Wassernehmen, Feuerreinigung, Kohlenaufladung entfallen.

4. Der Verkehr ist konstanter, beziehungsweise er kann ohne Mehrkosten leichter den tatsächlichen Bedürfnissen angepasst werden.

5. Der Dienst des Fahrpersonals ist einfacher und leichter; insbesondere in langen Tunnels und bei Lastzügen mit offenen Bremsen entfällt der schädliche Rauch und Russ.

6. Infolge des geringeren Lokomotivgewichts entfällt die Verstärkung des Oberbaues, soweit sie nicht durch die grössere Geschwindigkeit nötig wird.

7. Minderwertiges Brennmaterial kann ebenfalls, und zwar für stabile Werke benützt werden.

8. Die Zahl der Unfälle wird kleiner. In der Schweiz kommen auf 100 Kilometer Baulänge

bei elektrischen Bahnen	10.9 Unfälle
» Dampfbahnen	29.4 »

Nur die Hantierung des Personals mit der Stromzuleitung ist gefährlicher, die Unfallsgefahr kann aber bei einiger Uebung und der Erstellung der nötigen Sicherheitsvorkehrungen bedeutend vermindert werden.

9. Das mitgeführte »tote Gewicht« der Lokomotive wird kleiner. Die ersparte Zugkraft kann für den Warenverkehr verwendet werden. Das Adhäsionsgewicht der Dampflokomotive beträgt durchschnittlich 1/5, das der elektrischen 1/11 der Zugkraft.

* Oberbaurat v. Ferstel, Vortrag im Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein »Ueber die Elektrifizierung der österreichischen Eisenbahnen«, gehalten im Jahre 1905.

10. Die Gefahr der Erzeugung von Bränden in der Nähe des Bahnkörpers fällt weg. Der preussische Eisenbahnfiskus hat an einem einzigen Tage, dem 15. August 1904, für einen bei Primkenau erzeugten Waldbrand 4·2 Millionen Mark Schadenersatz auszahlen müssen.

Bedenken gegen die Einführung des elektrischen Betriebes werden bei uns heute nur mehr von militärischer Seite erhoben. Aber wie Professor E. Cserháti (Buda-pest) nachgewiesen hat, sind sie völlig ungerechtfertigt. Zerstörungen der Zentralen sind nur vor der Front möglich. In diesem Falle ist aber auch bei Dampftraktion mit den Eisenbahnen nichts anzufangen. Hinter der Front müssen die Zentralen ebenso unter Bedeckung und Bewachung stehen wie die Tunnel und die Strecken. Die Zerstörung der Leitungen und Stangen sind einerseits leicht zu reparieren, andererseits nicht so leicht zu bewerkstelligen, als man gemeinhin glaubt. Uebrigens muss bemerkt werden, dass die Gefahr der Kohlenabschneidung mindestens so gross ist wie der des elektrischen Stromes. Mit Recht weist Oberbaurat v. Ferstel auf die in strategischer Beziehung ungünstige Lage unserer Kohlengruben an den Grenzen hin. Aber gerade militärische Erwägungen waren es, wie gesagt, die zum Beispiel Italien hauptsächlich zur Durchführung der Elektrifizierung veranlasst haben.

Die Elektrifizierung der Eisenbahnen ist also, von allen Seiten betrachtet, ein Gebot des volkswirtschaftlichen Fortschrittes. Erwägt man die Grösse unseres Staatsbahndefizits, die zeitweise enorme Ueberlastung einzelner unserer Hauptlinien, die Kohlenarmut und den Wasserreichtum unserer Alpenländer, so springt die grössere Rationalität und Rentabilität des elektrischen Betriebes in die Augen. Aber damit ist es nicht genug. Der ökonomische Vorteil, und darauf muss ein Hauptgewicht gelegt werden, liegt auch noch auf dem Gebiete der Erschliessung billiger Kraftquellen für die Industrie. Insbesondere sind hier gewisse Zweige der elektrochemischen und elektrometallurgischen Industrie gemeint, so die Erzeugung von Düngemitteln für die Landwirtschaft, von Tiegelstahl und dergleichen. Die Kraftzentralen für die Eisenbahnen müssen eben von vorneherein unter Bedachtnahme auf den Anschluss von Industrien gebaut werden. Der Staat, der bis jetzt eine ablehnende, zum mindesten schwankende Haltung gegenüber der industriellen Entwicklung beobachtet hat, würde dadurch in seinem eigenen Interesse gezwungen sein, Industrien heranzuziehen. Statt durch Erhöhung der indirekten Steuern würde er sein Staatsbahndefizit durch vermehrte Stromabgabe an Private herabmindern. Unabhängig von den politischen Strömungen des Tages müsste er eine energische moderne Wirtschaftspolitik betreiben. Was das für die wirtschaftlich und politisch so stark zurückgebliebenen Alpenländer bedeuten würde, liegt auf der Hand.

Aber selbst wenn man von diesen — ich betone es — Hauptgesichtspunkten der stärkeren Industrialisierung absieht, bleiben noch genügend eisenbahnwirtschaftliche Momente übrig. Unsere Alpenländer sind für die Fremdenindustrie geschaffene Länder. Sie sind darin nicht nur von analoger Struktur wie die Schweiz, sie beginnen dieser bereits langsam ernste Konkurrenz zu machen. Immer grösser wird die Zahl der Engländer, die die Herrlichkeiten der Südtiroler Dolomiten aufsuchen. Aber viele dieser Gebiete schlafen noch immer einen förmlichen Dornröschenschlaf. Nur auf den grössten Umwegen, nach langen ermüdenden Post- oder teuren Landauerfahrten, kann man ins Herz der Pala- und Brentagruppe oder gar der trotz ihrer pittoresken Wildheit geradezu unbekanntem karnischen Voralpen gelangen. Die Bahnbauten in diese Gebiete sind, wenn man von dem blödsinnigen deutsch-italienischen Gezänke wegen der Fleimstalbahn absieht, bisher lediglich wegen der enormen Kosten der Dampfbahnanlagen unterlassen worden. Der leichterbeschwingte elektrische Bahnbau würde, insbesondere bei zentraler Inangriffnahme der Wasserkraftanlagen auf diesen Gebieten, der österreichischen Volkswirtschaft, ihrer Zahlungsbilanz und dem Finanzminister neue riesige Aktiven zuführen.

Und hiermit sind wir bei dem springenden Punkte der ganzen Frage angelangt.

Die Frage des Wertes der Elektrifizierung hängt zum allergrössten Teile von der Menge und Billigkeit der Wasserkräfte ab. Es ist daher vor allem wichtig, dass der Staat seine Hand auf sie lege, beziehungsweise sie sich sichere. Unser Wasserrecht liegt vollständig im argen, es ist das desolateste Ressort,

das unser Verwaltungsorganismus besitzt. Es wäre vor allem Aufgabe des Parlaments, ausser einem Elektrizitätswegerecht (Regelung der Führung der Starkstromleitung), auch ein neues Wasserrecht zu schaffen und das in beide Rechte hineinspielende Enteignungsverfahren neu zu ordnen. Durch das Wasserrecht wäre von vorneherein, wie es Klöti* für die Schweiz vorschlägt, in die Wasserrechtskonzessionen Bestimmungen aufzunehmen, die die öffentlichen Vorteile wahren und es nach nicht allzulanger Zeit dem Staate ermöglichen, alle Wasserwerke an sich zu ziehen, wodurch ferner alle Unternehmungen, die sich mit der Erzeugung, Fortleitung und Abgabe der Elektrizität befassen, unter Staatsaufsicht gestellt würden. Klöti schlägt ferner Kontrahierungszwang und Maximaltarife, Rückkaufs- und Heimfallsrechte zugunsten der Gemeinden, der Kantone und des Bundes nach dem Muster des englischen Electric Lighting Act vom 18. August 1882 vor. Einer solchen Regelung steht nun in Oesterreich die Eifersucht der 17 Kronländer gegenüber, ein bei unseren parlamentarischen Verhältnissen gewiss schwer zu überwindendes Hindernis. Jedoch sollte man glauben, dass es schliesslich doch zu beseitigen wäre, wenn man erwägt, dass in der Schweiz, wo die Selbstherrlichkeit der Kantone noch weit grösser ist als die Autonomie unserer Kronländer, ein erträgliches Kompromiss zwischen den Bundes- und Kantonsinteressen herzustellen, zweifellos gelingen wird. Denn es liegt dem Parlament ein Gesetzentwurf des Bundesrates vom 30. März 1907 vor, dessen Annahme so ziemlich sicher ist. Darnach hätte der Bund die Oberaufsicht über die Ausnutzung der Wasserkräfte, dagegen vergeben die Kantone die Konzessionen. Wo Wasserkräfte die Gebiete mehrerer Kantone berühren, steht die Konzessionserteilung dem Bunde zu. Dazu kommen die Wasserrechtsgesetze der Kantone, von denen das bernische das letzte und modernste ist.

Bei uns, wo der Kantonismus in Bezirksbergerei auszuarten pflegt, muss angesichts der grossen Aufgabe vor allem das Gesamtinteresse ins Auge gefasst werden. Geht die zentrale Regelung und zentrale Besitzergreifung nicht voraus, so droht die parzellistische Zersplitterung der Wasserkräfte, die nicht nur später zu teuren Einlösungskosten und damit zu denselben Erscheinungen führt, die unser Staatsbahndefizit so enorm gemacht haben, sondern sogar die ganze Sache technisch ruinieren und unmöglich machen kann. Vor allem tut somit Eile und Geschicklichkeit not. Hier ist Fabius Cunctator nicht der richtige Mann, sonst kann alles verloren gehen. Ich muss hierbei jedoch betonen, dass die Massnahmen der Regierung hinsichtlich der Ausnützung der Wasserkräfte für die Elektrifizierung der Bahnen nicht bei dieser Aufgabe stehen bleiben dürfen, sondern dass gleichzeitig bei der Anlage von Stauweihern das Augenmerk auf die Beseitigung der Schäden von Hochwässern, auf die Ermöglichung rationeller Bewässerungen für die Bodenkultur, auf Wildbachverbauung und Frostschutz gerichtet werden muss. Bei ernstem Willen der Regierung fürchte ich nicht, dass der grosse Gedanke durch die Kompetenzstreitigkeiten der Ministerien und ihrer einzelnen Departements zum Scheitern gebracht werde.

Das Studienbureau, das das Eisenbahnministerium für diese Frage eingesetzt hat, steht unter der vorzüglichen Leitung des Oberbaurates v. Ferstel, der mit grossem Fleiss, grosser Begeisterung und grossem Geschick seine Aufgabe erfüllt. Die Beträge, die diesem Bureau zur Verfügung gestellt werden, sind freilich lächerlich gering. Hier darf man sich nicht auf den kleinlichen fiskalischen Greislerstandpunkt stellen. Ueberhaupt bedarf es, nachdem die Berechnungen die Rentabilität der österreichischen Elektrifizierung in einer jeden Zweifel ausschliessenden Weise ergeben haben, nunmehr eines entschiedenen, unbeugsamen Willens, der auf das Ziel losgeht. Wenn jemals das Wort von dem grossen Momente, der kein kleines Geschlecht finden darf, zutrifft, so jetzt, wo eine der grössten technischen Aufgaben, die Oesterreich wirtschaftlich enorm zu heben geeignet ist, ihrer Erledigung harret. Man kann der Regierung und dem Parlament nur zurufen: Ans Werk, es ist keine Zeit zu verlieren!

* Dr. Emil Klöti, Die Verordnung des Wasser- und Elektrizitätsrechtes in der Schweiz.

Karl Renner: Das Klasseninteresse des Proletariats an der Amtssprache

Die Spezialfragen.

Kompetenz und Sprengel, sachliche und örtliche Zuständigkeit sind die objektiven Bestandteile des Amtes, der Beamte und die vor ihm erscheinende Partei die subjektiven. Beamte und Partei sind es, die die Sprache in Wort und Schrift gebrauchen, sie ergreift die Sprachenordnung direkt. Hier, könnte es scheinen, überwiegen die rein linguistischen, administrativtechnischen Momente und das Interesse der Klassen spielt keine Rolle mehr. Wir werden sehen.

Das Amt bedient sich der Sprache in zweifacher Weise: 1. im Verkehr mit der Bevölkerung, das ist mit den Parteien, die sich an das Amt wenden (äussere Geschäftssprache); 2. innerhalb der Wände der Amtsgebäude, das ist im Verkehr der Beamten miteinander (innere Geschäftssprache, Sprache des inneren Dienstes, auch kurz Dienstsprache).

Die äussere Geschäftssprache trifft behördliche Akte verschiedener Art: *a*) die Aufnahme von Protokollen, Entgegennahme von Meldungen, Beschwerden, Klagen etc., kurz Akte, wo es der vor der Behörde erscheinenden Partei zunächst auf das »Sprechendürfen« ankommt, und alle die Amtshandlungen, die in dem einmal eingeleiteten Parteiverfahren nachfolgen (Sprache des Parteienverkehrs); *b*) amtliche Kundmachungen, Ladungen etc., wo es den Staatsbürgern auf das »Verstehenkönnen« ankommt (Ediktalsprache); *c*) die Sprache öffentlicher Verhandlungen, in der jeder Teil, die Parteien und die Beamten, in Rede und Gegenrede unmittelbar wechseln und für alle Teile zugleich das Sprechendürfen und Verstehenkönnen wichtig ist, wo insbesondere diese Wechselrede auch zwischen verschiedenen Parteien Platz greift, auf deren Sprachenkenntnisse das Recht nicht den gleichen Einfluss hat wie auf jene der Beamten (Verhandlungssprache).

In den Bereich der inneren Dienstsprache fallen wieder sehr verschiedene Gebrauchsarten der Sprache: *a*) der Verkehr innerhalb eines und desselben Amtes: Führung des Exhibitenprotokolls, der Registratur, das Konzept etc. (Die interne Dienstsprache, im spezifischen Sinne die »Amts«sprache); *b*) der Verkehr zwischen Amt und Amt (Korrespondenz- oder Verkehrssprache), wobei zu unterscheiden ist zwischen dem Verkehr unter gleichgeordneten Aemtern (Ersuchsschreiben, Noten) und zwischen vorgesetzten und untergebenen Aemtern, insbesondere zwischen Zentral-, Mittel- und Lokalstellen (Berichte, Anträge, Verordnungen, Erlässe etc.).

Selbstverständlich gehen die einzelnen Verwendungsweisen ineinander über. Insbesondere steht die Verhandlungssprache und die Protokollführung bei Verhandlungen an der Grenze des äusseren und inneren Dienstes.

Ueberdenken wir diese Unterscheidungen, so fällt uns sofort auf, dass das nationale Interesse der breiten Massen und jenes der Bureaukratie und Bourgeoisie an anderen Punkten einsetzen. Die Sprache des äusseren Dienstes (Punkt 1) ist immer und in jedem Masse Volkssache, die Sprache des inneren Dienstes ist in erster Linie und in höherem Grade Beamtensache, an der zwar die Nation als solche gleichfalls interessiert ist, aber nicht so direkt und unbedingt wie an der äusseren Dienstsprache. Und an dieser haben auch die verschiedenen Klassen sehr verschiedenes Interesse, je nach der Art, wie sie mit dem Amte zu tun haben.

Im allgemeinen sind für das tägliche Leben des Proletariats die wirklichen Vorgesetzten, die Beamten des Arbeiters der Unternehmer und dessen Werkführer; ihnen schuldet der Arbeiter täglich Gehorsam und mit dem Staate hat er nur sehr selten zu tun. Anders der Bürger, er schuldet niemandem Gehorsam als dem Staatsorgan. Der bürgerliche Geschäftsverkehr weist den Bourgeois immer an das Amt, dessen Edikte sind für ihn wichtig, in den kontradiktorischen Verhandlungen des Amtes ist er in der Regel Partei. Der Proletarier steht meist allein, meist als Gehörsuchender oder Verhörter vor dem Beamten. Das Schwergewicht seiner Amtssprachenfrage liegt für den Arbeiter also auf der Sprache des Parteien-

verkehrs, seine Interessen berührt allerdings auch die Ediktal- und Verhandlungssprache.

Die Sprache des Parteienverkehrs und die gesamte äussere Geschäftssprache sind die demokratische Seite des Amtsrechts, die innere Dienst- und Korrespondenzsprache ihre bürokratische Seite. Kein Wunder, dass alle unsere Bourgeoisparteien die letztere voranstellen, sie alle denken bürokratisch, mögen sie sich noch so volkstümlich gebärden. Kein Wunder, dass in dem alten Privilegienhause diese übertriebene Wertung der einen Seite den Staat in die schwerste Krisis gestürzt hat, kein Wunder, wenn diese Ueberschätzung auch in Hinkunft so lange vorwaltet, als die sozialdemokratische Kritik in der Oeffentlichkeit keine Umwertung dieser Werte vollzogen hat.

Die Sprache des Parteienverkehrs.

Gerade in diesem wichtigsten Punkte erstet der Schein, gerade hierin wird das Missverständnis möglich, dass die nationale Autonomie die Berücksichtigung der sprachlichen Bedürfnisse erschwere, ja vereitle.

Viele Deutsche finden als Arbeiter, Vorarbeiter, Intellektuelle ihr Brot in slawischen Gebieten, viele Slawen insbesondere in deutschen. Die Diaspora der Deutschen ist wohl noch grösser als die der Tschechen, nur verteilen sich die Deutschen auf alle Staatsteile, die Tschechen vorwiegend auf deutsches Gebiet. Wenn die Freizügigkeit der Arbeiterschaft nicht aufgehoben werden soll, muss dem Arbeiter, der nur eine Sprache spricht, auf irgend eine Weise im überwiegend fremdsprachigen Gebiet in seiner Weise das Recht gegeben werden. Der Bourgeois kann sich einen Anwalt, einen Dolmetsch stellen, der Proletarier nicht. In zahlreichen Fällen ist ein Recht, das man ihm nicht in seiner Sprache gibt, einfach Rechtsverweigerung. (Zum Beispiel Versammlungsrecht: Die Versammlung verboten, weil die überwachende Behörde wegen Nichtverstehens um ihr Ueberwachungsrecht käme!)

Die nationale Autonomie aber organisiert die geschlossene Sprachgemeinschaft zur geschlossenen Verwaltungsmacht. Wird durch sie die Diaspora nicht ganz rechtlos? Umgekehrt: Der bürokratische Absolutismus Bachs mit seiner erstaunlichen Polyglottie und Mischung der Beamtenschaft hat geradezu jedem erleichtert, überall einen Sprachverwandten zu finden! Garantiert also die nationale Autonomie nicht einmal so viel Sprachenrecht als der Absolutismus?

Hic Rhodus, hic salta!

Es ist eine lächerliche Ausflucht, zu sagen, niemand habe im fremden Sprachgebiet etwas zu suchen. Der Kampf ums tägliche Brot treibt die Arbeiter ebenso durcheinander wie der Kampf um den Profit die Bürgerlichen. Dieser zerstäubt das Erzeugnis eines Betriebes in tausend Warenpartikelchen über das ganze Land, und mit der Faktura jagt der Verkäufer jedem Partikel nach. Ist er auch sesshaft an einem Orte, so durchzieht er doch das ganze Land als Lieferant und Inkassant, entweder persönlich oder durch lohnarbeitende Kommis.

Und nun erschwert die nationale Autonomie nicht nur die Freizügigkeit, sondern auch den bürgerlichen freien Verkehr? Das Problem wird immer schwieriger!

Natürlich, weil wir uns von dem Wechselbalg, der sogenannten »Nationalen Autonomie«, verblüffen lassen, den sich die Bourgeoisparteien in den letzten Jahren zurecht gemacht haben. Sie sehen in der Autonomiefrage nur zwei Dinge: die Abgrenzung und die Lernfaulheit vieler Beamten.

Wenn die Nationszugehörigkeit des einzelnen und die Kraft des Nationsganzen lebendige Wahrheit sind, so schwinden sie nicht plötzlich hin, wenn ich über die Sprachgrenze gehe. Ist die Nationalität* ein subjektives Recht des Individuums und die Nation politisches Rechtssubjekt, dann besteht zwischen Nation und Individuum ein ähnliches Rechtsverhältnis wie zwischen Staat und Staatsbürgern oder zwischen Gemeinde und Heimatsberechtigten, ein Verhältnis gegenseitiger Rechte und Pflichten. Auf dieses

* Das Wort Nationalität bezeichnet nicht die Nation, den ganzen Volksstamm, sondern die Zugehörigkeit des Individuums zu einer Nation. Wie man sieht, spricht der ganze Geist unserer Gesetzgebung, die keine Nation, sondern bloss Individuen verschiedener Sprachen kennt, aus der Unart, die Volksstämme selbst als Nationalitäten zu bezeichnen. Am empörendsten wird dieser Missbrauch von der magyarischen Oligarchie gegenüber den anderen Nationen Ungarns geübt.

Verhältnis muss gerade das Proletariat besonderen Wert legen. Ungemessene Pflichten und Lasten legen ihm heute sowohl der Staat wie die nationale Bourgeoisie auf, aber sein Recht an dem Staat ist gering und sein Recht an der Nation kennt er bis heute noch nicht. Dass die Nation auch gegenüber den einzelnen Nationsgenossen Pflichten habe, ist ein Gedanke, den wir erst ausdenken, erst durchsetzen müssen, obwohl er sich von selbst versteht.

Für uns Sozialdemokraten bedeutet nationale Autonomie, nationale Selbstregierung nicht daheim die Unterwerfung unter einen Beamten, der nur meine und wenn er nur meine Sprache spricht, ob er mich auch sonst drangsaliere und brutalisiere, in der Fremde aber Rechtlosigkeit. Uns sagt dieses Wort vielmehr: Meine Nation ist geeinigt und unabhängig in nationalen Dingen, Herrin ihrer kulturellen Ziele und Mittel, Herrin und Dienerin zugleich jedes Nationsgenossen, somit berechtigt, von mir Opfer zu verlangen, aber auch verpflichtet, mich zu schützen und zu vertreten, mir mein Recht zu garantieren, auch Fremden gegenüber.

Entwickeln wir diesen Rechtsgedanken genauer — es handelt sich vorläufig um das Prinzip, um ein Analogon, nicht um die Praxis. Die Heimatsgemeinde muss meine Verpflegskosten garantieren, auch wenn ich in einem fremden Kronland im Spital liege. Mein Heimatsstaat muss mich in der Fremde schützen, er hält mit zu diesem Zwecke diplomatische und konsulare Aemter in den fremden Ländern. Bürger eines Landes in der Fremde schützen sich gegenseitig, indem sie sich zur deutschen, französischen, englischen »Kolonie« vereinigen. Und kraft solcher Mittel ist der Fremde in Oesterreich national mehr geschützt als der Einheimische.

Wenn heute Deutsche den Tschechen, morgen Tschechen den Deutschen die Firmenschilder herabreißen oder die anderssprachigen Aufschriften zerstören, so bleibt das ungesühnt. Geschähe dies einmal englischen Firmen mit englischen Aufschriften, so würde tags darauf der Botschafter Genugtuung und Schadenersatz fordern und auch pünktlich erhalten. Warum? Zwischen Staat und Staat besteht eine Rechtsordnung — zwischen Nation und Nation in Oesterreich nicht. Es gibt ein Völkerrecht zwischen Staaten, aber ein Völkerrecht zwischen den Völkern eines Staates gibt es nicht — und das ist bis heute natürlich, da ja die Völker rechtlich nicht existieren.

Und nun dreht sich gerade alles darum, den Völkern zur Existenz zu verhelfen — was ihre Vormünder nicht begreifen wollen. Existieren sie einmal, so helfen sie sich selber.

Wenn Staatsfremde eine Kolonie unter dem Schutze ihrer Konsuln und Gesandten bilden, warum sollen im Rahmen eines und desselben Staates nicht viel einfachere Organisationen bestehen können? Warum kann nicht die Minderheit einer Stadt obligatorische Minoritätsgemeinden mit eigenen Organen bilden? Was die mährischen Juden heute ohne Not auf konfessioneller Grundlage tun, sollte aus guten Gründen für die Nationen unmöglich sein? Diese Minderheitengemeinden können doch als völlig gleichwertige Glieder in die Nation einbezogen sein, die Nation kann, falls die Gemeinde nicht steuerkräftig genug ist, diese Organe subventionieren, ja sie kann für alle Fälle (etwa die Deutschen in Triest) ohne die Basis einer Gemeindeorganisation einen autorisierten Dolmetsch und Anwalt bestellen, der natürlich von Gesetzes wegen bei allen Aemtern, Behörden etc. »akkreditiert« ist. Nicht also von dem Fremden, sondern von der eigenen Nation muss ich meinen Schutz in der Fremde fordern — ein Rechtssatz, den kaum jemand bestreiten kann.

So weit die Analogie. Nun aber sind wir international in einem Staate organisiert und eben das, was international und allen gemeinsam ist, soll ja Staatssache sein. Sofern nicht Minoritätsgemeinden im Anschluss an die geschlossenen Nationsgebilde organisiert sind und doch eine nennenswerte Diaspora da ist, kann der Staat durch sein Gesetz im Rahmen der sonst national autonomen Aemter die Anstellung von Beamten fordern, die als sprachliche Vertreter, als Dolmetsche und Ratgeber der Fremdsprachigen fungieren. Und er wird dies am besten in der Form anordnen, dass er den national autonomen Amtsherren die Bedingung setzt, in einem entsprechenden Prozentsatz auf allen hierarchischen Stufen doppelsprachige Beamte anzustellen. Und die Amtsherren selbst werden dem nachleben, denn auch für sie ist die Polyglottie ihrer Beamten ein Vorteil — national haben sie die Beamten ja

ganz in der Hand. Die für alle Nationen gleiche Vorschrift gleicht Last und Vorteil dieses Zwanges aus: man schützt seine eigenen Söhne in der Fremde, indem man die Fremden in der Heimat schützt.

Die völkerrechtliche Analogie hat uns also dazu gedient, den Rechtsgedanken zu entwickeln, an der Hand dessen wir über die Zweckmässigkeit und Billigkeit einer Massregel urteilen können. Man muss schon einmal bei uns weit ausholen, um zu beweisen, dass jede Nation verhalten werden kann, für die Sprachbedürfnisse jener Fremden zu sorgen, die sie im Lande selbst ausbeutet, mit denen sie im Lande Geschäfte schliesst. Denn die Fremden sind wahrlich keine blossen Vergnügungsreisenden und wenn sie es sind, so bringen sie erst recht das Geschäft in das Land. Aber item, die organisierten Nationen können sich ja selbst vorbehalten, ihre Diaspora zu schützen, sie haben, wenn sie konstituiert sind, die Macht und die Mittel dazu.

Der Schutz der nationalen Minderheit im gemischtsprachigen Gebiete ist durch die nationale Autonomie nicht etwa gehindert, sondern geradezu gewährleistet. Er ist am vollkommensten durch die Organisation auf Grund des reinen Personalitätsprinzips gesichert, die Sicherung vermindert sich in dem Masse, als wir uns dem Territorialprinzip nähern. Wie weit wir das eine oder das andere berücksichtigen können, liegt nicht in unserer Willkür.*

Hier liegt nun für das Proletariat die Hauptfrage, nicht in dem Streit über die innere Dienstsprache. Für die bürgerliche Welt ist sie nebensächlich, ausser soweit sie Expansionshoffnungen der Bureaukratie nährt. Hier erstehen uns auch die grössten taktischen Schwierigkeiten.

Was wir selbst im Prinzip fordern müssen, scheint freilich einfach und klar: Konstituierung der Nationen.

Schaffung und Einbeziehung der Minoritätsgemeinden in die Organisation der Nation.

Schutz jeder nationalen Diaspora durch ihre eigene Nation.

Tunlichste Regelung dieser Frage durch einheitliches Staatsgesetz, das ein Sprachenvölkerrecht feststellt.

Die Schwierigkeit entsteht erst dadurch, dass wir weder allein im Staate und in der Nation da sind, noch auch heute und morgen die Macht haben, unser Prinzip durchzuführen. Steht es doch zu der Auffassung der besitzenden »sesshaften« Klasse und zu deren Interesse an dem geschlossenen Sprachgebiet im schärfsten Gegensatz! Dabei ist jede Nation sozial anders zusammengesetzt. Wollen wir nicht in den Wirrwarr der bürgerlichen Sprachenkämpfe politisch hineingezogen werden, so müssen wir die prinzipielle Klarheit peinlich genau bewahren.

Die geltende Aemterordnung ist unseren Wünschen diametral entgegengesetzt. Die Nationen sind juristisch nicht einmal da, geschweige denn autonom. Die Aemter gehören weder dieser noch jener Nation, sie sind eine einzige unterschiedslose bürokratische Organisation, die vom Ministerium, beziehungsweise von der Krone abhängen, sie sind »landesfürstlich«. Ich verzweifle an der Möglichkeit, einer ganz gegensätzlichen Organisation unsere Grundsätze gleichsam anzuflicken. Man verlangt aber von uns »Stellungnahme« an jedem Tag. Gehen wir dabei ohne Reserve auf die bürgerlichen Formeln ein, so erregen wir Missverständnisse und bringen Verwirrung in unsere eigenen Reihen.

Als Beispiel führe ich die auf die äussere Geschäftssprache bezüglichen Ausführungen der tschechischen Parteien gegen die Koerberschen Grundzüge und die Vorschläge der Deutschen an:

»Für die böhmischen (sc. tschechischen) Parteien bleibt es ein unverrückbarer Grundsatz, dass in den böhmischen Ländern ein Böhme oder Deutscher bei **allen** landesfürstlichen Aemtern sein Recht in seiner Sprache finden könne« — ganz unser Grundsatz, nur bei uns nach Tunlichkeit und ohne Schikane im ganzen

*. Das reine Personalitätsprinzip ist, wie ich anderwärts ausgeführt habe, innerhalb einer Gesellschaft von Besitzklassen undurchführbar, es gehört einer sozialistischen Gesellschaftsordnung an. In den ökonomischen Verhältnissen des Ortes, des Landes, der Nationen liegt die Entscheidung über das Mass des durchsetzbaren Minoritätenschutzes.

Staatsgebiet — »und zwar nicht nur durch die Annahme, sondern auch durch die Behandlung und Erledigung seiner schriftlichen und mündlichen Anliegen« — über das Mass lässt sich wohl streiten.* »Von dieser grundlegenden Forderung können die böhmischen Parteien nicht nur deswegen nicht abgehen, weil es seit Ur-gedenken** ein anerkannter Rechtszustand in den böhmischen Ländern ist, sondern auch deswegen, weil es ein Gebot sozialer Pflicht der modernen staatlichen Verwaltung ist.« Sehr richtig und doch falsch: Der Staat ist heute ununterschiedene Summe von acht Nationen, der nationale Rechtsanspruch aber kann sich logischerweise nur an die eigene Nation kehren. »Nicht nur die **sesshaften** Minoritäten (diese Einschränkung hatten die Deutschen gemacht) haben ein Anrecht auf den Rechtsschutz und die soziale Fürsorge des Staates, sondern ein jeder Angehörige der beiden die böhmischen Länder bewohnenden Völker, weil die Geltendmachung seiner Rechte und Ansprüche bei allen landesfürstlichen Behörden in seiner Muttersprache ein erworbenes nationales Recht für einen jeden Angehörigen beider Völker bedeutet, ein Recht, welches namentlich für die arbeitende Klasse in Bezug auf ihre Freizügigkeit und Ausnützung einer jeden sich bietenden Erwerbsgelegenheit geradezu eine Vorbedingung für ihr wirtschaftliches Fortkommen ist.« Vollkommen richtig — und trotzdem für die Deutschen unannehmbar. Denn dieses höchste Recht des Nationsgenossen, auf das wir selbst, wie ausgeführt, das grösste Gewicht legen, wird politisch zum Unrecht, wenn bei einer ununterschiedenen Bureaukratie, bei jedem Mangel eines Rechtes der Nationen auf ihre Aemter, diese Forderung zu dem Zweck aufgestellt wird, um die deutschen Aemter durch die Expansion tschechischer Bureaukraten zu absorbieren.

Was sollen also wir deutschen Sozialdemokraten tun? Wir sagen natürlich: Sichert uns Deutschen die Herrschaft über die deutschen Aemter, wir werden uns gar nicht einen Augenblick bedenken, unsere Beamten zu zwingen, tschechisch zu lernen; denn jedes Wort dieser Ausführungen unterschreiben wir. Aber da andere über die Aemter disponieren, da wir die Bureaukratie nicht beherrschen, sondern andere, so kann dieses Recht unsere nationalen Aemter absorbieren, uns unter nationale Fremdherrschaft bringen: So können wir rebus sic stantibus nicht einen Buchstaben davon unterschreiben.

Nun glaube ich endlich, es völlig klar gemacht zu haben, was das Hindernis der Verständigung ist: Wir reden von Rechten und Pflichten, die wir dieser und jener Nation vermeinen, aber sie kommen nicht an diese Adresse, sie werden alle in die einzige Masse einer unserer Verfügung entzogenen Bureaukratie geworfen und was aus ihnen wird, das weiss und entscheidet der Minister, die wechselnde Parlamentsmehrheit.

Auf der bureaukratischen Basis ist die Amtssprachenfrage unlöslich, diese Basis zerstören heisst die Lösung anbahnen. Und die taktische Losung der sozialdemokratischen Internationale muss sein: In Unmögliches sich nicht einlassen, die Autonomisierung der Aemter voran, der Rest ergibt sich von selbst!

Die Sprache des inneren Dienstes.

Das Hauptkampfgebiet der bürgerlichen Nationalisten ist die Sprache des inneren Dienstes.

Wie die Beamten einer Behörde innerhalb der Wände ihrer Amtsstube verkehren, hat für das Leben draussen keine direkte Bedeutung. Unter Umständen macht sich das den Massen gar nicht fühlbar. Die Katholiken haben zum Beispiel das Lateinische zur inneren Kirchensprache und empfinden diese weder als Hindernis noch als Demütigung.

Die innere Dienstsprache ist die Lebensfrage, das ökonomische Klasseninteresse der Beamten und jener liberalen Berufe, die mit dem Amte beständig zu tun haben.

* Die Behandlung trifft den **inneren** Dienst. Schliesst die Wendung eine, zwei oder drei Instanzen ein?

** Das ist falsch. Die allermeisten Städte Böhmens lebten nach Magdeburger deutschem Stadtrecht, hatten ein gemeinsames, nur für die Städte dienendes Prager Obergericht und ihre Rechts und Amtssprache war kraft Privilegiums deutsch.

Spricht und verhandelt man im Amte nur deutsch, so herrscht eine deutsche Bureaukratie, spricht man auch tschechisch, so gibt es auch eine tschechische Bureaukratie. Gibt es aber ausser der deutschen auch eine polnische, tschechische, slowenische etc. Bureaukratie, so ist die Aussicht der deutschen Amtsbewerber beträchtlich verringert; gibt es nur eine deutsche, dann haben die deutschen Bewerber einen Vorsprung, anderssprachige müssen erst deutsch lernen oder deutsch werden, um Anstellung zu finden. Natürlich unter der Voraussetzung der einen unterschiedslosen landesfürstlichen Bureaukratie. Hat jede Nation ihre Aemter getrennt von der anderen, so entsteht diese Konkurrenz von vornherein nicht.

Auf dem Gebiete der inneren Amtssprache spielt sich in Oesterreich der Klassenkampf derjenigen Gruppen ab, die auf Anstellung im öffentlichen Dienste rechnen, der bureaukratischen Klasse.

Kurzichtig wäre es, nichts anderes in diesem Kampfe zu sehen. Jede Nation als Kultureinheit braucht Faktoren, welche Kunst und Wissenschaft pflegen, insbesondere, welche Recht und Gesetz handhaben. Schon die allseitige Ausbildung der Nationalsprache fordert, dass die staatliche und juristische Terminologie durchgebildet und durch die Praxis in lebendiger Uebung erhalten werde. Haben doch geschichtslose Nationen oft ihre eigenen Ausdrücke für Vormund, Anwalt, Prozess (!) u. s. w. verloren. Auf der kapitalistischen Basis ist für eine Nation eine eigene studierte und amtierende Klasse Erfordernis des nationalen Kulturlebens und dadurch die Amtssprache im inneren Dienst allgemeines Nationalinteresse! Je ausschliesslicher sie gilt, um so reiner und vollständiger wird sie ihre nationale Eigenart entwickeln. Nationalinteresse ist also die allgemeine und möglichst reine Geltung der inneren Dienstsprache, wobei es gleichgültig ist, ob ein oder das andere Amt mehr oder weniger unter ihren Bereich fällt — was natürlich für die Bureaukratenklasse nicht einerlei, sondern gerade von grösster Wichtigkeit ist. Das allgemeine nationale Interesse geht also mit dem Bureaukrateninteresse so weit, als die Geltung der inneren Dienstsprache in Frage steht, nicht aber bis dahin, wo das Klasseninteresse auf Expansion der nationalen Bureaukratie durch Ausdehnung dieser nationalen Dienstsprache über fremdsprachiges Territorium abzielt. Denn diese Expansion fügt der nationalen Geisteskultur nichts hinzu, sondern erzeugt bloss ein übermässiges Anwachsen eines Nationaltheiles (des Juristenberufes) auf Kosten der anderen Teile. Durch Jahrzehnte hat die tschechische Nation ihre ganzen Intellektuellen der Bureaukratie und Hierarchie zugeführt und der soliden ökonomischen Entwicklung entzogen — vor ihnen hatten die Deutschen es so gehalten.

Das nationale Interesse also geht dahin, dass die nationale innere Dienstsprache überhaupt in ausreichendem Umfange und möglichst ausschliesslich Anwendung finde, so dass die Nationalsprache den entsprechenden wissenschaftlichen und technischen Ausbau erfahre, dass sie als moderne Kultursprache sich entwickle und fortlebe. Ob etwa in dem einen oder anderen Amte in dieser oder jener Angelegenheit auch in anderen Sprachen amtiert werde, beeinträchtigt die nationale Kultur schon deshalb nicht, weil dadurch die Zuflusskanäle aus anderen Kulturen offen bleiben. Durch die Polyglottie ihrer Intelligenz gewinnt jede Nation und niemals ist der Zwang zur Polyglottie antinational, falls er nicht die Massen, sondern die Intellektuellen allein trifft.

Weder die bureaukratische Expansion noch die Bureaukratenfaulheit liegt im nationalen Interesse. Zur Frage der inneren Dienstsprache steht die Nation anders als ihr studierter Teil und dessen bourgeoise Anverwandte. Die Massen empfinden dies ganz genau, dennoch verwirrt sie das Vexierspiel, das mit der inneren Dienstsprache getrieben wird.

Die Amtssprache ist eines der nationalen Merkmale eines Amtes. Spricht man im Amte deutsch, so lässt dies auf ein Amt der deutschen Nation schliessen, spricht man tschechisch, so auf eines der tschechischen. Spricht man beide Sprachen, so ist der nationale Charakter ausgelöscht. Nur eines und noch dazu ein rein formales Merkmal der Nationalität ist hier die Sprache, ja dieses Merkmal hört bei der Mischung beider auf, etwas zu bezeichnen, das Amt wird amphibisch, charakterlos.

Gibt es denn nicht andere, verlässlichere Merkmale? Wir kennen sie schon: 1. die Nationalzugehörigkeit des Beamten — immerhin ein lebendiges Merkmal,

aber es gibt unter den Beamten auch Amphibien — und 2. die Amtshoheit der Nation, die die Nationalität des Amtes unzweifelhaft macht. Warum die letzteren Merkmale heute bei unserer Rechtsordnung ausser Betracht bleiben, wissen wir bereits. Ein deutsches Amt aber, das von einem deutschen Bezirk bestellt ist, bleibt deutsch, auch wenn alle seine Beamten tschechisch gelernt haben und selbst im inneren Dienst tschechisch sprechen: Legen wir dieses Merkmal der Regelung zugrunde, so haben wir volle Freiheit, das Sprachenbedürfnis einzig nach administrativ-technischen Grundsätzen zu regeln.

Die bürgerliche Politik hält sich an das formale Merkmal, das nur halb bezeichnet, halb bindet und halb freilässt. Und so wird jenes Vexierspiel des Kampfes um die Amtssprache möglich, das uns durch dreissig Jahre genarrt hat und bei dem nichts verwunderlicher ist als die Langmut der Völker, die es mitansahen.

Nur als Musterbeispiel, nicht etwa weil die tschechische Bourgeoisie vor den Deutschen im Guten oder Schlimmen etwas voraus hätte, führen wir die jungtschechische Politik in der inneren Amtssprache vor, weil sie im Augenblick aktuell ist. Wir schicken eine historische Skizze des Kampfes voraus.

Anfangs bestanden die Deutschen, angeblich als Hüter der Einheit unserer staatlichen Verwaltung, tatsächlich aus wohlverstandener Klasseninteresse ihrer Bureaukratie, auf der Erhaltung des Deutschen als ausschliesslicher innerer Amtssprache in Böhmen. Die Tschechen forderten zunächst bloss, dass im tschechischen Gebiete tschechisch, im deutschen deutsch und im gemischtsprachigen Gebiet ultraquistisch amtiert werde, ihr Hauptgravamen war, dass auch im Parteienverkehr das Tschechische mangelhaft berücksichtigt werde. Dem letzteren Uebelstand halfen die Stremayrschen Sprachenverordnungen vom 19. April 1880 im Sinne durchgehender Doppelsprachigkeit im äusseren Verkehr mit den Parteien ab. Bezüglich der inneren Amtssprache verblieb es — mit Ausnahme der Gerichte — beim alten, das ist bei der deutschen inneren Amtssprache im ganzen Land. Noch im Dezember 1885 stellt Dr. Trojan im böhmischen Landtag den Antrag, die Regierung zu einer Nachtragsverordnung aufzufordern, derzufolge bei den Behörden erster Instanz die Sprache der Mehrheit der Sprengelbewohner als innere Amtssprache zu dienen habe. (Also deutsches Gebiet — deutsche Amtssprache, tschechisches Gebiet — tschechische Amtssprache: sogenannte einsprachige Gleichberechtigung.)

Diese Auffassung entspricht formell der nationalen Autonomie. Lässt man die Sprache statt der Nationalität passieren, so kann man sagen, sie decke das nationale Gesamtinteresse.

Nach Stremayr lernten auch die Deutschen etwas dazu. Ein Antrag Pleners vom 5. Dezember 1885 forderte die Aufhebung der Stremayr'schen Verordnungen für das deutsche Gebiet, somit reine Einsprachigkeit im inneren und äusseren Dienst, gestand aber auch den Tschechen für ihr Gebiet die tschechische innere Amtssprache zu. Beide Nationen hatten sich in der Frage des inneren Dienstes genähert. Dabei ist charakteristisch, dass Trojans Antrag doch das Verbrechen der Landeszerreissung klar enthielt — er war von Jung- und Altschechen unterschrieben. Trojans Antrag bildet das letzte Glied einer seit 1848 ununterbrochenen Kette von Postulaten, welche die wahre Gleichberechtigung in der Einsprachigkeit des inneren Dienstes im deutschen wie im tschechischen Gebiete sah. Nun hatten sich in diesem entscheidenden Punkte beide Nationen soweit genähert, dass sie nur mehr nach Kaizls späterem Wort eine papierdünne Wand schied. Die einzige Differenz bildeten Fragen der äusseren Geschäftssprache, Klassenfragen des Proletariats — sie wogen in jener Zeit nicht schwer.

Inzwischen hatte sich faktisch eine tschechische, wenn auch deutsch amtierende Bureaukratie und Intelligenz gebildet, die mit der jungtschechischen Partei in die Höhe gestiegen war und die Führung der Nation an sich gerissen hatte.

Bei den Beratungen beider Anträge (12. Dezember 1885 bis 14. Jänner 1886) vollzog sich nun der Umschwung der öffentlichen Meinung unter den Tschechen, man sagt unter dem Einfluss der Feudalen. Der Ausschussbericht forderte die absolute Doppelsprachigkeit des inneren Dienstes im ganzen Lande, die doppelsprachige Gleichberechtigung. Und das war von nun an offizielles

Programm der Tschechen, das chauvinistische Schlagwort von der Landeszerreissung war gefunden.

Der Ausdruck der Tatsache, dass die tschechische Bureaukratie den Weg in die Aemter des deutschen Sprachgebietes sich öffnen wollte und — aus ökonomischen Gründen wollen musste. Als Vorwand dienen natürlich die versprengten Nationengenossen, Bedürfnisse des äusseren Dienstes.

Diese doppelsprachige Gleichberechtigung erzielt nicht nationale, sondern amphibische Aemter, fördert hüben und drüben nicht die reine Entfaltung nationaler Eigenart, sondern den Mischmasch einer besonderen gesamtösterreichischen Amtssprache. Sie ist zentralistischer für Böhmen, aber auch für den Staat, denn sie stellt doch auch für ganz Böhmen die deutsche innere Amtssprache auf. Und die Geschichte beweist auch, dass eine solche Doppelsprachigkeit auf die Dauer der kleineren Nation gefährlich wird. Sie bestand von der Ferdinandeischen Landesordnung bis auf Maria Theresia und hatte zur Folge, dass es schliesslich an tschechischen Subjekten zur Besetzung der Aemter fehlte. Ist die Doppelsprachigkeit der Institution* — also die ungewollte Doppelsprachigkeit aller Funktionäre und der täglichen Sprachübung im Gegensatz zu der teilweisen Sprachkenntnis einzelner Personen — wirklich der nationalen Entwicklung kleiner Völker günstig? Strebt diese nicht überall nach nationaler Eigenart?

Der Programmwechsel der tschechischen Politik geht offenbar auf die bureaukratische Expansion, auf die ökonomische Klassenpolitik einer einzelnen Schichte zurück, welche die Nation mitriss. Sie konnte sich aber als nationale Politik verkleiden, weil sie sich in einer formellen Bedingung, in einer Sprachenformel ausdrückt, welche vieldeutig ist, welche das Klasseninteresse der Massen in der Sprachenfrage des Parteienverkehrs, besonders der Diaspora, verquickt mit der Frage des Dienstes. Man redet von Sprache und meint das Amt, man redet von dem Rechte tschechischer Minoritäten und meint die Eroberung des Amtes der deutschen Mehrheit. So stand die Frage in der Zeit der Badenischen Sprachenverordnungen.

Indessen büsste die ganze Nation durch schwere Niederlagen den Husarenritt ihrer Intellektuellen. Man musste zurück.

Aber nun wird es schwer, den Formeln der zweisprachigen Gleichberechtigung, der Doppelsprachigkeit der Beamten und Aemter, der Landeszerreissung selbst zu entrinnen. Koerber bietet den Tschechen die Amtssprache im inneren Dienst. Aber sie müssen »darauf beharren, dass das Recht des Gebrauches beider Landessprachen im inneren Dienste für das ganze Gebiet der böhmischen Länder«. gewahrt bleibe? nein: »nach gleichen Grundsätzen geregelt werde«.

Sie meinten selber: nach gleichen Grundsätzen, also im tschechischen Gebiete tschechisch, im deutschen deutsch und im gemischten utraquistisch. Eine solche Regelung ist ohne Zweifel ja auch eine gleiche. Aber sagen können sie das nicht, sie sind in ihren Formeln gefangen. Sie vermögen nicht einmal mehr die ausschliesslich tschechische innere Dienstsprache im tschechischen Gebiete zu fordern — sie dürfen von einem tschechischen Gebiet nicht reden, weil sein Gegensatz das deutsche ist, und so zu reden ist Landeszerreissung!

Dies das Vexierspiel mit Formeln. Bei Deutschen wie bei Tschechen! Jede Nation will ihr Amt — das ist das nackte, reale und berechtigte Programm der Völker, so klar wie die Sonne. Und jeder kann es aussprechen, nur eine Klasse nicht: die Bureaukratie. Denn sie will selbst das Amt, sie will nicht aus dem Herrn zum Untertan der Nation werden. Nicht gerne spricht es der Bourgeois aus — denn die Nation sind doch die Massen der arbeitenden Menschen. Und wenn man es vermöchte, wenn man diese revolutionäre Parole auszusprechen wagte, so will man es erst recht nicht. Denn man will allenfalls auch das Amt des anderen! Sagte man das letztere rund heraus, so liessen einen drei Vierteile des eigenen Volkes im Stich, das andere Volk aber stünde wie ein Mann auf. Und darum hat sich ein sprachenpolitischer Jargon herausgebildet, der den Massen unverständlich ist, darum

* Wie die Doppelsprachigkeit des Amtes von der Doppelsprachigkeit der Beamten zu unterscheiden ist, so die Sprachkenntnis der Beamten von der Rechtspflicht konstanter Uebung beider Sprachen.

spricht man in Formeln und Klauseln, operiert mit vielerlei Gleichberechtigungen und macht die einfachste Sache der Welt zu einer kabalistischen Geheimkunde.

Jeder Nation ihr Amt — über die Sprachkenntnisse der Beamten reden wir dann.

Die Verkehrssprache.

Im Mittelpunkte der deutschbürgerlichen Politik steht indessen nicht die interne Amtssprache, sondern die sogenannte Staatssprache, wobei es niemals klar wird, was sie darunter meine. Da im internen Dienst das Polnische schon seit 1869, das Italienische schon seit alten Zeiten in Gebrauch steht, können sie füglich nur die Sprache der Korrespondenz als Staatssprache bezeichnen.

Wie verhält es sich nun mit dem Verkehr von Amt zu Amt, sei es unter gleichstufigen, nebengeordneten Aemtern oder zwischen Lokal-, Mittel- und Zentralstelle?

Dieses Gebiet rechnet man auch zum inneren Dienst, und mit Recht, da hier die Oeffentlichkeit, die Partei, in der Regel keine Ingerenz hat und da weiters alle Akte der Diensthoheit: Dienstbefehl, Instruktion, Verordnung etc. hierher gehören. Aber diese Funktion hebt sich doch von der internen Amtssprache deutlich ab. Denn hier wird überhaupt nicht mehr gesprochen, sondern nur geschrieben, das Medium der Verhandlungen sind Papier und Post, hier lebt die Sprache nur in den Akten und im Schriftenwechsel. Es wird also zweckmässig sein, die Geschäftssprache in dieser Funktion im prägnanten Sinne des Wortes Verkehrssprache zu nennen und sie zu unterscheiden in

1. die Vermittlungssprache zwischen nebengeordneten Aemtern und
2. die Zentralsprache zwischen den Zentralstellen und den ihr untergeordneten Aemtern.

Diese Verkehrssprache ist, wie wir sehen, in der Regel keine Frage des Sprechens, sondern blosse Schriftenfrage, welche die breite Masse der Nationszugehörigen nicht berührt, die rein aus dem Gesichtspunkte der Zweckmässigkeit beurteilt werden kann und muss. Sie betrifft einzig und allein den Beamten und diesen nur von seiten seiner schriftlichen Sprachbeherrschung. Sie ist keine nationale, sondern eine Lernfrage für die Beamten, eine Schriftwechsel- und Kostenfrage für den Staat. Da die Partei bei den Zentralstellen in aller Regel nicht unvertreten erscheint, höchstens noch eine Anwaltfrage.

Nicht zu leugnen ist, dass die logischen Sonderungen in der Praxis nicht immer durchgeführt werden können, dass zum Beispiel ein in der ersten Instanz aufgenommenes Protokoll auch in der dritten vorliegen kann. Mit obiger Klassifikation soll also nicht gesagt sein, dass Rechtssachen in der Zentralstelle immer und durchaus deutsch behandelt werden müssen; damit sei bloss festgestellt, dass, ob sie deutsch oder in einer anderen Sprache verhandelt werden sollen, allein aus der Natur der Sache und nach Zweckmässigkeit beurteilt werden muss, ohne dass Klassen- oder nationale Interessen mitentscheiden. Soweit aber Beförderungsaussichten der Beamten dennoch hereinspielen, so ist der Streit darüber für uns durch das Prinzip der verhältnismässigen Beamtung auch in den Zentralstellen von vornherein prinzipiell entschieden.

Eine andere Schwierigkeit kommt hier zu erwägen.

Ich habe oben das englische und französische System der Behördenorganisation gekennzeichnet und dargetan, dass sich die Sozialdemokratie für das englische entscheiden müsse. Aber in jedem Staate gibt es eine Reihe von Angelegenheiten, wie zum Beispiel die Verteidigung nach aussen und den polizeilichen Sicherheitsdienst, die in jedem Staate einheitlich organisiert sein müssen. Man kann, um einen flüchtigen Bankdieb zu haschen, die Depeschen nicht erst in ein Uebersetzungsbureau senden. Zu diesen Agenden gehört auch die einheitliche Aufnahme aller statistischen und Rechnungsbelege, die, wenn Ordnung sein soll, auch für den ganzen Staat einheitlich zu verarbeiten sind. Für derlei Agenden ist Einheitlichkeit *conditio sine qua non*. Ich möchte diese Agenden staatliche, die Beamten, die sie besorgen, staatliche Organe in engster Bedeutung des Wortes nennen. Für mich hat es etwas

Lächerliches, den Beamten, der in einem Bezirke der Bukowina den Leuten die Felder vermisst, nicht Bezirks-, sondern Staatsbeamten zu nennen.*

Soweit nun diese Agenden reichen, ohne Rücksicht auf die Stufe des Amtes, also einerlei ob in der Zentral-, Mittel- oder Lokalstelle, muss logischerweise eine Sprache in Geltung sein — praktisch kann hier keine andere als die deutsche in Betracht kommen. Solche Agenden sind also Zentralagenden auch in der untersten Instanz.

Wäre die bürokratische Ordnung auf diese Agenden beschränkt und trügen die Organe, die sie und sie allein besorgen, allein den Namen Staatsbeamte, wie etwa in den Vereinigten Staaten den Namen Bundesorgane, während alle übrigen Gemeinde-, Bezirks-, Kreis- und Landesbeamte wären und hiessen — eine logische Scheidung, die geltende Praxis werden muss — dann könnte man sagen: eine Staatsprache ist notwendig. Staatsbeamter aber ist heute auch der Bezirkskommissär in Böhmen und Galizien und darum kann man in irgend einem präzisen Sinne von Staatsprache nicht sprechen. Wie die Dinge heute stehen, ist das, was ich Staatsprache nennen möchte, nur ein unausgeschiedener Teil der mündlichen und schriftlichen Willensäußerung eines unabgegrenzten Teiles der Staatsbeamten. Ich bezeichne sie also besser als Sprache der Zentralagenden.

Das, was ich also die Zentralsprache genannt habe, umfasst zwei Anwendungsweisen der Sprache: *a)* die innere Dienstsprache der Zentralstellen, *b)* die Sprache der Zentralagenden auch in Lokal- und Mittelstellen. Herkömmlicherweise ist das Deutsche sowohl die Zentral- als auch die Vermittlungssprache.

Es lässt sich denken, dass der Regelung des Verkehrs zwischen beigeordneten Aemtern ein anderes Prinzip zugrunde gelegt wird. Wenn etwa ein galizisches Gericht an ein italienisches des Trento ein Ersuchschreiben zu richten hat, so kann man den im Privatleben geltenden Grundsatz anwenden: Wer etwas wünscht, hat sich an die Sprache des Adressaten zu halten. Er ist in der Praxis undurchführbar, da jedes Amt unter Umständen alle acht Sprachen beherrschen müsste. Durch Uebersetzungsbureaus aushelfen zu wollen, scheint mir verkehrt und für die Bevölkerung äusserst gravaminös. Sie hat genug über die Langsamkeit der Erledigungen zu klagen, nun sollen unter Umständen noch Wochen hinzutreten, bis die Uebersetzungen beschafft sind. Da die Bevölkerung nicht der Beamten wegen, sondern diese für die Bevölkerung da sind, müssen die Beamten des Konzepts die Vermittlungssprache lernen, man kommt um diesen Sprachenzwang nicht herum. Welche kann als Vermittlungssprache dienen? Jeder Jurist weiss, dass das Rechtssystem eines Staates auf einer bestimmten Terminologie aufgebaut ist, in der alle Begriffe eine feste und spezifische Abgrenzung haben. Die Rechtssprache des Französischen deckt sich zum Beispiel mit der unseren durchaus nicht: Nicht nur fehlt für alle unsere Behörden in dieser Sprache eine adäquate Bezeichnung, auch für die Institutionen des Straf- und Zivilprozesses, selbst für das Straf- und Zivilrecht sind die termini ganz verschieden abgegrenzt. Ein Notariatsakt, in dem ein Ausgeding festgesetzt wird, ist ins Französische nicht kongruent zu übertragen, es kann nicht unsere Gesetzessprache sein. Auf alle absehbaren Zeiten bleibt das Deutsche unsere Vermittlungssprache im Rechtsleben, wenigstens solange wir nicht zu unserem gesamten Gesetzgebungsmaterial einen authentischen französischen Text im Parlament beschliessen. Und ebenso steht es um die Zentralsprache. Niemand wird umhin können, das Deutsche als Vermittlungs- und Zentralsprache anzuerkennen.

Hier ist nun zuzugeben: Wiewohl auf Basis der nationalen Autonomie hieraus keiner Nation und keiner bürokratischen Klasse infolge der Amtshoheit der Nationen und der verhältnismässigen Beamtung ein Vorteil erwachsen kann, wird dennoch eine ungleiche Last, ein ungleicher Sprachenzwang auferlegt, da die Nationalsprache der deutschen Bürokratie zugleich Verkehrssprache ist und nicht besonders gelernt werden muss. Die nächste Abhilfe scheint der Zwang für die Deutschen, eine

* Das englische Organisationsprinzip der Verwaltung findet somit auch seine Schranken, und sein Gegenteil, die bürokratische Zentralisation, bildet zugleich seine Ergänzung. In den Zentralagenden muss eine stramm organisierte Bürokratie fortbestehen, sie setzt sich auch in England durch. Ihr Bestand und ihre Rechte sind jedoch auf das Unerlässliche zu beschränken.

zweite Landessprache zu lernen. Dagegen erheben sich zwei Bedenken. Erstens wird die deutsche Sprache von 70 Millionen gesprochen und eröffnet sie dem Lernenden alles, was diese 70 Millionen an Geistesschätzen erarbeitet haben, die anderen Sprachen stehen darin in verschiedenem Grade zurück und also werden nicht Aequivalente getauscht. Zweitens werden die Zahl der deutschen Intellektuellen, die sich die grössten Vorratskammern menschlichen Geistes, die englische und französische Sprache erschliessen können, und damit unsere Anknüpfungspunkte an den ferneren Westen verringert. Diese faktischen Ungleichheiten kann das Recht nicht ausgleichen. Wir können uns nur dadurch helfen, dass wir den Ballast der alten Sprachen endlich ganz oder zum Teile abwerfen und dafür die Landessprachen und die modernen Weltsprachen in den Schulen pflegen. Die Mittelschulreform muss ein Teil unserer Verwaltungsreform werden, nur dann werden die Ungleichheiten des Sprachenzwanges für die Intellektuellen erträglich werden.

So haben wir denn das ganze Gebiet der Amtssprachenfrage durchmessen und wie ich glaube, keinen Punkt gefunden, wo unser politisches Grundprinzip versagt. Im einzelnen bleibt freilich vieles eine Frage der Grenzen und des Masses und nur durch umsichtiges Entgegenkommen wird eine Verständigung über das Mass zustande kommen. Wir müssen den guten Willen haben und wir werden uns verstehen. Festhalten müssen wir vor allem an der vollzogenen Umwertung der politischen Werte. Die äussere Geschäftssprache ist Volkssache, die innere Dienstsprache ist Bürokratensache, die Verkehrssprache aber ist Staatssache und somit für Oesterreich nicht nationale, sondern internationale Angelegenheit, nicht nationale und prinzipielle Ehrensache, sondern Zweckmässigkeitsfrage, rein technisches Postulat der geordneten Staatsverwaltung.

Für mich ist kein Zweifel: Alle Organe des Staates — nein, auch alle Glieder der österreichischen Internationale bedürfen eines gemeinsamen Verständigungsmittels. Wäre ein solches geschichtlich nicht gegeben, wir hätten es erfinden oder das Latein beibehalten müssen. Stünden die Deutschösterreicher ausserhalb des österreichischen Staatsverbandes, es blieben in demselben so viele Nationen zurück, dass sie einer Vermittlungssprache bedürften, und vielleicht würden sie dann leichter, ja ohne Bedenken dem Deutschen diese Aufgabe zuweisen. Denn was hat ihnen bisher diesen Beschluss so erschwert? Die Furcht, diese Auszeichnung einer Sprache könnte aus einer bestimmten Funktion eines formalen Verständigungsmittels das Privileg einer bürokratischen Klasse, ja die Vorherrschaft einer Nation über sieben andere machen.

Aber gerade diese falsche Furcht kann den anderen Nationen verderblich werden: Wenn sie an die dauernde Wirksamkeit einer blossen Sprachenregel glauben und durch blosser Sprachenregeln das Deutsche einschränken, wird das im allgemeinen eintreten, was die Jungtschechen für Böhmen bewirkt haben, die deutschen Intellektuellen würden eben die Sprache lernen und endlich doch, ausgerüstet mit den reicheren Waffen der deutschen Wissenschaft, die anderen auf ihrem eigenen Felde schlagen können. Sie dürfen nicht vergessen, dass die Schwäche der deutschen Konkurrenz auf den starken Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung unter den Deutschen zurückgeht. Die Deutschen hatten in Industrie und Handel ein lohnenderes Feld gefunden und wichen verhältnismässig vom Staatsdienst zurück. Bei der Ueberfüllung der liberalen Berufe, bei der Ueberproduktion an Intellektuellen aber ist es nicht so ausgeschlossen, dass sprachlich gut ausgerüstete Deutsche wieder in Massen zum Staate und über ihr Sprachgebiet hinausdrängen. Sprachklauseln sind da wahrlich kein Hindernis.

Was die anderen Nationen fürchten, können sie auf diesem Wege nicht vermeiden. Deutsche und Nichtdeutsche haben einfach ihr eigenes Haus zu bestellen, das heisst die Behördenorganisation der nationalen Autonomie aufzubauen. Sind die Nationen autonom, dann können sie ohne Sorge die Vermittlungssprache festsetzen: werden es doch die auserlesensten Vertrauensmänner der Nation sein, die sich ihrer bedienen, und sie wird der Gebrauch eines anderen Idioms nicht entnationalisieren!

Julius Deutsch: Zunft und Gewerkschaft

In der Literatur über die Gewerkschaftsbewegung hat seit jeher die sehr interessante Frage des Verhältnisses der mittelalterlichen Zunft zur modernen Gewerkschaft eine grosse Rolle gespielt. Man erörterte, ob nicht die modernen Gewerkschaften durch gewisse Fäden mit den zünftigen Organisationen des Mittelalters verknüpft seien oder ob sie als Gebilde der neueren Zeit nur in ihr wurzeln, ohne mit den Arbeiterorganisationen der Vergangenheit in irgend einer näheren Beziehung zu stehen. Die klassischen Vertreter der Ansicht, dass die Gewerkvereine ihrem Wesen nach gänzlich andere Organisationen als die zünftigen Gesellenverbindungen seien und mit diesen in keiner Berührung stünden, sind bekanntlich die Webbs. Ihr berühmtes Buch über die Geschichte des britischen Trade-Unionismus beginnt mit der Untersuchung des Ursprunges des Trade-Unionismus, es soll beweisen, dass in England zwischen Zunft und Gewerkschaft tatsächlich kein Zusammenhang besteht. Wir können uns nicht anmassen, über die englischen Verhältnisse zu urteilen, möchten aber doch der Vermutung Ausdruck verleihen, dass vielleicht in England der Zusammenhang zwischen Zunft und Gewerkschaft sich nur deshalb nicht nachweisen lässt, weil der Beginn der Gewerkschaftsbewegung so weit zurückreicht, dass die Quellen der Forschung trübe und unzuverlässig sind. Aber gleichgültig, wie es in England gewesen, in Deutschland und Oesterreich liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Wohl liegt, trotzdem es ein so dankbarer Stoff wäre, noch keine Bearbeitung vor, die die Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Zünften und Gewerkschaften einwandfrei festzustellen versucht hätte, aber wir wissen doch bereits von einer Reihe von Gewerkschaften, dass solche Beziehungen tatsächlich vorhanden sind.

Die Entstehung der Gewerkschaften vollzog sich nicht in allen Gewerben in der gleichen Weise. In den Gewerben, die erst in unseren Tagen entstanden, ist es selbstverständlich, dass die Gewerkschaften ebenfalls nur Gebilde der jüngsten Zeit darstellen. Die Eisenbahner, Lithographen oder Maschinisten können bei ihrer Gewerkschaftsgründung nicht an frühere Arbeiterverbindungen angeknüpft haben, weil es eben Arbeiter dieser Gewerbe früher nicht gab. Dagegen ist bei den alten handwerksmässigen Gewerben von vornherein die Möglichkeit vorhanden, dass die Gesellenverbindungen der früheren Zeit auf das Entstehen der modernen Gewerkschaften einwirkten.

Diese Einwirkung muss je nach dem Verhältnisse von Klein- und Grossbetrieb sowie nach Ort und Zeit verschieden gewesen sein. In der Tat sehen wir, dass in denjenigen Gewerben, in denen der Kleinbetrieb sich länger behauptete, die zünftigen Ueberlieferungen von grösserer Kraft und Frische blieben, das Wander- und Herbergswesen sich länger in den althergebrachten Formen erhalten hat. Bei den Zusammenkünften der Gesellen nach alter Weise auf der Herberge oder bei zufälligen Anlässen, wenn es zum Beispiel galt, sich gegen irgend einen Uebergriff der Unternehmer zu wehren, tauchte dann der Wunsch auf, den losen Zusammenhang, der noch als Ueberbleibsel der alten Zunftorganisation bestand, wieder fester zu gestalten. Den gegebenen Verhältnissen entsprechend, die Verbindungen der Fabriksarbeiter zum Muster nehmend, entstand dann der Fachverein. In den Gewerben, die fabrikmässig betrieben wurden, verblassten dagegen die alten Gesellengebräuche und -gewohnheiten in der Regel ziemlich rasch. Oft war ja auch die technische Art der Arbeit in der Fabrik eine vollständig andere als die früher im Kleingewerbe übliche; es traten dann ungefähr dieselben Verhältnisse ein, als wenn es sich um ein neues Gewerbe gehandelt hätte. Die moderne Gewerkschaft entstand in diesem Falle aus Unterstützungsvereinen der Arbeiter einzelner Fabriken oder aus Anlass einer Lohnbewegung, später durch Einwirkung von aussen und dergleichen. Fabriksunterstützungskassen gab es in Oesterreich schon in den ersten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts, und zwar vor allem bei den böhmischen Kottondruckern und Porzellanarbeitern. Diese Vereine standen untereinander in einem gewissen Gegenseitigkeitsverhältnisse. In einer ähnlichen Weise waren die Buchdrucker

organisiert. Zünftige Gewohnheiten und Gebräuche waren auch diesen Unterstützungsvereinen nicht fremd, wenn sie sich auch nicht überall in gleicher Weise erhalten hatten.

Im allgemeinen kann man auch sagen, dass an Orten, die früher der Sitz einer zünftigen Organisation gewesen, sich deren Ueberlieferungen unter den Arbeitern länger hielten als in den neu erstandenen Industrieorten. Dazu, dass diese Ueberlieferungen sich zur Gründung einer Gewerkschaft verdichteten, brauchte es auch der Einwirkung der Zeitverhältnisse, der allgemeinen Strömung unter der Arbeiterschaft, die zur Gewerkschaftsbildung drängen musste.

In Oesterreich haben wir aber auch ein Beispiel von einer weit innigeren Berührung zwischen Zunft und Gewerkschaft, als es uns diese immerhin losen Zusammenhänge der vorerwähnten Art hätten vermuten lassen können. Erst vor einigen Jahren spielte sich bei uns ein Prozess des direkten Ueberganges alter Zünfte in moderne Gewerkschaften ab, der seiner prinzipiellen Bedeutung wegen wohl verdient, in einigen Strichen festgehalten zu werden. Wir meinen die kaum vor einem Jahrzehnt erfolgte Entwicklung der Rotgerbergewerkschaft aus zünftigen Gesellenverbänden, die merkwürdigerweise von der gewerkschaftlichen Literatur bis jetzt vollständig unbeachtet blieb. Um diesen Uebergang besser verstehen zu können, wollen wir den Entwicklungsgang der Rotgerberorganisation, der reich an interessanten Zügen ist, etwas weiter zurückverfolgen.

Die zünftige Organisationsform hatte sich bei den Rotgerbern bis Ende der Sechzigerjahre des neunzehnten Jahrhunderts ungeschwächt erhalten. Als um diese Zeit aber die moderne Arbeiterbewegung in Oesterreich ihren Einzug hielt, wurden auch die Wiener Rotgerbergesellen von der allgemeinen Bewegung mitgerissen; sie gründeten den »Fachverein der Rotgerber und Lederer Wiens und Umgebung«; das war eine richtige Gewerkschaft. Dieser Verein wollte mit denselben Mitteln und in derselben Weise wie die anderen Arbeiterfachvereine die Interessen seiner Mitglieder wahren und den Kampf gegen die Unternehmer führen. Vor uns liegt ein »Memorandum«, das er an die »Herren Prinzipale der Rotgerber und Lederer Wiens« am 15. Mai 1871 richtete und das durchwegs auf dieselben Argumente, wie sie damals in der organisierten Arbeiterschaft üblich waren, gestützt, von den Unternehmern eine Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden und eine Lohnerhöhung verlangte. Es heisst dort: »In früherer Zeit, als das Maschinen- und Fabrikwesen noch nicht so ausgebreitet war, war das Verhältnis des Arbeiters gegenüber dem Arbeitgeber noch mehr ein patriarchalisches. Heute, bei der immensen Ausdehnung des Fabriks- und Maschinenwesens, ist der Arbeiter nur mehr eine Ware und unterliegt der Preis derselben den Verhältnissen von Angebot und Nachfrage...« »Durch die Einführung der Maschine wurde die Produktion bedeutend vervielfältigt, und während ehemals die Hände zur Arbeit fehlten, werden sie jetzt, durch die bedeutende Ueberproduktion zu viel, das ist überflüssig; während früher auf Bestellung gearbeitet wurde, arbeitet man jetzt auf Risiko, indem bedeutende Quantitäten Ware angefertigt und auf den Markt gesendet werden. Wird nun der Markt von irgend einer Ware überschwemmt, ist diese weit über den Bedarf vorhanden, so muss der Preis derselben sinken, wodurch ebenfalls wieder ein Sinken des Arbeitslohnes herbeigeführt wird. Während im Gegenteile, wenn nicht so viel Ware vorhanden ist, als der Markt bedarf, der Preis derselben steigen muss, was nun wieder die Möglichkeit einer besseren Entlohnung bietet. Die Ueberschwemmung des Marktes kann aber nur dann stattfinden, wenn zuviel gearbeitet wird, und lässt sich diese Eventualität durch Verringerung der Arbeitszeit beseitigen.« Die Lohnfrage hält das Memorandum nach der Arbeitsfrage für die wichtigste. »Die grössten und bedeutendsten Nationalökonomien,« führt es aus, »haben den Grundsatz ausgesprochen, dass der Arbeitslohn sich immer nur nach den nötigsten Bedürfnissen der Arbeiter richte. Wenn daher bei gleichem Lohn der Preis der Lebensmittel ein bedeutend höherer wird, so ist der Arbeiter nicht mehr imstande, sich und seine Familie so wie früher zu ernähren, und so wie seine Körperkräfte in rapider Weise abnehmen, werden

auch seine Kinder infolge mangelhafter Nahrung nicht so kräftig gedeihen, viele werden krank, ihre Lebensdauer kurz; infolge der Teuerung und schlechten Verdienstes werden sie auch abgehalten, so viel Ehen als früher zu schliessen, und es wird so in einigen Jahren Mangel an Arbeitern eintreten.«

Man sieht es diesem Memorandum, insbesondere seinen Ausführungen über die Entwicklung der Maschinenteknik, deutlich an, dass es von den allgemeinen Verhältnissen der Produktion auf die besonderen des Rotgerbergewerbes schliesst, allerdings ohne die Berechtigung dieses Schlusses dartun zu können. Das Rotgerbergewerbe war ja damals noch eine Domäne des Klein- und Mittelbetriebes, in der es noch keine ausgesprochenen Grossbetriebe mit einer technisch besonders überlegenen Produktionsweise gab. Die Wiener Rotgerber waren aber zu sehr von der allgemeinen Bewegung der Arbeiterschaft mitgerissen, als dass sie andere Argumente als die in Arbeiterkreisen üblichen hätten gebrauchen können oder auch wollen.

Nicht lange währte indes dieser Geist unter den Rotgerbern. In der Provinz herrschten unumschränkt die zünftigen Bruderschaften, die mit Misstrauen das neuzeitliche Gebaren der Wiener beobachteten. Bald begannen sie einen erbitterten Kampf gegen die der alten Sitte Abtrünnigen. Die Wiener, die in der Provinz reisten, erhielten keine Reiseunterstützung, sie konnten nur schwer Arbeit finden, und hatten unter der allgemeinen Verachtung ihrer Berufskollegen zu leiden. Zünftlerische Rotgerber, die nach Wien kamen, begannen mit Eifer für die Wiedererstehung einer Zunft zu wirken, wobei sie an den Unternehmern und Werkführern, denen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter ein Dorn im Auge war, tatkräftige Bundesgenossen fanden. In der Mitte der Achtzigerjahre des vorigen Jahrhunderts erreichte diese Agitation ihren Höhepunkt. Die Nichtzünftler wurden als »Krowotschuster« verhöhnt und in den Werkstätten nicht geduldet. Man setzte sogar die Gebühr des Zünftigmachens, die 15 Gulden betragen hatte, auf die Hälfte herunter, um den Gesellen den Beitritt zur Zunft leichter zu machen.

Diesem Ansturm erlag die Gewerkschaft. Wir haben die merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, dass sich eine moderne gewerkschaftliche Organisation in eine zünftige zurückverwandelte. Der Fachverein der Wiener Rotgerber blieb dem Namen nach bestehen, aber seine Leitung bestand aus denselben Leuten, die an der Spitze der Bruderschaft standen. Wer nicht Mitglied der Bruderschaft war, dem wurde vom Fachverein die Aufnahme verweigert. Man kann füglich sagen, dass nur eine Wiener Rotgerberverbindung bestand, nämlich die allein massgebende zünftig organisierte Bruderschaft. Von den Gebräuchen, die in ihr gang und gäbe waren, unterrichtet der von der Bruderschaft herausgegebene »Handwerksgebrauch«. Er lautete:

Meistergruss.

Fremder: Herr Meister mit Gunst.

Meister: Mit Gunst, ich weiss nichts anderes.

Fr.: Meister und Gesellen lassen Sie grüssen wegen des ehrsamten Handwerkes.

M.: Ich danke dir, dass du so freundlich bist und mir den Gruss ausgerichtet hast; grüsse mir Meister und Gesellen weiter.

Gesellengruss.

Fremder: Hui, Gerber.

Arbeitsgeselle: Hui.

Fr.: Ich sage mit Gunst, Bruder, was bist du für ein Landsmann?

Arbg.: I. s. m. G. Bruder, ich bin ein

Arbg.: I. s. m. G. Bruder, was bist du für ein Landsmann?

Fr.: I. s. m. G. Bruder, ich bin ein

Nach Empfang des Geschenkes.

Fr.: Ich danke dir, Bruder, für dein Geschenk; wenn ich in Arbeit bin und du kommst zu mir, werde ich es dir zurückzahlen.

Vergleich.

Beleidiger: Ich sage mit Gunst, wenn dein Wille so ist wie der meine, so wollen wir uns vergleichen.

Beleidigter: Mein Wille ist dabei.

Beleidigter: I. s. m. G. Bruder, für was erkennst du mich?

Beleidiger: I. s. m. G. Bruder, ich erkenne dich für einen ehrlichen und rechtschaffenen Loh- und Rotgerber.

Beleidigter: I. s. m. G., für was erkennst du mich?

Beleidiger: I. s. m. G. Bruder, ich erkenne dich für desgleichen.

Vierzehn-Tag-Gruss.

Fremder: Ich sage mit Gunst, Bruder Altgeselle, auf dein Verlangen bin ich erschienen.

Altgeselle: I. s. m. G. Bruder Fremder, was ist dein Wille und Begehren, dass du vor unserer ehrsamem Bruderschaft erscheinst?

Fr.: I. s. m. G. Bruder Altgeselle, mein Wille und Begehren ist: was jedem rechtschaffenen Loh- und Rotgerber widerfahren ist, soll auch mir widerfahren.

Altg.: I. s. m. G. Bruder Fremder, was hat dir der Altgeselle am Leibe angetan, als du zum Gesellen gemacht wurdest?

Fr.: I. s. m. G. Bruder Altgeselle, er hat mir am Leibe nichts angetan, sondern er setzte mir den Hut auf den Kopf, gab mir den Stock in die linke Hand und sprach: »Damit du reisen kannst zu Wasser und zu Land und begegnet dir ein Gerbergeselle, der einen Bart trägt bis an die Schuh', so heisst es Bruder du und du.«

Altg.: I. s. m. G. Bruder Fremder, was bist du für ein Landsmann?

Fr.: I. s. m. G. Bruder Altgeselle, ich bin ein

Altg.: I. s. m. G. Bruder, bist du ein Meisterssohn oder ein Gelernter?

Fr.: I. s. m. G. Bruder Altgeselle, ich bin ein Gelernter.

Altg.: I. s. m. G. Bruder, wie lange lernst man bei dir?

Fr.: I. s. m. G. Bruder Altgeselle, ein Meisterssohn zwei Jahre, ein Gelernter drei Jahre.

Altg.: I. s. m. G. Bruder, wie lange bist du in der Fremde?

Fr.: I. s. m. G. Bruder Altgeselle, zehn Jahre.

Altg.: I. s. m. G., da du schon solange in der Fremde bist, so wirst du so gut sein und mir deine drei letzten Werkstätten nennen, wo du zünftig über vierzehn Tage gearbeitet hast. Nenne mir die erste.

Fr.: I. s. m. G. Bruder Altgeselle, in

Altg.: I. s. m. G. Bruder, wird dort Handwerksgebrauch gehalten?

Fr.: I. s. m. G. Bruder Altgeselle, ich weiss nichts anderes.

Altg.: I. s. m. G. Bruder, nenne mir die zweite und dritte zugleich.

Fr.: I. s. m. G. Bruder Altgeselle

Altg.: I. s. m. G. Bruder, wird dort auch Handwerksgebrauch gehalten?

Fr.: I. s. m. G. Bruder Altgeselle, ich weiss nichts anderes.

Altg.: I. s. m. G. Bruder, was haben dir Meister und Gesellen mit auf die Reise gegeben?

Fr.: I. s. m. G. Bruder Altgeselle, einen schönen Gruss; wenn ich ihn noch nicht ausgerichtet habe, so will ich ihn ausrichten.

Altg.: I. s. m. G. Bruder, richte den Gruss aus.

Fr.: I. s. m. G., Meister und Gesellen von lassen euch grüssen wegen des ehrsamem Handwerkes.

Altg.: I. s. m. G. Bruder, sei mir und der Bruderschaft willkommen.

Spitzfragen.

Altg.: Auf was hast du gelernt?

Fr.: Auf Leder und Holz.

Altg.: Warum trägst du die gelbe Rolle?

Fr.: Zum Kennzeichen des löblichen Handwerkes.

Altg.: Mit was war der Tisch gedeckt, als du zum Gesellen gemacht wurdest?

Fr.: Mit Bier, Wein und Brantwein.

Altg.: Wer hat dich zum Gesellen gemacht?

Fr.: Eine hochlöbliche Bruderschaft.

Altg.: Wo bist du zum Gesellen gemacht worden?

Fr.: In einem geschlossenen Zimmer, wo sich rechtschaffene Loh- und Rotgerbergesellen befanden.

Altg.: Wie viele Lichter brannten bei deinem Freisprechen?

Fr.: Zwei Lichter.

Altg.: Wozu dienten diese Lichter?

Fr.: Das eine für die Jungesellen zum Zigarren und Pfeife anzuzünden, das andere für die ehrsame Bruderschaft.

Altg.: Warum trägst du die gelbe Schürze mit dem grünen Band?

Fr.: Die gelbe Schürze zu Ehren des Handwerkes und das grüne Band den Meistern und den Gesellen zum Ruhm.

Altg.: Mit was hast du gelernt?

Fr.: Mit Stahl und Eisen.

Altg.: Was trug der Altgeselle für einen Mantel bei deinem Freisprechen?

Fr.: Es ist nicht Sitte, dass der Altgeselle mit einem Mantel erscheint, sondern er trug einen Rock, so wie ich und du, mit drei Knöpfen von unten zu.

Dieser Handwerksgebrauch war in Wien noch vor zwanzig Jahren in Geltung; ja in der Provinz noch viel später. Wer sich zünftig machen liess, was mit grosser

Feierlichkeit bei offener Zunftlade und zwei brennenden Kerzen geschah, wurde bei dieser Gelegenheit in der Kenntnis des Handwerksgebrauches geprüft. Die Gebühr, die der Geselle für das Zünftigmachen bezahlte, wurde von den Zunftgenossen vertrunken. Die Trinksitten spielten in der Bruderschaft überhaupt eine grosse Rolle. Wenn sich zwei verglichen, was vier Wochen, nachdem sie gestritten oder gerauft hatten, unter bestimmten Zeremonien geschehen musste, zahlte der Beleidiger als Strafe ein Fass Bier, Zigarren etc. Wenn ein Fremder zur Bruderschaft kam und die Fragen aus dem »Vierzehn-Tag-Gruss« nicht genau kannte, musste er Strafe zahlen, je unter Umständen sich sogar neuerlich freisprechen lassen. Die »Spitzfragen« hatten überhaupt keinen anderen Zweck, als die Uneingeweihten aufs Eis zu führen, das heisst Gelegenheit zu geben, um sie zu Strafen verdonnern zu können.

Von den mancherlei merkwürdigen Gebräuchen der Zünftler sei noch der erwähnt, dass sich die Gesellen gewisser Gewerbe untereinander für »verwandt« hielten. So fühlten sich die Rotgerber mit den Hutmachern, Rauchfangkehrern und Seifensiedern »verschwägert«. Als Grund für dieses Verwandtschaftsverhältnis wurde angegeben, dass einmal Gesellen dieser vier Gewerbe eine gemeinsame Herbergsmutter gehabt hätten.

Zu Beginn der Neunzigerjahre, als die österreichische Arbeiterbewegung einen neuerlichen, aber ungleich grösseren Aufschwung als jemals früher nahm, begann auch unter den Rotgerbern eine Opposition gegen die Zünfte, die bestrebt war, diese durch moderne Gewerkschaften zu ersetzen. Gefördert wurde dieses Beginnen durch die Entwicklung des Gerbergewerbes, das immer mehr ein fabrikmässiges geworden. Die alte Organisationsform verlor ihren Sinn, je mehr es notwendig wurde, mit anderen Waffen gegen die Unternehmer, die nun eine viel grössere Macht darstellten als früher, zu Felde zu ziehen. Vorerst gelang es zwar den Zünftlern, die Konstituierung der Gewerkschaft zu verhindern, indem sie die Gründungsversammlung sprengten, aber nach einer mehr als zweijährigen Tätigkeit der Anhänger der Gewerkschaftsorganisation wurde es am 10. September 1893 doch möglich, die Gründung der Gewerkschaft vorzunehmen. Die Wirksamkeit der Gewerkschaft blieb auch nicht lange auf Wien beschränkt, sondern sie begann sich über die Provinz auszubreiten. Nun begann ein erbitterter Kampf zwischen den Bruderschaften und der Gewerkschaft.

Die heftigste Empörung der Bruderschaften erregte die Rotgerbergewerkschaft dadurch, dass sie auch die Hilfsarbeiter in ihren Verband aufnahm. Als die Rotgerberbruderschaft in Villach die Gumpoldskirchner Bruderschaft anfragte, warum sie sich nicht der Gewerkschaft anschliesse, antwortete diese in einem Brief vom 7. März 1894, der die Gewerkschaft folgendermassen charakterisierte: »Der Meister oder Fabrikant nimmt den ersten Auswürfling von der Strasse, jetzt Tagelöhner genannt, richtet ihn für eine bestimmte Arbeit ab und dieser wird unser Gewerkschaftsteilnehmer, den stellen wir ehrliche und zünftige Gesellen uns gleich: in Gesellschaft, in Charakter, in Unterstützung, im Lohnanspruch — und hierdurch soll die Möglichkeit werden, unsere Lage zu verbessern! Ist dies nicht möglicher bei heutiger, geachteter Bruderschaft?« »Wer geniesst mehr Achtung, die anständigere Ansprache beim Meister oder Fabrikanten: der Geselle oder der Tagelöhner? Wie wollen wir für so viele Schnapsbrüder darunter einstehen? Wie da Disziplin und Anstand hineinbringen? Wenn niemand lernt, wo der geschulte, tüchtige Arbeiter? — und die Welt, die Fremde, der Wanderstab ist verloren.«

Es bereitet einen grossen Genuss, die älteren Jahrgänge der »Fachzeitung«, des Gewerkschaftsorgans der Rotgerber, durchzulesen, in dem eine Fülle ähnlicher Dokumente aus der Zeit des Kampfes zwischen Bruderschaft und Gewerkschaft zu finden ist. Ein entschiedenes Uebergewicht erlangte die Gewerkschaft erst in den Jahren 1896 und 1897, in denen sie sich mit besonderem Eifer auf die Agitation in der Provinz verlegte und sämtliche Bruderschaften durch ihre Vertreter besuchen liess. Um den Zünftlern den Beitritt zur Gewerkschaft zu erleichtern, wurde beschlossen, den Bruderschaften, wenn sie korporativ überträten, die Karenzzeit für ihre Mitglieder nachzusehen. Diese Mitglieder der Bruderschaften erhielten von der Gewerkschaft sofort dieselbe Reiseunterstützung, auf die sie in ihrer

zünftigen Organisation Anspruch gehabt hätten. Diese Begünstigung wirkte ausserordentlich, die Bruderschaften traten in beträchtlicher Anzahl der Gewerkschaft bei, die sie in Ortsgruppen des Fachvereines umwandelte. Im Jahre 1896 konnten auf diese Weise fünf, im Jahre 1897 16 Provinzortgruppen errichtet werden.

Der Aufschwung der Gewerkschaftsorganisation liess auch die Konservativsten unter den Rotgebern erkennen, dass es mit der zünftigen Verbindung nicht mehr vorwärts gehen könne. Der sozialdemokratischen Gewerkschaft beizutreten, konnten sie sich aber auch nicht entschliessen und so schlugen sie einen Mittelweg ein: sie organisierten sich als christlichsoziale Fachvereine. Weihnachten 1898 fand in Marburg ein antisozialistischer Gerbertag statt, der diese Entwicklung in die Wege leitete. Die Zünftler propagierten den Anschluss an den christlichsozialen »Verband der Loh- und Rotgerbergehilfen Oesterreichs«. Am 24. September 1899 wandelte sich eine der ältesten Bruderschaften, die seit dem 16. Jahrhundert bestehende Marburger Loh- und Rotgerberbruderschaft, in eine christlichsoziale Gewerkschaft um. Auch in Wien erstand aus der Bruderschaft ein christlichsozialer Fachverein. Dieser Wiener christlichsoziale Verein wurde der Erbe des Archivs der Bruderschaft, die Embleme des ehemaligen mit der Bruderschaft verbundenen zünftigen Fachvereines hängen aber noch heute in der Herberge der sozialdemokratischen Rotgerbergewerkschaft in der Diefenbachgasse.

Die christlichsoziale Arbeiterorganisation konnte auch bei den Rotgebern keine rechten Erfolge erzielen, während die sozialdemokratische Gewerkschaft rasch und stetig aufblühte. Aus Anlass ihres zehnjährigen Bestandes gab die sozialdemokratische Gewerkschaft einen Tätigkeits- und Verwaltungsbericht heraus, der ein recht deutliches Bild des Werdens und Gedeihens der Gerberorganisation bietet.* Das zweite Jahrzehnt der Gewerkschaftsperiode wurde würdig damit begonnen, dass sich die bisher getrennten Organisationen der Rot- und Weissgerber in der gemeinsamen Gewerkschaft der Lederarbeiter Oesterreich-Ungarns vereinigten.

Die Periode der Zunftorganisation ist heute auch bei den Rotgebern endgültig vorbei, wenn auch unter den Rotgerbergesellen der Provinz einige zünftige Gebräuche selbst jetzt noch, wenn auch immer seltener, vorzukommen pflegen. Die jüngere Generation unter den Gesellen weiss wenig mehr von den alten Verbindungen, bald wird die Erinnerung an sie vollständig geschwunden sein. Das Erbe der alten Bruderschaft hat die sozialdemokratische Gewerkschaft, die immer vollständiger das Feld beherrscht, angetreten. Nicht nur deshalb, weil sie aus der Zunft hervorgegangen und eine Art Personalverbindung dadurch besteht, dass die heutigen Gewerkschaftsfunktionäre vielfach noch alte zünftige Gesellen sind, sondern in erster Linie deshalb, weil die sozialdemokratische Gewerkschaft auch den wirtschaftlichen und idealen Gehalt der alten Bruderschaft übernommen und fortgepflanzt hat. Was die alte Zunftorganisation im guten Sinne auszeichnete, die Pflege des Gefühls der Zusammengehörigkeit und der Kameradschaftlichkeit, das lebt und webt als Solidaritätsgefühl aller Arbeitenden in der sozialdemokratischen Gewerkschaft fort.

Franz Siegel: Wovon lebt der Bauarbeiter im Winter?

Ferdinand von Saar hat in einem Gedicht sehr traurigen Inhalts die Not des Bauarbeiters im Winter behandelt. Der Frost des Winters stellt die Bauarbeit ein. Das im Mörtel vorhandene Wasser gefriert. Dadurch wird nicht nur das Arbeiten mit Mörtel unmöglich, sondern der Kalk des Mörtels verliert vollständig seine Bindekraft. Ein im feuchten Zustand gefrorener Mauerverputz aus Mörtel fällt beim

* Tätigkeits- und Verwaltungsbericht der Gewerkschaft der Lederarbeiter Oesterreich-Ungarns seit ihrer Gründung. (Vom 10. September 1893 bis Ende 1903.) Wien 1906.

Auftauen herab, eine bei einer Temperatur unter Null hergestellte Mauer hat nicht die gewöhnliche Festigkeit. Dazu kommt, dass die im Freien herrschende Kälte die Arbeitsleistung beeinträchtigt, wie auch der kurze Tag im Winter die tägliche Arbeitszeit sehr herabdrückt.

Es wird im Winter also in der Regel nichts gebaut. Eine Ausnahme machen nur sehr dringende Bauten, die eine Bretterverschalung bekommen und geheizt werden, was natürlich die Baukosten verteuert.

Dann gibt es einige Badeorte, in denen in der Zeit der Badesaison nichts gebaut werden darf, die im Winter eine Bautätigkeit aufweisen, wie Karlsbad, Marienbad, Franzensbad. Dort wird zum Mauern mit Salz vermengter, sogenannter frostsicherer Kalk verwendet, der Verputz wird hinter verschallten Gerüsten bei Heizung hergestellt.

Der Bauarbeiter sieht mit Bangen dem Winter entgegen, den ersten Reif im Herbst bezeichnet er als »Maurergift«.

Zu »Allerheiligen« schon beginnt nun die grosse Wanderung. Die Maurerdörfer in den industriearmen Gegenden beginnen sich zu bevölkern.

Wovon lebt nun der Bauarbeiter im Winter? Ist die Lebenslage des Bauarbeiters schon in der Zeit des Erwerbs, in der warmen Jahreszeit, eine sehr elende, so ist im Winter Hunger, Not und Elend ein ständiger Gast in der Familie des Bauarbeiters. Nur wenige haben das Glück, im Winter als Maurer beschäftigt zu sein. In dieser für den Bauarbeiter so bitteren Zeit steigt die Ausbeutungssucht des Unternehmers und dessen Brutalität ins Ungemessene. Ein Wort der Widerrede und der Arbeiter fliegt hinaus zu den Tausenden anderen Arbeitslosen.

Verhältnismässig am besten sind noch diejenigen daran, die in ihrem Heimatdorfe überwintern. Den Sommer über haben sie gedarbt und gespart und sich für den Winter einige Kreuzer erübrigt. Mancher hat zu Hause eine armselige Holzhütte zu eigen oder billig gemietet, füttert sich ein Schwein, von dessen geräuchertem Fleisch und Speck er beinahe den ganzen Winter lebt; nebenbei geben eine oder zwei Ziegen oder gar eine Kuh die nötige Milch. Für manchen gibt es auch Gelegenheitsarbeit als Holzfäller und Treiber bei Jagden in den ungeheuer ausgedehnten Wäldern der adeligen Grossgrundbesitzer bei einem »fürstlichen« Taglohn von 60 oder 80 h. An Brennmaterial zu einer warmen Stube fehlt es in der Regel nicht. Einige Tage Robotarbeit im Walde bringen einen Zettel, der berechtigt, Reisig aus dem Walde zu holen. Auch gilt es als keine Schande, wegen Holzdiebstahls eingesperrt gewesen zu sein.

In diesen verschneiten Dörfern wartet nun der Maurer die Winterszeit ab. Der Krämer gibt ihm, wenn der Sparpfennig ausgegangen ist, Kredit, ja er streckt sogar das Fahrgeld in den letzten Tagen des Februar oder im Laufe des März vor, um diese Zugvögel wieder in die Stadt zu bringen.

In einigen Gegenden sind die Bauarbeiter im Winter Textilarbeiter, so in Nordböhmen und im Ascher Bezirke. Da gehen die Bauarbeiter in die Textilfabriken als Weber, Spinner, Färber oder Appreteure, sie werden unerwünschte Konkurrenten der ohnehin schlecht entlohnten Textilarbeiter. Oder es klappert draussen in den im Schnee versteckten Häusern der armseligen Dörfer der die halbe Stube einnehmende Handwebstuhl. Der Wochenverdienst schwankt zwischen 4 bis 8 Kr. In den Kohlenrevieren kriechen im Winter die an Luft und Licht gewöhnten Bauarbeiter in die dunkle, dumpfe Kohlengrube, um da den Winter zu überleben. In einem Gebiete, wo die Holz- und Perlmutterdrechslerei als Heimindustrie besteht, stehen die Maurer im Winter bei der Drechslerbank und drehen Holzwaren und Knöpfe. Wieder in anderen Gegenden sitzt der Maurer im Winter auf der Schusterbank und hilft Marktware an Schuhen in ungeheuren Massen erzeugen.

In einigen Dörfern des Erzgebirges sind die Leute im Winter Sticker. Da sitzt gross und klein von früh morgens bis in die Nacht beim Stickrahmen und es werden Heiligenbilder, Hausseggen, Hausschuhe und dergleichen mit bunter Wolle auf grobes Zeug gestickt. Der Maurer, der im Sommer den Hammer und die Kelle schwingt, handhabt da die Sticknadel. Er verdient so täglich 20 bis 50 H. In anderen Orten sitzt der im Winter arbeitslose Bauarbeiter bei der Strickmaschine und erzeugt da Strümpfe, Socken und sonstiges gestricktes Zeug,

oder er macht Holz- oder Filzpantoffel. Alles für grosse Exportfirmen, die in diesen Gegenden ihre manchmal sehr grossen Faktoreien haben. Im Gebiete des Grafen Buquoy sind Tausende zu Hause mit der Erzeugung der Zwirnköpfchen beschäftigt. Der Wochenverdienst einer aus vier bis fünf Köpfen bestehenden Familie beträgt dabei 4 bis 5 K. Im Gablونzer Bezirke vergrössern die Bauarbeiter im Winter die Zahl jener Heimarbeiter, die sich mit der Herstellung der Bijouterie- und Spielwaren beschäftigen.

In Mähren gibt es 4000 Maurer, die im Winter in den Malzfabriken beschäftigt sind.

In den grossen Städten und Industriebezirken trachten die Bauarbeiter im Winter in den Fabriken, bei Holz- oder Kohlenhändlern unterzukommen. In Wien besteht der Grossteil der in Aemtern und grossen Bureaux mit dem Heizen der Oefen beschäftigten Personen aus Maurern.

Doch ist dies nur ein Bruchteil jener ungeheuren Armee der Bauarbeiter, der im Winter, der das Baugewerbe still legt, bei in der Regel sehr miserablen Verdienst, Arbeit findet. Am schlimmsten sind da diejenigen daran, die in der Stadt sesshaft sind. Die »frisst der Mietzins allein schon auf«. Dazu kommt, um wenigstens dann und wann eine warme Stube zu haben, die sündteure Kohle. Die Wohnungen sind, am Boden oder im Keller, die denkbar schlechtesten, die noch in der Regel mit anderen Aftermietern geteilt werden. Es langt der karge Verdienst der Frau nicht einmal, um genügend Kraut und Erdäpfel kaufen zu können. Fleisch, natürlich Pferdefleisch, gibt es als Festessen vielleicht an Sonntagen. Glücklicherweise der Bauarbeiter, der im Winter einen Greisler als Einkaufsquelle hat, der für einige Wochen Kaffee, Zucker und Brot borgt, denn in vielen Bauarbeiterfamilien bildet ein dünnes Kaffeewasser oft wochenlang die einzige Nahrung. Zum Leihhaus wandert das letzte Stück, oft wird sogar das Bettzeug versetzt und man deckt sich mit alten Kleidern und Fetzen zu. In den Wärmestuben sind viele Bauarbeiter zu Gaste, selbst in das Asyl für Obdachlose treibt der unerbittliche Winter den Bauarbeiter nicht selten mit Weib und Kind hinein.

Ja oft wird im Winter ein nicht zu schwerer Krankheitsfall, wenn der Bauarbeiter noch genussberechtigt ist, als eine Wohltat angesehen, bringt er doch wenigstens einige Kreuzer Krankengeld ins Haus.

Gibt es einmal einen tüchtigen Schneefall, dann wird er als vom Himmel gefallenes Manna gepriesen. Bei der Schneereinigung ist einiges Geld zu verdienen. Schaut abends die Witterung schneedrohend aus, dann wacht der Bauarbeiter in der Nacht mehreremale auf, um zu sehen, ob sich die weisse Decke schon ausgebreitet hat. Ist dies der Fall, dann um 4 Uhr morgens in die kalte Winternacht hinaus, die schlechten Schuhe mit Fetzen umhüllt und nun beginnt zunächst ein Kampf um die Schneeschaufel. Hat der Mann oder die Frau eine erbeutet, dann heisst es den ganzen kalten Tag mit der Schaufel den Schnee vertreiben helfen. Die kurzen Pausen werden nicht selten in den Branntweinschänken verbracht, da es dort wenigstens warm ist. Abends geht es dann nach Hause, nachdem gegen Abgabe der Schaufel der Taglohn, in Wien 2 K, ausgehändigt wurde. Jetzt langt es in der Familie wieder zu einer warmen Mahlzeit. Vielleicht gibt es noch ein oder einige Tage Schneearbeit, das ist in solchen Zeiten ein erhebendes Bewusstsein im Herzen solcher armen Leute.

Weihnachten und Fasching, für die Reichen Feste der Freude, sind für den Bauarbeiter Zeiten der bittersten Not. Er sehnt den Frühling, die Sonne herbei, denn die bringt Arbeitsgelegenheit und Erwerb.

Wenn der erste Frühlingswind jedem Menschen frische Hoffnung und neuen Lebensmut bringt, im Herzen des ausgehungerten Bauarbeiters löst er zwar keine poetischen Gefühle aus, aber die Zeit der bittersten Not fühlt er schwinden und wenn er auf schwindelndem Gerüst der Lenzessonne warme Strahlen verspürt, da wächst seine Zuversicht mit dem zunehmenden Tage. Wenn der Maurer im Winter, wenn es in »seiner Werkstätte« friert und in dieselbe hineinschneit, gefragt wird, wer er sei, so sagt er recht verzagt und kleinlaut: »Ein Maurer!« Lacht aber die liebe Sonne am Himmel und prangt und blüht es, dann ruft er auf eine solche Frage recht laut und herausfordernd: »Ein Maurer!«

Franz Pattermann: Das Erwachen der Tabakarbeiter

Das Tabakmonopol spielt im österreichischen Staatshaushalt eine bedeutende Rolle. Im Staatsvoranschlag für das Jahr 1908 sind die Einnahmen mit 244, der Reingewinn mit 151 Millionen Kronen veranschlagt. So bekannt die glänzenden Einnahmen der Tabakregie sind, so wenig weiss man vom Leben der Tabakarbeiter. Wohl haben sich zwei deutsche Städtetage, in Teplitz-Schönau 1904 und Bregenz 1905, und der Bund der Industriellen mit den Löhnen und Arbeitsbedingungen der Tabakarbeiterinnen befasst. Sie nahmen Stellung gegen die angeblich zu hohen Löhne und glänzenden Arbeitsbedingungen. Es bezeugt den Tiefstand des sozialpolitischen Verständnisses der bürgerlichen Gemeindevertreter und die Rückständigkeit der österreichischen Unternehmer, wenn man feststellt, dass der Durchschnittsjahresverdienst der in den Tabakfabriken Beschäftigten nicht einmal 600 K erreicht. In den 30 Tabakfabriken sind rund 39.000 Personen tätig, davon 34.000 Frauen und Mädchen.

18 Fabriken liegen im deutschen, 5 im tschechischen, 5 im polnischen und 2 im italienischen Sprachgebiet. Die geistige und kulturelle Entwicklung der Arbeiterschaft ist schon aus diesem Grunde nicht auf der gleichen Höhe. Die Entwicklung wird ferner erheblich von lokalen Umständen beeinflusst. Die beiden Fabriken Bautsch und Sternberg sind nur 35 Kilometer voneinander entfernt, aber die Arbeiterschaft in ihnen ist durchaus unähnlich. In dem industriellen Sternberg sind die Arbeiterinnen weit fortgeschritten, sie nehmen am politischen Leben teil, sie fühlen und denken mit der sozialistischen Arbeiterschaft. Anders in dem industriearmen Bautsch! Ohne Berührung mit der Aussenwelt, sind dort die Tabakarbeiterinnen zurückgeblieben. Der Glaube an die eigene Kraft fehlt ihnen. Der Sozialismus erscheint ihnen als ein Märchen, das wohl nie zur Wahrheit werden dürfte. Für die männlichen Arbeiter ist ausser der Weberei keine Beschäftigung vorhanden; wer bei dieser Arbeit 5 K in der Woche verdient, gilt als gut qualifizierter Arbeiter. Die Familien sind auf den Verdienst der Mutter angewiesen. In Joachimsthal sind ähnliche Verhältnisse. Hier hat aber die Nähe Sachsens dem Sozialismus frühzeitig Eingang in die Gedankenwelt der Arbeiterschaft verschafft. Dass die Verhältnisse in den Tabakfabriken Galiziens noch weiter zurückgeblieben sind, bedarf keiner näheren Darlegung.

Längst besaßen die Arbeiter aller Berufe Organisationen, während unter die Tabakarbeiter noch kein Lichtstrahl des Sozialismus gefallen war. Die Fabrikleitungen taten alles, um von den k. k. Betrieben eine Organisation fernzuhalten. Blinder Kadavergehorsam wurde von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Tabakfabriken gefordert. Der Besuch von Versammlungen, jede Anteilnahme am öffentlichen Leben war strenge verboten. Noch heute lautet § 3, Abs. D, der Arbeitsordnung: »Bedingung für die Aufnahme ist das sittliche und politische Wohlverhalten.« Widerspenstige waren bald gezähmt. Gelang dies nicht, dann war bald ein Grund zur Entlassung gefunden. Die Disziplinarkommission kannte ihre Pflicht. Frömmelnde Heuchelei und ihr steter Begleiter, das Denunziantentum, wurden gezüchtet. Während der Arbeit wurde gebetet, monotone Wallfahrtslieder wurden gesungen. Direktoren und Beamte kannten selbst die Gedanken der Arbeiter. Sie waren über alles in und ausser der Fabrik unterrichtet. Selbst um das Familienleben kümmerten sich die Vorgesetzten. Jede einzelne Arbeiterkategorie war in mehrere Lohnklassen geteilt. Im Belieben des Direktors und der Beamten lag es, ob man in eine höhere Klasse vorrückte; ihr Wohlwollen konnte man sich erwerben, wenn man recht viel über den Nächsten erzählte. Sehr viele Arbeiterinnen waren schon als Kinder in die Fabrik gekommen, sie hatten sich verheiratet und waren an die Scholle gefesselt. Die Tabakfabrik war ihre Welt, was weiter lag, war ihnen fremd. Man verstand es auch, ein eigenartiges Standesbewusstsein der Arbeiterinnen zu wecken. Redensarten wie: »Ihr werdet euch doch nicht mit den anderen vergleichen; ihr seid kaiserliche Arbeiter und habt eine Pension zu erwarten,« wurden sehr oft laut. Wie gross die Pension war, daran dachten die Arbeiterinnen nicht,

die es ihnen sagen konnten, waren nicht mehr in der Fabrik. Die Arbeiterinnen wagten nicht einmal mit ihren Männern über das Arbeitsverhältnis zu sprechen, es gab in manchen Familien häusliche Szenen, wenn sich der Mann einer Tabakarbeiterin zum Sozialismus bekannte. Im Jahre 1900 gab ein höherer Fabriksbeamter einer schwangeren Arbeiterin eine Ohrfeige. Das wurde dem Verfasser dieses Artikels mitgeteilt. Die Arbeiterin bat flehentlich, hiervon nichts in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, da sie es sonst büßen müsste. Für die männlichen Arbeiter hatte man ein anderes Mittel. Wer sich gut aufführte, dem winkte in weiter Ferne der Posten eines Aufsehers.

Die Ketten waren festgeschmiedet und hielten gut. An den Toren der Tabakfabriken machte der Sozialismus halt. Von den Wahlrechtskämpfen der Neunzigerjahre und den zweimaligen Wahlen in der V. Kurie schien die Tabakarbeiterschaft unberührt. Aber der Schein trügt. Auch unter der Tabakarbeiterschaft gab es manche, die dem Sozialismus zuneigten. Es entstanden an der Jahrhundertwende einige, freilich einflusslose, lokale Vereine, so in Joachimsthal, Sternberg und Bautsch. In Zwittau entstand ein Verein im Jahre 1903. Der Direktor versuchte alles, um die Gründung zu vereiteln. Genosse Rieger musste im Parlament interpellieren, bevor die Gründung möglich war. Als der Direktor einsah, dass alles vergeblich war, ersuchte er die Arbeiterinnen, einen Verein sozialistischer Frauen und Mädchen zu gründen. Die Bitte konnte aber nicht erfüllt werden.

Das Eindringen des Sozialismus konnte man verzögern, die technische Entwicklung aber machte vor den Fabrikstoren nicht halt. Im Spätsommer 1903 verbreitete sich unter der Tabakarbeiterschaft die Nachricht, dass Zigarettenmaschinen aufgestellt werden. Bis dahin war die Arbeit in den Tabakfabriken bis auf das Schneiden des Tabaks Handarbeit. Eine Partie Zigarettenarbeiterinnen, zum Beispiel bei »Sport«, besteht aus drei Personen, Füllerin, Stopferin und Maschinführerin. Je zwei Parteien haben ausserdem eine vierte Arbeiterin zum Abschneiden des vorstehenden Tabaks. Eine solche Partie erzeugt in der Woche 27.500 bis 30.000 Zigaretten. Nun kam eine Maschine, die bei Bedienung von drei Personen 120.000 bis 160.000 Stück im Tage erzeugte. Die Arbeiterinnen wandten sich gegen die Maschine. Es kam zu förmlichen Aufständen. Die Generaldirektion war klug genug, die Bewegung nicht zu unterdrücken. In Joachimsthal wurden keine Maschinen aufgestellt, in Sternberg wurden Neuaufnahmen zugesagt und versprochen, den Stand der Arbeiter auf der gleichen Höhe zu halten. Ueberall wandten sich die Arbeiterinnen um Rat und Hilfe an die organisierte Arbeiterschaft. Sie waren allerdings erstaunt, als sie hörten, dass der Kampf gegen die Maschine aussichtslos sei. Der Sozialismus hatte seinen Einzug in die Tabakfabriken gehalten, die Zigarettenmaschine hatte ihm die Bahn frei gemacht. Im Jahre 1904 wurde auf einer Konferenz die Zentralorganisation beschlossen und durchgeführt.

Zweifellos hat die Organisation das Fühlen und Denken der Tabakarbeiterschaft verändert, sie hat den Glauben an sich selbst und ihre eigene Kraft gewonnen. Sozialisten, wie die Industriearbeiter im Privatbetriebe, sind aber verhältnismässig nur wenige geworden. Das Fühlen und Denken der Arbeiterin ist anders als das des Arbeiters. Schon die Erziehung ist eine andere. Wie oft kann man selbst in Familien sozialistischer Arbeiter den Ausspruch hören: Ein Mädchen braucht weniger als ein Knabe zu lernen. Dazu kommt noch, dass die Arbeiterfrau die wirtschaftliche Notlage viel mehr fühlt als der Mann. Sie muss in erster Linie für die Bedürfnisse der Familie sorgen. All die kleinen Sorgen stürmen zuerst auf sie ein. Ihre Arbeitszeit ist unbegrenzt. Die Arbeit in der Fabrik und im Hause füllen ihr ganzes Leben. Ruhe und Erholungsstunden kennt sie kaum. Es fehlt ihr die Zeit zum Lesen und Denken. Wenn sie liest, will sie nur Schriften lesen, die kein Nachdenken erfordern. Die kleinen Sorgen, die sie durchs Leben geleiten, machen sie für alles Kleinliche empfänglich. Mit diesen Schwierigkeiten hat eine Organisation zu rechnen, deren Mitgliedschaft zu 80 Prozent aus Frauen besteht. Von den Arbeiterinnen sind die verheirateten für die Organisation viel leichter zu gewinnen als die ledigen. Das ist auch begreiflich. Sie haben keine Illusionen mehr, ihr Leidensweg liegt klar vor ihnen. Die ledige Arbeiterin hat ihre Hoffnungen noch nicht begraben. Im Elternhause hat ja die Mutter sorgfältig alles verborgen, was die Jugend und die Zukunfts-

hoffnung ihres Kindes trüben könnte. Dass die Klerikalen alles versuchen, um die Tabakarbeiterschaft für sich zu gewinnen, war zu erwarten, sie finden noch viele, die für ihre Lehren empfänglich sind. Die Arbeiterin braucht nur zu oft Trost, sie lässt sich gerne trösten.

Ist die Frau auch schwerer für die Organisation zu werben, so hat sie dafür einen anderen Vorzug, sie ist treuer. Selbst jene, die aus irgend einem Grunde aus der Organisation austraten, sind für die Gegner nicht zu gewinnen, sie kehren in kürzerer oder längerer Zeit wieder zurück.

Die technische Entwicklung hat die Tabakarbeiterschaft in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft geführt, zu wirtschaftlicher und politischer Erkenntnis muss sie die Organisation erziehen.

Stephan Grossmann: Die Feste der Arbeiter

Unmöglich, über dieses Thema auch nur ein paar kritische Bemerkungen zu äussern, ohne jener erhabenen Worte Lassalles zu gedenken — von den gedankenlosen Festen der Kleinbürger, die dem Arbeiter nicht ziemen. Sie fallen mir bei jedem Arbeiterfest unwillkürlich wieder ein, aber vor ihrem tiefen Ernst können die wenigsten Feste bestehen. Aufrichtig gesagt, die Arbeiterfeste, die Ferdinand Lassalle geträumt hat, sind bis heute noch nicht veranstaltet worden. Der Theoretiker mag glauben, dass die Zeit der Feste für die Arbeiterklasse überhaupt noch nicht gekommen ist und dass es darum an idealen Festen des Proletariats mangelt. Aber der Beachter des wirklichen Lebens wird erwidern, dass keine Klasse festfreudiger, festfroher empfinden kann als gerade die proletarischen Volkskreise. Es lebt im einfachen Mann, in der Frau aus dem Volke eine viel stärkere Neigung zu Festgefühlen als beim Bürger oder Aristokraten. Die psychologisch erfahrenen Herrschaftsinstitutionen wissen das längst, die katholische Kirche rechnet mit den Festinstinkten der Masse, der Militarismus kostümiert und instrumentiert sich — diesen Neigungen zuliebe — so bunt als möglich. Sie wissen, dass gerade die Inwohner der dunklen Stuben am heissesten nach farbigen und prunkenden Bildern des Lebens lechzen. Sie wissen, dass gerade die, deren alltägliche Erfahrung grau, gewöhnlich und eintönig ist, das lebendigste Leben in der Phantasie führen. Wir, die ja überhaupt sehr logisch und nicht genug psychologisch denken, wir ahnen gar nicht, wie stark bei allen, selbst bei den scheinbar rein vernunftgemässen Erwägungen des einzelnen die Phantasie mitspielt, mitdenkt und mitentscheidet. Wir wollen den Arbeiter zum richtigen Denken erziehen. Nun, vergessen wir dabei nicht an die Streiche, die uns immer wieder eine verwilderte und gänzlich ungebildete Phantasie spielt. Ein Element der Phantasiebildung — das sollten unsere Feste sein!

Sollten! In Wirklichkeit unterscheiden sich heute die meisten Arbeiterfeste von bürgerlichen Festen (wenn man von den oft auch nicht sehr festlichen Reden absieht) hauptsächlich durch ihre Armseligkeit. Dort, wo der Bourgeoisverein sich einen »grossen« Komiker leistet, muss sich der Arbeiterverein mit einem kleinen Volksänger begnügen. Dort, wo der Bourgeoisverein ein klangvolles Orchester mietet, muss sich der Arbeiterverein mit einer höchst bescheidenen Briefträgerkapelle begnügen. Statt der ersten Sänger muss sich der Arbeiterverein mit den Liedern eines irgendwie vereinsverschwägerten Dilettanten begnügen und oft genug werden bei Arbeiterfesten die Lücken des Programms durch allerhand Zauberer, Taschenspieler und Fünfkilohelden ausgefüllt. Armer Ferdinand Lassalle, wenn du diese Arbeiterfeste gesehen hättest!

Sage niemand, diese Feste seien nicht von so grosser Wichtigkeit. Wer das vor vierzig Jahren gesagt, mag noch nicht ganz unrecht gehabt haben. Als es noch kein Sonntagsruhegesetz und also noch keine regelmässige und allgemeine Feierzeit gegeben, als die tägliche Arbeitszeit noch ziemlich unbegrenzt war, da hatte der oberflächliche Einwand einige Berechtigung. Aber heute? Die Art, wie die Arbeiter die Errungenschaften der gekürzten Arbeitszeit und des Ruhetages ausnützen, ist

entscheidend für den geistigen Habitus der ganzen Klasse. Würde die schwer erkämpfte freie Zeit nur dazu verwendet werden, die Lebensgewohnheiten des Spiessers nachzuahmen, dann wäre das Ziel seiner heroischen Vorkämpfer nicht wert. Die Tendenz zur Demokratisierung der Spiessbürgerei besteht — warum es leugnen? — auch in der Arbeiterschaft und gerade in der gewerkschaftlich siegreichsten am stärksten. Glücklicherweise sind es aber doch immer nur einzelne, deren Geist Fett ansetzt und faul wird. Die proletarische Masse bleibt beweglich, suchend, lernend, wagnisfroh und geistig strebsam. Fragt man sich aber, was an dem inneren Verfall dieser einzelnen schuld ist, so kommt man meistens dahinter, dass irgend eine ordinäre Genusssucht (wohlgemerkt: eine ordinäre!) den Stillstand herbeigeführt hat. Der eine säuft, befolgt also jene gemeinste Form der bürgerlichen Festfeier, die dem Arbeiter nicht ziemt. Der andere ist zum Theatertinterl geworden, verliert sich also in jenes törichte persönliche Detail des Festfeierns, das den spiessbürgerlichen Kunstfreund auszeichnet. Der Dritte ist vom Tischgesellschaftgründungsteufel befallen und folgt damit dem Muster der bürgerlichen (leeren) Vereinsmeierei. Man sehe sich um, ob diese ärgerlichen Typen nicht schon dann und wann in unseren Reihen zu finden sind?

Nein, es ist keine geringe Sache und keine geringe Sorge um die richtige Verwendung der freien Zeit des Arbeiters. Gewiss: Wir wollen die freie Zeit des Proletariats vor allem mit ernster Arbeit, politischer und gewerkschaftlicher Kampfarbeit ausfüllen. Wir wollen sie mit Bildungsbestrebungen ausfüllen. Aber wir wollen uns, weil wir wissen, dass die Bazillen der Spiessbürgerei gerade auf dem Wege der »Unterhaltung« am leichtesten Eingang finden, auch um die Feste der Arbeiter kümmern. Am Ende hat der Proletarier in seiner erkämpften Musse auch ein Recht auf Freude!

Die Feste der Arbeiter könnten schöner, edler, freudiger sein, wenn sie in jeder Stadt durch eine Zentrale besorgt würden.

Vor allem könnten solche Feste wirklich festlich aussehen. Nichts Betrübenderes als das äussere Bild eines heutigen Arbeiterfestes. Ein paar rote Tuchfetzen um die Galeriebrüstung herum, einige Nadelguirlanden zwischen den Säulen des verschmutzten Saales, ein mangelhaft drapiertes Podium vorne — das ist der Festrahmen. Es versteht sich, dass sich irgend ein kleiner Verein nicht gleich einen Künstler nehmen kann, der ihm den Festsaal geschmackvoll aufputzt. Wozu auch? Etliche Stunden währt das Fest und die schönste, kostspieligste Dekoration von heute müsste morgen im Vereinsarchiv modern — wenn eben jeder Verein einzeln wirtschaftet! Ganz anders ausnützlich ist der Saalschmuck, wenn er von vornherein, solider gearbeitet, für eine ganze Serie von Festen bestimmt ist. Besteht eine Zentrale für unsere Vereinsfeste, so wird sie für eine geschmackvolle und originelle Saalausschmückung sorgen, die heute dem Fest der Hutmacher, morgen dem Fest der Typographen u. s. w. u. s. w. zugute kommt. Weil durch Zentralisierung eine viel bessere Verwertung möglich ist, deshalb könnte der Anschaffungspreis des Festschmuckes ein viel höherer und dabei für den einzelnen Verein noch immer billiger sein als der heutige Schundschmuck. Auch ein Arbeiterfest soll nicht power aussehen und die Zentralisierung könnte den Festen den Charakter der Powerté nehmen? Dann könnten unsere Feste festlich aussehen!

Power sind ja meistens auch die Vorträge. Da muss sich ein Vereinsfunktionär vierzehn Tage lang jeden Mittag die Füsse ablaufen, trifft die ersehnten »Sterne« nicht zu Hause oder wird nicht vorgelassen, läuft zu kleineren Grössen und am Ende muss ja doch irgend einer der humorverlassenen Vereinshumoristen den grössten Teil des Programms bestreiten. Nur jene Vereine, die ihre Funktionäre zu ganz unverschämten Zudringlingen und Festschnorrern ausgebildet haben, können sich auf dem Programmzettel zuweilen mit grossen Namen brüsten. Sind das aber dann Arbeiterfeste? Es sind Bourgeoisunterhaltungen, bei denen auch Proletarier zugelassen werden. Ich habe bei solchen Festen schon wiederholt höchst unangenehme Pikanterien, recht stumpfsinnige Coupletweisheit und unserer Feste ganz unwürdige Spässe gehört. Also, die mühselig erschnorrten »Namen« sind für ein Arbeiterfest auch nicht immer das Richtige.

Viele Vereine setzen aber auch schon relativ anständige Summen für Festzwecke

aus. Die jämmerlichsten Humoristen, Zauberkünstler und Varietégrößen müssen um schweres Geld gemietet werden. Wieviel Besseres liesse sich durch eine sachverständige Zentrale beschaffen! Eine solche Festzentrale könnte sich für das ganze Jahr einer Reihe von Kunstkräften versichern, könnte ihnen regelmässige und deshalb bescheidenere Einkünfte zusichern und könnte mit ihnen über Vorträge einig werden, die dem Ernst und der Heiterkeit, mit einem Wort dem Geiste von Arbeiterfesten entsprechen. Statt des Gassenhauers das Volkslied, statt der dilettantischen Deklamation die Rezitation von Dichtungen im Geiste unserer Weltanschauung, statt der läppischen Vereinsdramatik (»Die Tochter des Staatsanwalts«, die sich in den Sozialdemokraten verliebt, oder »Das Geheimnis des Fabrikanten«, der von der verführten Arbeiterin niedergeknallt wird) frische und lustige Szenen denkender Autoren, die keine grosse Theaterausstattung nötig haben, statt der mitwirkenden Briefträger- oder Radfahrerkapelle gute Musik, für die in Oesterreich auch der Indifferenteste instinktives Verständnis mitbringt. Auch die Kunst unserer besten proletarischen Gesangvereine könnte für unsere Feste noch ganz anders verwertet werden! Was für schöne Feste liessen sich im Sommer im Freien veranstalten! Es muss nicht immer das abgewerkelte Scheibenschiessen sein. Vor zwei Jahren hat der Bildhauer Luksch mit ganz spärlichen Mitteln in Döbling ein ganz unvergessliches Fest arrangiert, einen farbenbunten Aufzug mit Reigentänzen, in ganz billigen, schablonierten Kostümen, die dann abends zur Aufführung einer sehr fröhlichen und stimmungsvollen Pantomime dienten. Für ein Fest dergleichen zu arrangieren, das käme zu teuer, Geld- und Kraftausgaben wären unverhältnismässig gross. Von einer Zentrale für sechs oder acht Sommerfeste zur Wiederholung arrangiert, würde sich die Mühe und der Aufwand schon lohnen. Dabei brauchen auch solche Feste, so bunt und froh sie scheinen, des tieferen Sinnes nicht zu entbehren. Eine Dornröschenpantomime zum Beispiel, eine symbolische Szene, die darstellt, wie das hinter allerlei Hecken versteckte, jahrhundertlang schlafende Volk endlich doch von seinem Befreier zum Bewusstsein wach geküsst wird, würde in ein ideales Arbeiterfest ausgezeichnet einzupassen sein. Nur darf uns eben der Mut zu Neuerungen auch auf diesem Gebiet nicht verlassen. Es hat bislang eigentliche Arbeiterfeste nur ganz selten gegeben, meistens fehlte das eigentlich Festliche und auch das spezifisch Proletarische.

Sollen die Arbeiterfeste ihres Namens würdig werden, so müssen Zentralstellen geschaffen werden, die sich der Sache annehmen. Wir sollen unsere Kräfte an dergleichen Unwichtigkeiten nicht verschwenden? Nun, in den verschiedenen Vereinen würde man bald gewahren, dass diese Kräfteverschwendung in Wirklichkeit Kräfteersparnis wäre.

Stanislaus Brzozowski: Die polnische Literatur in der Revolution

Die aktuellen Krisen werden von uns immer in den Bewusstseinsformen der Vergangenheit vorausgeahnt. Das Schaffen entsteht stets nur auf dem Gipfel psychischer Prozesse, spricht nur das aus, was es in der Seele erschaut und erkannt hat. Der Typus muss im Leben reif geworden sein und sich entwickelt haben, ehe er in der Kunst zum Ausdruck gelangt. Es genügt jedoch nicht, dass er als Wirklichkeit existiere, er muss auch den Glauben an sich besitzen. Der soziale Typus muss ein seinem wirklichen Verhältnis zum Leben entsprechendes Bewusstsein haben, muss sich selbst verstehen, damit die von ihm geschaffene Kunst für ihn nicht eine Maskerade bedeute. Der neuzeitliche Mensch im Italien des 16. Jahrhunderts schuf sich das Bewusstsein seiner selbst in biblischen und klassischen Bildern. Der Prophet des italienischen Volkes, Savonarola, betrachtete sich als Bevollmächtigten Gottes, weil er nur in dieser Form sich das Wirken einer klugen und zielbewussten Kraft vorzustellen vermochte. Michelangelo hatte als einzelner das Gefühl seiner

Nichtigkeit und schuf, als er an den Kampf dachte, den David, als er an das Gesetz dachte, den Moses und malte die Sybillen und Propheten; er musste seine eigene Kraft als eine fremde empfinden.

Unsere Gefühle und Leidenschaften müssen, ehe wir ihnen künstlerischen Ausdruck verleihen können, in uns selbst ihre Begründung gefunden und wir selbst müssen den Glauben an ihre Wirklichkeit und ihre Berechtigung erlangt haben. Das Recht steht im engsten Zusammenhang mit der Kunst. Unsere Gefühle finden in der Kunst ihren Ausdruck in jener Form, in welcher sie uns als unser Recht erscheinen. Bloy giesst den ganzen Aufruhr des durch das Leben zermalmtten Proletariers in die Formen der ultrakatholischen Ideologie: er vermag nicht anders sein Recht auf das Leben und auf Entwicklung zu begründen, so kündet er denn als apokalyptischer Bettler im Namen Christi der zeitgenössischen Gesellschaft, der Kirche und der ganzen Welt die Vernichtung an. Darauf eben gründet sich die Bedeutung der gegenwärtigen Krisis in Polen, dass sie der polnischen Gesellschaft den zur historischen Entwicklung einzig fähigen Existenztypus zur Erscheinung gebracht, dass sie jene Form geschaffen hat, in welcher von nun an jeder denkende Pole seine inneren Fragen und Lebensprobleme wird durchleben müssen.

Die gegenwärtige Revolution hat es an den Tag gebracht, dass in der polnischen Gesellschaft keine andere zu einem zielbewussten Wirken, zum Glauben an sich selbst fähige Kraft vorhanden ist als das organisierte Proletariat.

Bewusstsein des eigenen Wertes und Kunst sind aber unzertrennlich. George Sorel definiert die letztere ganz exakt als das Erwachen des Bewusstseins vom eigenen Werte. Wohl könnte mir jemand entgegen, dass die Pariser Kommune oder die sizilianischen Morde und die Mailänder Ereignisse vom Jahre 1898 auch beredte Zeugnisse dafür waren, dass das französische und italienische Proletariat in diesen Gesellschaften die einzigen wahrhaft zukunftsreichen, historisch wirksamen Kräfte bedeuten; könnte mir jemand sagen, Oesterreich sei ein erstaunlich beredtes Beispiel für das historische Vorschreiten der neuzeitlichen Arbeiterklasse und die deutsche Sozialdemokratie steche überaus grell von der das heutige offizielle Deutschland kennzeichnenden Atmosphäre ab, die vielleicht dereinst das Erstaunen der Kulturanalytiker bilden wird als einzigartiges Beispiel eines weitestgehenden Sklavenkriechertum mit echtestem Cäsarenwahn verbindenden Massenwahnsinns. Nichtsdestoweniger — so wird man mir entgegen — hat weder die ausdauernde mühsame Arbeit der deutschen und der von dem wirren und morschen Hintergrund der österreichischen Monarchie grell abstechenden österreichischen Sozialdemokratie noch auch das blutige Gespenst der Kommune den gähnenden Abgrund zu überbrücken vermocht, der die besitzenden Klassen von den Proletariern trennt.

Es scheint also, als könnte sich die Hoffnung als trügerisch erweisen, dass der historische Bankrott aller ausserproletarischen Lebensformen und der Vormarsch des polnischen Proletariats eine neue Epoche in unserer Literatur einleiten werde. Doch darf man eines wichtigen Umstandes nicht vergessen: dass nämlich eine gewaltige historische Erfahrung uns gelehrt hat, dass das Proletariat die einzige Klasse ist, die nicht nur unbeugsam und unerbittlich die nationale Selbständigkeit erstrebt, sondern die sie bereits besitzt. Während die Repräsentanten der polnischen Geschichte und der polnischen Kultur mit lakonisch gebeugtem Haupte im Salon Wittes standen, während der polnische Klerus Gebete um den Sieg der russischen Waffen zum Himmel schickte und der Epiker der polnischen Schlacht, Sienkiewicz, auf den Traum von der Unabhängigkeit Polens verzichtete und Wilhelm dem Zweiten das Patent eines polnischen Königs von Gottes Gnaden ausstellte, hat das polnische Proletariat im Königreich die Regierung desorganisiert, die administrative Maschine zum Stillstand gebracht und die Grausamkeiten der Unterdrückung mit unzähligen Heldentaten beantwortet. In dieser historischen Krise ward erwiesen, dass es in Polen ausserhalb des Proletariats keine nationalen Formen des Denkens, Fühlens und Wollens gibt. Das Proletariat auf der einen, der nationale Bankrott, der Verzicht auf den Zukunftsgedanken der Nation auf der anderen Seite!

Eine der ersten Taten der revolutionären Bewegung im Königreich Polen war der Schulstreik. Dieser Streik war eine spontane Bewegung der Jugend. Die Jugend

selbst hat über die Schliessung der russischen Schule entschieden, der Kompromisspolitik die Auflehnung angekündigt und gezeigt, dass diese Politik für die jungen Generationen das Verderben, die Vergiftung, die Preisgabe der Zukunft bedeutet. Man beachte die grosse Tragweite dieser Tatsache, dass in Polen eine ganze Generation lebt, die unter diesem Zeichen ins Leben trat, deren ersten bewussten Schritt diese erhabene unvergleichliche Auflehnung gebildet hat. Diese Generation hat zwei entsetzliche Jahre erlebt, in welchen jeder Tag mit Blut befleckt war, hat den Aufschrei der ausgehungerten Stadt Lodz vernommen, hat alles mitgeföhlt, was jeder denkende Pole in diesen Tagen erleben musste. Dürfen wir nicht zu hoffen wagen, dass die Generation, zur Reife gelangt, mit Löwenstimme zu Worte kommen wird? Wer nicht aus Erz war, der wurde bereits vom Rade der Weltgeschichte zermalmt; wer am Leben blieb, wird keine andere Sprache als die des Erzes besitzen: die Sprache der Sturm läutenden Glocke, die Sprache des tödlichen, unerbittlichen Kampfes. Wer die entsetzliche Saat der Weltgeschichte mit angesehen, für den kann kein Zweifel über die Art der Ernte bestehen.

Der gegenwärtige Zustand unserer Literatur ist in dieser Hinsicht durchaus kein schlechtes Symptom. Plötzlich, blitzartig zerfallen die Richtungen und Individualitäten, welche bisher mit Schilderungen leeren Scheinlebens uns gelockt hatten. Ein grosser Teil unseres Schrifttums erinnert an jenen Kranken in der Novelle Edgar Pöes, der im Augenblicke des Sterbens hypnotisiert worden war und, geweckt, nur das eine Wort zu stammeln vermochte: »ich sterbe«, worauf er dann vor den Augen der Anwesenden zur übelriechenden, halbverfaulten Masse wurde. Sienkiewicz, der die Heldenlieder der Schlachta schrieb, nennt heute Wilhelm II. den Gesalbten der Vorsehung! Was ist das nun aber, ihre Vorsehung? Die Ordnung, welche den besitzenden Klassen das Dasein und den Wohlstand verbürgt! Gott, das ist ihnen der Gendarm oben, Wilhelm der Gendarm unten! Sie können nicht ohne Polizei und ohne Armee leben, angesichts der Frechheit des Proletariats; wer also Polizei und Armee in Händen hat, ist der Wächter der Vorsehung! Die ukrainischen Magnaten haben diese Grundsätze folgerichtig angewendet. In- und ausserhalb der Duma traten sie der Agrarreform entgegen im Namen des von ihnen an den Grenzmarken vertretenen nationalen Gedankens. Heute behaupten sie, die nationale Solidarität mit dem Königreich könnte ihre Interessen gefährden. Bisher hat die polnische Idee den Grossgrundbesitz geschützt, nunmehr wendet sich dieser schon gegen den nationalen Gedanken selbst. »Wir haben mit dem Königreiche nichts gemein,« so rufen die Potockis und Branickis, »unser Vaterland ist hier; hier sind unsere Brennereien und Zuckerfabriken, hier unsere Rüben und Kartoffeln!« »Mit Weizen und Rüben werden sie das Grab Polens verschütten,« schrieb der Dichter Krasinski. »Was für ein Grab?« — ruft die Schlachta, »diese Poeten verwechseln alle Begriffe. Die Agronomie kennt keine Gräber — für sie existiert nur der Dünger«. Und nachdem sie die Grabhügel ihrer Ahnen umgeackert, blieben sie auf realem Grunde stehen. Der Besitz vor allem! Wer immer unseren Besitzstand beschirmt, ist von Gott. Die polnische Schlachta hat ein für allemal ihr Dasein vollendet. Das war nicht einmal ein Tod, sondern nur eine Exhumierung. Die Geschichte nahm die Autopsie vor und schrieb mit der Feder des Repräsentanten dieser Klasse nieder: »Jam foetit.« (Schon fault er.)

Nach dem Jahre 1863 hat das polnische Bürgertum eine Epoche der gesteigerten und in vieler Hinsicht glänzenden Wirksamkeit ins Leben gerufen. Man darf behaupten, dass um diesen Zeitpunkt kein Bürgertum der europäischen Gesellschaft so reine und selbstlose Humanisten wie Swientochowski, Prus und die Orzeszko hervorgebracht habe. Ihr Schaffen ward aus einem gewaltigen Glaubensakte geboren. Noch waren auf der polnischen Erde die Ströme des im Jahre 1863 vergossenen Blutes nicht getrocknet, noch war das Knarren der Galgen Murawiews nicht verstummt und in den Herzen und Seelen die Erinnerung an jene Tage nicht verblasst, in welchen es schien, als ob das ganze Leben des Landes für immer unter den Hufen der eingefallenen Horden zertreten worden wäre. Kein Haus, in dem man nicht jemanden beweinte, und die fremde feindliche Hand zwang, selbst die segensreichsten Reformen zu verhöhnern. Milutyn und Czerkaski verwirklichten, Polen

zum Trotz, einen Teil jenes Ideals, für welches die Emissäre der demokratischen Gesellschaft durch Nikolaus I. an den Galgen gebracht worden waren. In einer solchen Atmosphäre wuchs nun eine moralisch merkwürdig gefestigte und durch den Schmerz abgehärtete Generation heran. Der Historiker wird behaupten, dass dieses neue Geschlecht durch die Entwicklung der grossen Industrie in Polen bestimmt ward, dass sein Wirken die heroische Epoche des rasch zur Blüte gelangten polnischen Kapitalismus gewesen sei. Aber die Wirksamkeit der ökonomischen Faktoren ist immer durch die allgemeine kulturhistorische Atmosphäre gefärbt, die das Ergebnis der Vergangenheit einer Nation ist, und in unserem Falle war diese Atmosphäre besonders tragisch. Das neue Leben entstand aus der Verneinung dieser Vergangenheit, die unmittelbar vorher einen so entsetzlich tragischen Abschluss gefunden hatte. Der Geist dieses neuen Lebens war auf dem Schlachtfelde, in der Begräbniskapelle der Nation zur Welt gekommen. Etwas Edleres, als der Stoizismus, nämlich der Verzicht auf den eigenen Schmerz, die harte Hingabe an den Aufbau einer gemeinsamen Zukunft, bildet den hervorragendsten Charakterzug der edelsten Vertreter dieser Generation. O wie sehnten sie sich nach Arbeit, wie gierig fassten sie jedes Werkzeug an! Man schlug ihnen alles aus der Hand. Die Arbeit mitten in der Menge war ihnen Herzensbedürfnis und durch die Uebermacht wurden sie in die Einsamkeit des Privatlebens geschleudert und ihnen nur der Gedanke und das Wort gelassen, das sich geheime Wege suchen musste.

Europa, das nur das Polen der dreifach loyalen Verräter kennt, hat keinen Begriff von jenem anderen Polen der werktätigen Stoiker, das um das Jahr 1870 entstand. Einst, wenn das an unserer Kultur begangene Verbrechen seinen Historiker gefunden haben wird, wird man es begreifen, dass unsere Existenz und die Möglichkeit unserer Weiterentwicklung nur um den Preis übermenschlicher Opfer und Anstrengungen erhalten werden konnten. Diese Menschen träumten von einem neuen Polen, das, um ein Wort Carduccis zu gebrauchen, ein Athen ohne Sklaven, ein Venedig ohne den Rat der Zehn, ein Florenz ohne Mönche sein sollte. Und sie waren von einer Wirklichkeit umgeben, in welcher ein beliebiger Chlestakow zum Schicksal ganzer Generationen wurde! Sie waren sich über die Klassennatur der neuzeitlichen Gesellschaft nicht im klaren und glaubten daher, dass es nur die fremde Uebermacht sei, die der Verwirklichung jenes Ideals von Solidarität und Pflicht im Wege stehe. Die Gesellschaft aber hatte sich inzwischen differenziert. Der polnische Kapitalismus passte sich dem asiatischen Regime an, lernte durch Trinkgeld und Bedientenhaftigkeit wirken, lernte sich der kosakischen Maschine für seine Klasseninteressen zu bedienen. Aber auch das polnische Bürgertum lebte in einer eigenen Gedankenwelt und sah in der Wirklichkeit, die das aus der römisch-republikanischen Maske hervorlugende Antlitz des modernen ausbeutenden Kapitalisten zeigte, nur eine Entartung, nur die Folge des fremden Joches. Als eine Entartung, ein Verzicht auf die gemeinsame solidarische Arbeit erschien ihm auch das Entstehen der neuzeitlichen Arbeiterbewegung in Polen. Und das war die Tragödie! Die polnischen Sozialisten werden mir wohl beipflichten, wenn ich sage, dass wir diesen Idealisten unseres Bürgertums unermesslich viel zu verdanken haben. Aber diese Humanisten waren nicht imstande zu begreifen, dass jene Umwandlung Polens in eine Gesellschaft der Freiheit und Arbeit, von der sie träumten, nur durch die Befreiung der Arbeiterklasse vollbracht werden könne. Sie blieben vereinsamt unter jenem Bürgertum, das von der Schlauheit, vom Gewerbe der Eintagskriecherei, von den alltäglichen kleinen Niederträchtigkeiten lebte, und zynisch auf alle Ideologie piff. Der gegenwärtige Moment hat all dies nur zum Vorschein gebracht. Die Repräsentanten des klassischen Gedankens des polnischen Bürgertums erkannten plötzlich ihre ganze Hilflosigkeit, dienten nur als ästhetische Dekoration für eine absolut unästhetische Machination. Die Vereinigung der Fabrikanten von Lodz wollte zur Zeit der Aussperrung mit der Gesellschaft der polnischen Kultur kein Wort reden, zog es vor, eine halbe Million Rubel für die Vermehrung der zarischen Polizei zu erlegen. Und jene Vertreter des bürgerlichen Utopismus erblickten im Sozialismus nur ein Hindernis für die Organisation der polnischen Gesellschaft auf der Basis der Klassensolidarität! Das polnische Bürgertum hungerte ganze Städte durch Aussperrungen aus, spie ganze Ströme von Verleumdungen gegen die revolutionäre Be-

wegung, hetzte die Revolutionäre, tollen Hunden gleich. Und die polnischen Humanisten schrieben mit ehrlichem Herzen Anklageschriften wider die Arbeiterklasse und die sozialistischen Agitatoren!

Die furchtbare Wirklichkeit hat uns alles geraubt. Unsere Kindheit wird von der Schule vernichtet, die einer psychiatrischen Anstalt gleicht, in welcher nicht geheilt wird, sondern Geisteskrankheiten gezüchtet werden. Die Angst vor dem fremden Lehrer, der Spion und Henker zugleich ist, die Angst als Atmosphäre des Elternhauses zerstört, vergiftet jede Lebensregung. Jugend, Poesie, Träume? Ketten klirren an den Füßen, durch die Strassen der Stadt ziehen Patrouillen, jeder Blick gemahnt daran, dass man Gefangener ist. Liebe? Ja, wo findet man jenes Stückchen Erde, wo man mit Stolz lieben könnte? In der Seele gibt es keinen Raum für allmähliches Reifen der Welten. Jeder Gedanke, der nicht zum Schwerte wird, dünkt überflüssig.

In Avignon wurden in den Revolutionstagen die Getöteten zusammen mit den nicht zu Tode Getroffenen auf den Turmboden geworfen und diese Leibermasse mit Kalk begossen, worauf die Mörder mit Entsetzen die mitten aus dem Leichengewühl dringenden Seufzer hörten: »Tötet mich!« Die polnische Literatur der jüngsten Zeit kam auf einem solchen Turmboden zur Welt. Wir kennen aus der Geschichte die Ergebnisse einer solchen Verzweiflung. Als die Stadt Florenz aufgehört hatte, die Herrin ihrer Schicksale zu sein, als sie zu einem, jeglicher Uebermacht ausgesetzten Sammelpunkte menschlicher Zufälle zu werden begann, irrte in ihren Strassen eine der tragischsten Gestalten der Menschheit — Macchiavelli — bereits ein Greis, umher und suchte ein Weib nach dem anderen auf, um für einen Augenblick Vergessenheit in dieser Dämmerung zu finden, die seine Liebe, sein alles — die Stadt verschlingen sollte. In Alexandrien wurde aus dem Völker- und Kulturenchaos die neuplatonische Philosophie geboren, die über diese ganze Welt des hoffnungslosen Menschendaseins hinausstrebte. Aehnliche Stimmungen und Verfassungen durchfluten unsere neueste Kunst und haben nirgends vielleicht einen so vollen und klaren Ausdruck gefunden wie im Schaffen von Stanislaw Przybyszewski. Eine blinde Urkraft — das Geschlecht — wirft in diese Welt menschliche Individuen, die von Selbständigkeit träumen, intellektuelle Gebäude aufführen und das Leben mit dem Willen zu beherrschen streben. Aber unterhalb all dem brodet jene vernunftlose Macht, die es hervorgebracht hat und sich seiner bedient, während es in seiner Verblendung sich für ihr Werk verantwortlich fühlt. Aus Przybyszewskis Schriften klingt dieselbe Verzweiflung, die im 4. und 5. Jahrhundert die Menschen in die Wüste trieb, sie Trost bei allen jenen Mystagogen zu suchen zwang, von denen es in der damaligen Welt wimmelte. Der Mensch fühlt sich dem Leben gegenüber machtlos, ist nicht imstande, sich mit ihm zu verknüpfen, und die Erinnerung an alle jene Epochen, in welchen die Menschen in einheitlicher Gemeinschaft lebten, die Erinnerung an allen Glauben tritt wie eine Versuchung heran. Die ganze Geschichte des menschlichen Gedankens, der Werdeprozess der im historischen Labyrinth entstandenen Seele erscheinen Gespenstern gleich vor uns. Und der Gedanke nimmt seine Zuflucht zu diesen verdämmerten Gestalten, erneuert für einen Augenblick in sich die Seele des Mittelalters, der Renaissance, Indiens und wähnt (in dieser verloren gegangenen Welt lebend) die Freiheit wiedergefunden zu haben. Die polnische Literatur weist ein Beispiel von angespannter Gnosis solcher Art auf. Ich meine die Poesie von Micinski. Auf den ersten Blick fällt uns ihre fast paradoxe Zwiespältigkeit auf, scheint es uns, als hätten wir es nur mit dem Produkte einer Treibhausgeisteskultur zu tun. Bei näherem Hinhorchen vernehmen wir jedoch Töne von so tiefer und blutiger Eigenart, dass wir nicht daran zweifeln können, dass Micinskis Schaffen aus seinem eigenen schmerz- und qualvollen Suchen geboren ward.

Unser ganzes Denken ist die Errungenschaft einer der Knebelung der Arbeit entsprossenen Kultur. Alle bisherigen Kulturen waren immer nur verschiedene Formen von Ausbeutung der Sklaverei und des menschlichen Jammers. Die Götter aller Religionen, die Ideen aller Philosophien entsprossen dem Boden einer Gesellschaft, der es schon ein Geheimnis war, dass die Arbeit sie geschaffen. Der Mensch war nicht imstande, zu glauben und zu begreifen, dass er selbst mit seinen bluttriefenden Händen

das Gebäude der Kultur trage. Er projizierte daher sein Werk über sich hinaus und dieses beherrschte ihn nun aus den Wolken als Geschick, als Vorsehung, als Fluch. Der Gedanke jeder Epoche versucht auf diese Weise sich selbst zu erfassen. Heute, wo der eigentliche Inhalt des menschlichen Daseins aufgedeckt ist, blieb der Mensch ganz allein seiner Geschichte gegenüber stehen. Dieses Alleinsein kann jedoch nur dann erträglich, nur dann die Grundlage unseres Bewusstseins sein, wenn sich zu ihm die Erkenntnis gesellt, dass die Arbeit die einzige Form menschlicher Macht über das Leben bildet, es kann einzig und allein den Beginn des heranwachsenden proletarischen Bewusstseins bedeuten. In den von dem Gärungszentrum losgerissenen Individuen tritt dieses Alleinsein als Bettlernacktheit zutage. Die Seele ward von allen Dämonen verlassen, die ihr in vergangenen Zeiten Macht verliehen hatten, und steht nun gequält und gemartert auf dem Trümmerhaufen da, in alten Folianten nach Beschwörungsformeln suchend. Wo ist nun der erlösende Gedanke? Im vergangenen Jahre veröffentlichte Micinski ein Drama »Fürst Potemkin«, dessen Grundgedanken die Ueberzeugung bildet: man vermag an nichts ausserhalb des Menschen zu glauben und der Glaube an den Menschen ist eine Unmöglichkeit. Die heulende Menge in der bombardierten Stadt trägt auf ihren Schultern eine nackte Strassendirne, die »syphilitische Madonna«, wie Micinski sie nennt. Der Mensch kam zu sich, um zu erkennen, dass die Gefangenschaft ihn mit Fäulnis, mit Lebensunfähigkeit infiziert hat. Vergebens sucht der Dichter in den letzten Szenen sich selbst den Glauben und die Hoffnung einzureden. Fast um denselben Zeitpunkt publizierte ein anderer polnischer Dichter, Kasproicz, ein schmerzliches Buch unter dem ironischen Titel »Vom einstürzenden Haus und vom heldenhaften Pferd«. »Geh' an mir, mit den Hufen an die Gräberhügel schlagend, vorüber, o Leben,« rief dieses Buch! »Lebet, ihr Menschen, sofern ihr es imstande seid, ich verlange nichts von mir, nichts von euch und nichts vom Leben! Ich wandle singend durch die Auen und Einöden mit meinem Gefährten, dem Tode!« Ein Buch, so eigenartig und schmerzvoll wie die Bilder, die der grosse Farbenpoet Malczewski zu schaffen versteht. Alle unsere heutigen Gedanken sind nur die Schatten einer entschwundenen Welt, unfähig, uns Lebenden etwas zu bieten. Denn das Leben selbst muss erst neue Formen erschaffen, ehe aus ihnen wieder ein weltbeherrschender Gedanke geboren werden kann. Einige Jahre vor dem Ausbruche der Revolution schuf der jüngst in der Blüte des Lebens dahingeraffte grosse Dichter und Maler Polens Wyspiański ein Werk, das ein genaues Abbild des heute durch die Geschichte aufgedeckten Standes der Dinge darstellt. »Ihr steht an den polnischen Grenzen und die Gegenwart gilt euch nichts!« Mit diesen Worten hat der Dichter selbst die Grundidee seiner »Hochzeitsfeier« formuliert. Polen, Nation, Vaterland, über all das wird gesprochen, das ist Poesie, ein am Grabhügel gewachsener Rosenstrauch, der mit Stroh umwickelt wurde, als der Sturmwind brauste. Möge die Täuschung und der Gedanke fortleben, dass auf dem Grunde des Herzens die Zukunft und die Macht schlummern. Wer aber beherrscht diese Welt? Eben dieses Strohgeflecht der Angst, der Schwäche, des Egoismus, der Selbsterniedrigung, welches den Gedanken des eigenen Wertes wie den eines unerreichbaren Ideals zu verbergen gebietet. Ein Erzengel wird herabgeflogen kommen und aus diesen k. k. Hofräten, diesen Posener Bürgern, die ihre Häuser bei hakatistischen Festen dekorieren, Polen machen. Sie warten auf das Wunder, während ringsum das Blut des Volkes in Strömen fliesst. Denn Polen lebt, wie der grosse Dichter des revolutionären Kampfes, Danilowski, schrieb, nur noch in den Heldentaten der Arbeitermassen, in dem verzweifelten Mannesmute der einzelnen. Die „Hochzeitsfeier“ galt als Satire, erwies sich jedoch der Wirklichkeit gegenüber als zu schwach. Wenn man sie heute liest, sehnt man fast die Zeiten zurück, in welchen man noch derart höhnen durfte. Denn die polnische Oeffentlichkeit hat jetzt monatelang nicht etwa das Wunder der Befreiung erwartet. Nein, sie wartete, ob endlich der Hunger und das Bajonett die heilige Stadt des proletarischen Aufruhrs, das polnische Zion — das rote Lodz erdrosselt haben werden.

In seiner »Befreiung« gab Wyspiański der verzweifelten Wahrheit die Formel: Was das historische Polen ausmachte, ist dahin, übrig blieb nur die blinde Verzweilung; sie wartet, bis jemand — »vielleicht ein Arbeiter, eine barfüssige Dirne« — kommt, der die Macht haben wird, die Tore zu öffnen und hinauszuschreiten.

Als nun aber das Gepolter dieses neuen, die Gefängnistore mit verstümmelten Händen niederreissenden Polens erschallte, erwiderte ihm das Geheul des vor Angst und Wut wahnsinnig gewordenen Haufens: »Fremde sind es! Hängt sie auf, hängt sie auf!« Die Poesie zerfleischt ihre eigene Brust und wähnt die Tiefen des Lebens aufgedeckt zu haben. Dieses zeigt sein eigenes Antlitz und die blutigste Satire dünkt eine Idylle. Wyspiański, das ist der endgültige Abschluss des historischen Polens.

In den Schöpfungen der Schriftsteller, von denen nun die Rede sein soll, haben wir schon die ersten schmerzlichen Zuckungen des neuen Polens. Der grösste und tiefste unter ihnen ist Stephan Żeromski. Im Feuilletonteil polnischer Blätter wird gegenwärtig eine Erzählung Żeromskis: »Die Geschichte der Sünde« zum Abdruck gebracht. Der Mensch befindet sich hier nur noch sich selbst gegenüber, er schminkt sich nicht, hat keine Geheimnisse vor sich, betrachtet sein ganzes Leben mit väterlichem Blick. Wenn Robert Owen, der angesichts des ganzen wechselseitig verworrenen Knäuels von Menschenunrecht und Menschenleid sein »Schuldlos« aussprach, ein Künstler gewesen wäre, er hätte gewiss ein solches Buch geschrieben. Es bedurfte eines grossen Glaubens an den Menschen, um so tief in die geheimsten Winkel menschlichen Daseins einzudringen. Die menschliche Seele ist hier so entblösst, als hätten wir es mit der Lebensbeschreibung einer Flora zu tun, die ihre Säfte aus sumpfigem Erdreich zieht — nur die Pflanze Mensch konnte den stolzen Traum von der Verantwortlichkeit ausspinnen. Ihr wollt verantwortlich sein, da Schuld und Verdienst, Schönheit und Hässlichkeit in dem Erdreich steckt, dem ihr entspriesset! Der Mensch muss vor allem sich selbst, wie er ist, erkennen, um von sich selbst aus zu seiner eigenen Befreiung zu gelangen. Der Gedanke wird in einer nicht von ihm erschaffenen Welt geboren und erklärt dem Leben, dem er entspross, den Krieg, um es zu jenem Leben umzugestalten, zu welchem er hinstrebt. Ermesst den Abgrund, welcher den heutigen Paria der tiefststehenden Proletarierschichte von jenen Gipfeln trennt, welche der proletarische Gedanke heute schon umfasst — dieser Lazarus eben soll nun aus sich selbst den Apollo-Sieger gestalten — und ihr habt die ganze Sphäre der Eindrücke vor euch, der Żeromskis Schaffen entquillt. Geht man nun von dem Schaffen Żeromskis zur Welt Sieroszewskis über, so hat man den Eindruck, die helle Kraft zu sehen, welche jenem masslos schmerz- und verzweiflungsvollen Ringen die Befreiung zu bringen imstande ist. Ich weiss nicht, ob schon jemand darauf hingewiesen hat, dass die Geographie eine exakt proletarische Wissenschaft ist. Der Verkehr mit dem Erdball und seinen Raumverhältnissen lehrt die menschlichen Verhältnisse logisch schätzen. Die Menschen Sieroszewskis besitzen immer eine gewisse innere Helligkeit, man hat immer die Empfindung, dass sie mit dem milden Auge eines durch keinen Zwang gebundenen Herzens geschaut sind. Sieroszewski schlingt das Band des menschlichen Verhältnisses zwischen die historisch und kulturell voneinander weitest entfernten Glieder der grossen Menschheitsfamilie. Der polnische Dichter Norwid sagte einmal von der Menschheit, sie sei »eine gesunde, kräftige Dirne«. In den Schriften Sieroszewskis glaubt man, dass sie es sei, die sich die Mär von dem Ringen der Menschheit mit der Natur und sich selbst erzählt. Wenn der Ausdruck Erdballklassizismus einen Sinn hätte und genau erklärbar wäre, so möchte ich ihn gerne für die Bezeichnung der Weite und Ruhe wählen, mit der Sieroszewski Welt und Leben erfasst. Ich zweifle nicht daran, dass seine Bücher sich in den Proletarierbibliotheken aller Länder das Bürgerrecht erwerben werden.

Żeromski und Danilowski haben wiederholt das Wort ergriffen, um die kämpfenden Scharen gegen die Flut von Verleumdungen zu verteidigen, um die einzelnen Momente des Kampfes, die Zuckungen des Gesamtbewusstseins in Schöpfungen zu verherrlichen, von welchen viele für alle Zeiten zu den kostbarsten Kleinodien der polnischen Poesie zählen werden. Żeromskis »Traum vom Degen« und »Notturmo«, Danilowskis »Sonette« und einige wunderschöne Kampfgedichte sowie die Glaubenshymnen der Marie Markowska, sie bilden die herrlichste Errungenschaft der polnischen Revolutionspoesie. Es braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden, dass ich hierin nicht die tiefste Wirkung der Revolution erblicke. Ich habe bereits

am Eingang meines Artikels darauf hingewiesen, die grösste Bedeutung liege in der durch die gegenwärtige Krisis aufgedeckten Tatsache, dass ausserhalb des Proletariats gar keine andere entwicklungsfähige und zielbewusst wirksame Lebensform vorhanden sei und dass die Ausbildung des proletarischen Bewusstseins die einzige Aufgabe bildet, um welche alle arbeits- und schaffenswilligen Kräfte sich zu sammeln vermögen.

Unsere Geschichte hat es bewirkt, dass wir an dem Schaffen der neuzeitlichen Kultur- und Gedankenformen keinen unmittelbaren Anteil nehmen konnten. Das polnische Bürgertum hat die ihm zufallende Rolle nicht wie das westliche, insbesondere das französische und italienische zu übernehmen vermocht und auch nicht übernommen. Wer erkannt hat, dass die Renaissance, die Reformation, die Aufklärungsepoche ideologische Abbilder gewaltiger Klassenbewegungen waren, der wird es auch begreifen, dass, wo das Klassensubstrat für diese Kulturformen fehlte, diese auch nur rein äusserlich und oberflächlich aufgenommen werden konnten. Die polnische Schlachta war kein soziales Gebilde, das imstande gewesen wäre, diese fremden Kultur- und Gedankenformen zu erhalten und aus sich heraus fortzuentwickeln. Das polnische Bürgertum aber hat zweimal ungemein intensiv und üppig zu leben angefangen und ist zweimal, während der Teilungen Polens und im Jahre 1830, durch äussere Uebermacht in seiner Entwicklung gehemmt worden. Zum drittenmal wurde diese Entwicklung durch den dialektischen Gesellschaftsprozess selbst aufgehalten, welcher das Bürgertum zu einem immer mehr reaktionären Standpunkt hindrängte. Heute nun, wo das proletarische Bewusstsein den einzigen Gedankentypus bildet, welcher imstande ist, den Enthusiasmus der Arbeiter und Schaffenden in sich zu vereinigen, darf man sich wohl der Hoffnung hingeben, dass wir am Beginn einer Epoche des üppigen Emporblühens und der Renaissance der polnischen Literatur stehen. Solche Epochen pflegen dort einzusetzen, wo die Geschichte auf die Erfüllung grosser Aufgaben hinweist.

Wer das geistige Leben der drei Teile Polens aufmerksam beobachtet hat, muss die grossen, zwischen ihnen bestehenden Unterschiede erkannt haben. Die besitzenden Klassen haben sich den verschiedensten Bedingungen angepasst. Die heutige Krisis bedeutet jedoch den vollständigen Bankrott dieser Klassen, bedeutet, dass das arbeitende Volk die einzige Basis des nationalen Lebens bildet. Dieses Volk aber besitzt heute in dem Kampfe des Proletariats im Königreiche ein grosses gemeinsames Erlebnis. Wer nun die Wirkung gesehen hat, welche dieses Erlebnis bei dem Kampfe um das Wahlrecht in Galizien ausgelöst hat, hat auch begriffen, was der Besitz einer solchen lebendigen historischen Tradition bedeutet. Das Proletariat hat in den letzten Jahren begreifen gelernt, dass es ein Ganzes bildet, einen gemeinsamen Gedanken besitzt und in sich einen gemeinsamen Willen auszubilden imstande ist und ausbilden wird. Was die Erinnerung an die Pariser Kommune für die Arbeiterklasse der Welt, bedeutet die grosse Revolution im Königreich für das Proletariat der drei Teile Polens.

Die Arbeiterbibliothek

Geschichte der Klassenkämpfe

Wer die kapitalistische Gesellschaft verstehen will, muss zunächst wenigstens im Umriss die Geschichte ihres Werdens kennen. Wir wollen daher unseren Lesern einige gute und volkstümliche Darstellungen der Entwicklung der Volkswirtschaft und der Klassenkämpfe empfehlen, ehe wir darangehen, die populäre Literatur über Probleme unserer Zeit zu besprechen.

Man beginnt das Studium am zweckmässigsten mit Engels' Schrift über den »Ur-

sprung der Familie, des Privateigentums und des Staates« (Preis K 1'80). Obwohl diese berühmte Schrift in manchen Einzelheiten veraltet ist, obwohl wir heute wissen, dass insbesondere die Entwicklung der Familie nicht so geradlinig, nicht bei allen Völkern so gleichartig verlaufen ist, wie die Wissenschaft dies in der Entstehungszeit dieses Buches annahm, so bleibt sie doch die weitaus beste Einführung in die Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft. Als eine Ergänzung kann die kurze Abhandlung über »Die Mark« angesehen werden, die Engels

im Anhang zu seiner »Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« veröffentlicht hat. Ueber Wirtschaftsverfassung und Klassenkämpfe des Mittelalters finden wir sehr viel Wertvolles in dem von Karl Kautsky herausgegebenen Sammelwerke »Die Vorläufer des Sozialismus«. Für die wichtige Uebergangsperiode vom Mittelalter zur Neuzeit ist zur Ergänzung auch Kautskys »Thomas More und seine Utopie« (Preis 3 K) heranzuziehen.

In die Periode des Frühkapitalismus und modernen Absolutismus führen uns Kampfmeiers »Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in Deutschland« (Preis K 1'80) und Mehrings »Lessing-Legende« (Preis K 3'60). Ueber die grosse Umwälzung, die die französische Revolution den europäischen Völkern gebracht, unterrichten uns Blos, »Die französische Revolution 1789« (Preis K 4'80); Kautsky, »Die Klassengegensätze von 1789«. Die grossen Kämpfe des neunzehnten Jahrhunderts werden uns in den folgenden Schriften trefflich dargestellt: Mehring, »Geschichte der deutschen Sozialdemokratie«; Blos, »Die deutsche Revolution« (Preis K 4'80); Heritier, »Geschichte der französischen Revolution von 1848« (Preis K 4'80); Bach, »Geschichte der Wiener Revolution« (Preis K 7'20); Lissagaray, »Geschichte der Kommune von 1871« (Preis K 3'60); Webb, »Geschichte des britischen Trade Unionismus« (Preis K 4'80). Wir schliessen das Studium der historischen Literatur des Sozialismus mit den berühmten historischen Streitschriften Karl Marx': »Revolution und Kontrerevolution in Deutschland« (Preis K 2'40), »Die Klassenkämpfe in Frankreich« (Preis K 1'20), »Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte« (Preis K 1'20).

Die wertvolle bürgerliche Literatur über Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ist den Arbeitern nicht zugänglich, da sie in umfangreichen Werken niedergelegt ist, deren Lektüre geschichtliche und juristische Vorkenntnisse voraussetzt. In jüngster Zeit haben aber einige grosse Verlagsbuchhandlungen Sammlungen populär-wissenschaftlicher Schriften herausgegeben; in einigen dieser billigen und verhältnismässig leicht lesbaren Büchlein sind die wertvollsten Ergebnisse der neueren historischen Forschung kurz zusammengefasst. So können wir unseren Lesern beispielsweise folgende Schriften empfehlen: Aus der von Teubner in Leipzig herausgegebenen Sammlung »Aus Natur und Geisteswelt«

(Preis jedes Bändchens K 1'50): Steinhausen, »Germanische Kultur in der Urzeit«; Heil, »Die deutschen Städte und Burgen im Mittelalter«; Otto, »Das deutsche Handwerk in seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung«; Pohle, »Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im 19. Jahrhundert«; G. Maier, »Soziale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung«; aus der »Sammlung Göschen« (Preis des Bändchens 96 h): Tönnies, »Die Entwicklung der sozialen Frage«. Einige dieser Schriften enthalten auch gute Literaturangaben.

Wir raten dem Leser, zuerst die von uns an erster Stelle genannten historischen Schriften aus unserer Parteiliteratur und dann erst die von bürgerlichen Gelehrten verfassten Bändchen zu lesen. Diese Reihenfolge empfehlen wir nicht nur darum, weil unsere Parteischriften sich einer leichter verständlichen Darstellungsweise befleissen, sondern auch deshalb, weil die wahllose und ungeordnete Lektüre von Schriften, die die Entwicklung der Gesellschaft unter ganz verschiedenen Gesichtswinkeln sehen, den noch ungeschulten Leser leicht verwirren und an der Möglichkeit eines bestimmten und eindeutigen Urteils verzweifeln lassen könnte. Liest man zuerst die historische Literatur des Sozialismus in einem Zuge, so sieht man die Entwicklung der Volkswirtschaft in grossen Zügen klar und wohlgegliedert vor sich ausgebreitet. Studiert man sodann wiederum der Reihe nach die von uns genannten Darstellungen aus dem bürgerlichen Lager, dann lernt man auch den dem unseren entgegengesetzten Standpunkt kennen. Die Gegensätzlichkeit der Urteile wird den Leser dann nicht mehr verwirren, vielmehr wird er nun selbst zwischen den beiden grossen Richtlinien der Geschichtsbetrachtung zu wählen vermögen.

Die bürgerlichen Darstellungen der österreichischen Wirtschaftsgeschichte sind zu schwer geschrieben und zu sehr in Monographien zersplittert, als dass wir sie unseren Lesern empfehlen könnten; auch die beste Darstellung eines Teiles der österreichischen Agrargeschichte, Grünbergs »Die Bauernbefreiung und die Auflösung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Böhmen, Mähren und Schlesien«, setzt grössere juristische Vorkenntnisse voraus. So können wir dem Leser zur Ergänzung von Bachs schon erwähnter Geschichte der Wiener Revolution nur E. V. Zeners »Die Wiener Revolution 1848 in ihren sozialen Voraussetzungen und Beziehungen« empfehlen. O. B.